

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**Die  
Neue Weltordnung  
der USA  
von 1948-1950**

**NWO-Sonderheft Nr. 24**



# Die Neue Weltordnung der USA von 1948-1950

## NWO-Sonderheft Nr. 24

### NWO-Moloch USA vom 01.01.1948-31.12.1950

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1948-1950	2-94
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	95-97

#### **Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 1948-1950**

Vergrößern, vermehren und expandieren - das ist das Gesetz, nach dem unsere Generation angetreten ist. Wir können nicht zulassen, daß diese große Republik durch Grenzen eingeschränkt wird.

*Stephen A. Douglas (1813-1861, US-Senator des Bundesstaates Illinois)*

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 1. Januar 1948 über die Absicht der westlichen Siegermächte, einen westdeutschen Staat zu gründen (x112/429): >>... Nur auf ein solches Kerndeutschland, das seiner Idee nach von Beginn an das ganze Deutschland wäre, ließe sich ein politischer Wille richten, der das Recht nicht preis gibt.

Und wo könnte es gelegen sein?

Dort und nur dort, wo die größten Möglichkeiten deutsch zu sein, gegeben wären.<<

Der "Rheinische Merkur" berichtete am 1. Januar 1948 über das geteilte Deutschland (x112/429): >>So wie Deutschland in seiner Gesamtheit eine Funktion des europäischen Schicksals geworden ist, so auch in seinen Teilen.

Es gibt für das westelbische Deutschland keinen anderen Trost, als daß es im Machtbereich von Staaten belassen ist, mit denen es seine geistige Tradition, seine Ansichten von Freiheit und Recht, von Demokratie und Selbstverwaltung gemeinsam hat. Ihm ist trotz aller räumlichen Begrenzung die Aussicht geblieben, seine geschichtliche Linie fortsetzen zu können.  
...<<

Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof begann am 2. Januar 1948 der sog. "OKW-Prozeß". Angeklagt waren folgende ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht: Wilhelm von Leeb, Hugo Sperrle, Georg Karl Friedrich von Kuchler, Johannes Blaskowitz, Hermann Hoth, Hans Reinhardt, Hans von Salmuth, Generaloberst Karl Hollidt, Otto Schniewind, Karl von Roques, Hermann Reinecke, Walter Warlimont, Otto Wöhler und Rudolf Lehmann (x112/430).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ... Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.

Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht

den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<  
Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erklärte am 3. Januar 1948 während einer Tagung der CDU in Erlangen (x112/431): >>Die Lage des deutschen Volkes gleicht der eines Ertrinkenden, dem die Umstände keine Wahl mehr lassen und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.

Wenn die Besatzungsmacht nicht einsieht, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen ist, werden entweder die Kommunisten oder Nationalisten gestärkt werden. Das eine ist so schlimm wie das andere. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlagenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.

"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...

Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 5. Januar bis zum 1. Februar 1948 täglich nur 1.400 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der Regierungspräsident von Münster erteilte am 6. Januar 1948 die Weisung, "entnazifizierte Lehrer" wieder einzustellen (x117/81): >>Im Jahre 1945 habe ich veranlaßt, daß alle Schulleiter, die Mitglieder der NSDAP waren, die Leitung der Schule an Nichtparteigenossen abgegeben haben. Ich hatte damals bereit in Aussicht gestellt, daß nach einer gewissen Bewährungszeit auf die wertvollen Kräfte zurückgegriffen werden solle. ...

Ich beabsichtige nunmehr, entsprechend einer Anregung, die der Herr Innenminister in Verbindung mit dem Herrn Kultusminister gegeben hat, bewährte Schulleiter, die nur nominelle Mitglieder der NSDAP waren und politisch nicht hervorgetreten sind, dem Herrn Kultusminister für die Wiederübernahme ihres früheren Amtes namhaft zu machen.

Die mit der Wahrnehmung der Schulleitergeschäfte inzwischen beauftragten Lehrpersonen genügen nicht allorts den in der heutigen Zeit in besonderem Maße an sie zu stellenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen. ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 9. Januar 1948 vor der Presse (x112/434): >>Der Länderrat bedarf in mehrfacher Hinsicht eine Änderung.

Es ist nicht richtig, daß so kleine Staaten wie Bremen ebenso zwei Vertreter wie beispielsweise Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit 13 Millionen Einwohnern haben. ...<<

Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärte am 16. Januar 1948 während einer Pressekonferenz (x112/438): >>Amerika ist in der Lage eines Riesen, der einer kleinen Gipsfigur gegenübersteht.

Die prahlerische sowjetische Stärke gleicht einer Strohpuppe und Moskau muß wissen, daß die Amerikaner nicht die Angewohnheit haben, an irgendeinem Punkt unter Druck nachzugeben.

Die Möglichkeit, daß die Sowjetunion versuchen könnte, wegen Frankfurt die USA aus Berlin herauszudrängen, ist nicht ernst zu nehmen.

Falls die Sowjets die Bahnverbindungen nach Berlin unterbrechen, werden die Amerikaner den Nachschub für ihre Truppen und deren Angehörige auf dem Luftweg nach Berlin bringen und die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im amerikanischen Sektor den Sowjets überlassen. ...<<

General Pierre König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte am 16. Januar 1948 im Radio Saarbrücken (x112/438): >>... Da eine Währungsreform in der französischen Zone allein sehr schwierig sein würde, muß Frankreich sich wahrscheinlich der Reform der Bizone anschließen.

Diese gemeinsame Währungsreform bedeutet jedoch keineswegs eine Fusion mit der Bizone, da auch bisher alle vier Zonen trotz gemeinsamer Währung unabhängig sind.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 19. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71-72): >>19. Januar 1948. Unmittelbar in der Nähe des Lagers gehen Mörder um.

Die Zonengrenze ist gefährlich geworden. Banditen überfallen Frauen, stehlen ihnen die Koffer, reißen den wehrlosen die Kleider vom Leibe, nehmen alles, was genommen werden kann.

Ein 72 Jahre alter Mann, der über die Zonengrenze wollte, wurde von 2 jungen Männern ... so lange mit Knüppeln geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann raubten sie ihn aus ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 23. Januar 1948 (x114/2.183): >>... Es besteht Aussicht, daß bis zum Jahre 2000 der Wiederaufbau Münchens sehr fortgeschritten, wenn nicht gar beendet ist, meinte vor einigen Wochen ein hoffnungsvoller Wiederaufbaubaureferent.

Die Stadt ist Behüterin einer Schuttmasse von 5 Millionen Kubikmetern, von denen immerhin schon 2 Millionen beseitigt wurden. Wegen Benzinmangel wird im Augenblick und bis auf weiteres kein Schutt mehr geräumt.

1.500 Architekten und 3.000 Maurer, also im harmonischen Verhältnis 1:2, sind für weitere Aufbautaten gerüstet. Sollte das Verhältnis sich zugunsten der Architekten verschieben und auf einen Maurer ein Architekt kommen, werden die Architekten Sonderkurse im Brotzeitholen für die Herren Maurer absolvieren müssen. ...<<

Während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten erklärte der CDU-Politiker Adenauer am 29. Januar 1948 (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

Generalfeldmarschall List erklärte am 6. Februar 1948 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x112/448): >>Wir dienten nicht der Partei. Wir taten unsere soldatische Pflicht für unser Vaterland, für Deutschland, so, wie wir sie Jahrzehnte hindurch getan hatten ...

Wir haben den Krieg nicht gewollt, wir haben die Kämpfe ... (während des Balkanfeldzuges) und ihre Folgeerscheinungen nicht ausgelöst. Sie wurden uns aufgezwungen. Wir handelten ... zum Schutze der uns anvertrauten Soldaten, zum Schutze der ganzen deutschen Kampffront.

...<<

Landesbischof Theophil Wurm (Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands) kritisierte am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 9. Februar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/72-73): >>9. Februar 1948. Zwischen die Menschen, die aus wirklicher Not ... über die Zonengrenze in Richtung West und Ost getrieben werden, haben sich solche eingeschlichen, die mit der Not Geschäfte machen. Schwarzhändler, Schieber, Nachkriegsgewinnler. ...

Schwarzhändler haben hier in der Nähe von Friedland ihre großen Umschlagstationen. Hierher fließen Strümpfe und Textilwaren aus Sachsen und Thüringen und gehen umgekehrt Le-

bensmittel und Eisenwaren in die sowjetische Besatzungszone. Hier werden die gewinnbringenden Geschäfte abgeschlossen, die Grenzgänger entlohnt, neue Ware bestellt, ein alter Posten abgeschoben und Geld – Geld wird gezählt. Bündelweise. ...

Es wird von der Polizei berichtet, daß die Schieber unter sich einen richtigen Nachrichtenapparat aufgezogen haben. Man will sicher gehen, kundschaftet vorher die Streifen der Polizei aus, läßt sog. "blinde Trupps" irgendwo mit viel Lärm die Grenze passieren, um dafür geruhlos an einer anderen Stelle unbeobachtet die Waren hin- oder herüberbringen zu können

Es sind entsetzliche Zustände. Nur wer schiebt oder irgendwas "zu bieten" hat, kann noch einigermaßen leben. Alle anderen - und das ist die überwiegende Mehrzahl - darben und hungern. ...<<

Der Bremer Senator Gustav W. Harmsen veröffentlichte am 11. Februar 1948 eine Denkschrift über die geleisteten Reparationen und bezifferte die bisherigen Leistungen zu Gunsten der Alliierten mit 177,75 Milliarden RM (x112/451).

Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand.

Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.

Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

Die "Neue Zeitung" veröffentlichte am 12. Februar 1948 einen Artikel des Politologen Eugen Kogon über "Die Rolle des Publizisten" (x115/276): >>Was haben wir als politische Publizisten konkret zu tun?

Die Wirklichkeit zu beobachten und darzustellen, die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die Richtung durch unser Wort mitzubestimmen – ein Wort, das dem Verstand sowohl wie dem Herzen gilt. ...

Es ist ein begrenzter Beitrag, freilich ein wichtiger; denn er klärt, er ordnet, er säubert das öffentliche Bewußtsein, er bringt es in Verbindung mit den Erkenntnissen der Wissenschaft, er steht für die großen Überlieferungen, die es wert sind, weiterzuwirken, er hilft mit, die moralischen Kräfte zu wecken, er zeigt die zumutbaren Ziele auf. ...

Die Verantwortung ist ungeheuerlich. ... Wieder befinden wir uns mitten in einem großen Abenteuer der europäischen Geschichte, die wahrlich an Totalkrisen nicht arm ist, und wieder geht es ums Ganze, diesmal in einem noch umfassenderen Sinn als je. ...<<

Die "Hamburger Volkszeitung" (KPD) wurde am 13. Februar 1948 wegen "Verfälschung von Agenturmeldungen" von der britischen Militärregierung verboten.

Die Stuttgarter "Wirtschafts-Zeitung" berichtete am 13. Februar 1948 über das Leseverhalten der Deutschen (x112/453): >>Im Antiquariat sind fast alle Klassiker zu haben ... Viel angeboten werden historische Bücher über Friedrich den Großen und aus der Wilhelminischen Zeit.

Doch hat die starke Propaganda der letzten 2 Jahre bewirkt, daß sie nicht "gehen". Ähnliches gilt von leichten Unterhaltungsromanen früherer Jahre, die selbst von den einfachen Lesern abgelehnt werden, obwohl unter den Neuerscheinungen für ihren Bedarf überhaupt nicht gesorgt ist.

Antiquarisch besonders gesucht sind Autoren wie Hermann Hesse, Wiechert, Edschmid und alle modernen amerikanischen und englischen Romane. ...

Französische Romane sind weniger gefragt, werden auch in der Neuproduktion weniger oft übersetzt.

Die Einnahme Berlins und einiges, was auf sie folgte, scheint manchen Berlinern soviel von ihrer Objektivität geraubt zu haben, daß Dostojewski, Tolstoi, Gogol von Leserschichten abgelehnt werden, die früher für russische Autoren Verständnis, wenn nicht gar eine Vorliebe gehabt haben.

Genauso unverkäuflich wie zur Nazizeit bleibt in Bahnhofskiosken sowie in den Buchläden die Flut der politischen und weltanschaulichen Broschüren, obwohl sie heute unter umgekehrten Vorzeichen stehen ... Das Publikum ist "escapist" (realitätsfern); es will nichts über die 12 Jahre lesen, aber auch nicht an die heutige Lage erinnert werden. Deshalb sind Gefängnismemoiren und KZ-Bücher mit einigen Ausnahmen (wie Isa Vermehren und Eugen Kogon) geradezu unverkäuflich. ...<<

Der Nürnberger Militärgerichtshof verurteilte am 19. Februar 1948 folgende Wehrmachtsoffiziere (x112/457): >>... Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze (erhalten eine) ... lebenslängliche Zuchthausstrafe (Fall VII).

Die Generale Lothar Rendulic und Wilhelm Speidel erhalten 20 Jahre, Helmuth Felmy 15 Jahre, Hubert Lanz 12 Jahre, Ernst von Leyser 10 Jahre und Ernst Dehner 7 Jahre Zuchthaus.

Die Generale Curt von Geitner und Hermann Foertsch werden freigesprochen.

Feldmarschall Maximilian von Weichs wird wegen lebensgefährlicher Erkrankung von der Verhandlung freigestellt.<<

### **Strafen nur für die Verlierer**

Im Verlauf der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer geahndet. Die Kriegsverbrechen der Siegermächte ahndete man fast nie. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfabbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfabbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.

Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

### **Die ungesühnten Massenverbrechen der sowjetischen "Befreier"**

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.

Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Aus-

zeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.

In Hameln wurden am 26. Februar 1948 vierzehn ehemalige Gestapo-Beamte gehängt, die man wegen der Ermordung von 50 gefangenen britischen Fliegeroffizieren zum Tod verurteilt hatte (x130/253).

Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwerte sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).

Nach offiziellen Angaben befanden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

Papst Pius XII. schrieb am 1. März 1948 an die deutschen Bischöfe (x150/44): >>... Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.

Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.

Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat.

War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben?

Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...

Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt? ... <<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1998 über den Papst-Brief vom 1. März 1948 (x853/...): >>...

#### **Ein "vergessener" Papst-Brief ...**

Während sich die deutschen Heimatvertriebenen damals in ihrer seelischen und geistigen Not durch das väterliche Wort des Papstes innerlich gestärkt und ermuntert fühlten, verübelten polnische Kreise dem Pontifex den Brief und hielten ihm in einer Erklärung vom Juni 1948 vorwurfsvoll entgegen:

"Der Papst hat es nicht als beispiellos befunden, als die Deutschen Millionen von Polen töteten und die Professoren und Gelehrten einer der ältesten europäischen Universitäten in Dachau und Oranienburg sterben ließen."

Gleichsam eine später wieder aufgegriffene Anklage vorwegnehmend, fuhren die polnischen Papst-Kritiker in ihrem Protest fort:

"Der Papst hat weder gegen die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, Majdanek und Treblinka protestiert noch diese ein in Europa ohne Beispiel dastehendes Verbrechen genannt".

- Kardinalprimas Hlond fühlte sich veranlaßt, diese scharfe Attacke der Krakauer Hochschul-Lehrerschaft und 50 weiterer Kollegen aus ganz Polen in einem eigenen Hirtenbrief etwas abzuschwächen und seine polnischen Landsleute zu beruhigen. Sie sollten "in den neu gewonnenen Gebieten alle Beunruhigung fallen lassen und sich in dem Glauben bestärken, daß sie

nicht vergeblich im Schweiß ihrer Arbeit Brachland fruchtbar gemacht und Industrien in Gang gesetzt" hätten.

Formulierungen, die mit Ausdrücken wie "Brachland" und "Industrien in Gang gesetzt" dem Unkundigen oder Nachgeborenen eine irreführende Vorstellung nahe bringen und ihn die vorausgegangene Vertreibung der bisherigen Landarbeiter und Industriebetreiber aus den Augen verlieren lassen.

Bei Primas Augustyn Hlond fast eine "Neuaufgabe" seiner täuschungsverdächtigen Ausdeutung päpstlicher "Vollmachten" im Jahre 1945, welcher deutsche Ordinarien und Kapitularvikare zum Opfer gefallen sind.

Vermied Kardinal Hlond immerhin noch augenscheinliche Unrichtigkeiten und operierte in national-polnischen Angelegenheiten mit Vieldeutigkeiten, die er dann stets in seinem Sinne auszulegen verstand, hantierten die akademischen Papst-Kritiker von Krakau und anderen polnischen Hochschulen sogleich mit offenen Zahlen und beschwerten sich in ihrem Protest gegen den Papst-Brief vom 1. März 1948 auch über die von Pius XII. gemachte Angabe von "zwölf Millionen Deutschen", die aus Polen vertrieben worden seien. Sie hielten dagegen: "Die in der päpstlichen Botschaft an die deutschen Kirchenführer enthaltene Behauptung, es seien zwölf Millionen aus Polen ausgesiedelt worden, ist unrichtig. Es sind nur 2.155.000 Deutsche nach Deutschland umgesiedelt worden."

- Mit dieser "Gegendarstellung" übernahmen die polnischen Beschwerdeführer unbesehen die falschen Zahlenangaben der kommunistischen Regierung in Warschau und machten sich damit im wahrsten Sinne des Wortes zum Sprachrohr der kommunistischen Menschenvertreiber. Der angesehene Zeithistoriker und renommierte Bevölkerungsstatistiker Heinz Nawratil, hat in einer vielbeachteten Studie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) schlüssig nachgewiesen, daß sogar mehr als "nur" 12 Millionen Menschen 1945 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohen und vertrieben worden sind.

Unzutreffend wie die von Warschau angegebene Zahl ist auch die von ihr verwendete Bezeichnung "ausgesiedelt". Die ihr innewohnende Verharmlosung beleidigt die Millionen Vertreibungsoffer, welche die Ost- und die Sudetendeutschen zu beklagen hatten.

Pius XII. gedachte in seinem Brief dieses Opfergangs, wenn er von dem "furchtbaren Verhängnis" sprach, das über "die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist". Und daß ihm diese Mitleidensbekundungen nicht wohlfeile Worte waren, erhellt die Erwähnung seiner persönlichen Erinnerungen:

"Wir haben in den Tagen, da wir in Eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst."

"Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen." ...<<

Während einer Konferenz in London berieten die Westmächte am 6. März 1948 u.a. auch über eine bessere Zusammenarbeit in der nordamerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone sowie über Deutschlands Teilnahme am Marshall-Plan.

Der Dichter Paul Claudel forderte am 8. März 1948 in der französischen Zeitschrift "Documents" (x115/274): >>Wir müssen dem deutschen Volk vor allem das unschätzbare Gut zurückgeben, das keinem christlichen Volk vorenthalten werden sollte: das Recht auf eine Perspektive, das Recht auf Hoffnung ...<<



Ein US-Militärgericht fällte am 10. März 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 14 angeklagte ehemalige SS-Abteilungsleiter ("RuSHA-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "RuSHA-Prozeß" (x051/507): >>RuSHA-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof I der USA in Nürnberg gegen den Chef des Stabshauptamts/Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Ulrich Greifelt und 13 andere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 8).

Die Angeklagten waren 14 hohe Angehörige verschiedener SS-Organisationen – z.B. des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) und der Volksdeutschen Mittelstelle –, deren Ziel es nach der Anklageschrift war, die angebliche Überlegenheit der nordischen Rasse zu fördern und zu schützen sowie alle diejenigen Kräfte zu unterdrücken und auszurotten, die dem entgegenstanden.

Durch Urteil vom 10.3.48 wurden Greifelt zu lebenslänglich und zwölf Mitangeklagte bei teilweiser Freisprechung von Anklagepunkten zu zeitigen Freiheitsstrafen von zwei Jahren acht Monaten bis 25 Jahren verurteilt.

Die einzige weibliche Angeklagte, Inge Viermetz vom Lebensborn, wurde freigesprochen. Fünf Verurteilte wurden auf Anordnung des Gerichts sofort freigelassen, weil die Untersuchungshaft eine "hinreichende Bestrafung darstelle".

Ein ehemaliger Leiter des RuSHA, Richard Hildebrandt (25 Jahre Haft), wurde an Polen ausgeliefert, dort zum Tod verurteilt und am 10.3.51 hingerichtet.

Greifelt starb während der Strafhaft.

Die Strafen der weiteren Verurteilten wurden durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy vom 31.1.51 herabgesetzt.<<

Der Rat der EKD und andere evangelische Kirchengemeinschaften veröffentlichten am 10. März 1948 ein "Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen rechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes" (x112/470): >>... Echter Friede kann nur werden, wenn im Mittelpunkt Europas die natürlichen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.

Der Osten kann den Westen und der Westen den Osten auch wirtschaftlich nicht entbehren.<< Da sich die Sowjetunion erwartungsgemäß nicht an die Abmachungen des Alliierten Kontrollrats hielt, und die westlichen Alliierten nicht bereit waren, weitere Zugeständnisse zu machen, verschärften sich allmählich die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Ost und West.

Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.

Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Dieser "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wurde nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Während des "Kalten Krieges" erlahmten die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigte jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stufte sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) berichtete später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146, x059/109): >>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt." Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<

>>... Wir hatten viele Monate versucht, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, während die Sowjetunion rücksichtslos ihre eigene Politik betrieb; wir wollten nun nicht mehr länger warten, sondern versuchten, allein oder mit jenen zusammen, die sich uns anschließen würden, die Ziele zu erreichen, die wir alle uns in Deutschland gesteckt hatten.<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) schrieb später über die Fehler der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik (x128/194): >>... Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz von Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. ...

Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden in der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland.

Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen - es lag ja schon am Boden -, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten - physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor Verzweiflung und vor dem Kommunismus.

Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte im Sinne der Westmächte zu machen. Nun endlich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen Ihren Lauf ließen.<<

Die US-Regierung sandte am 26. März 1948 eine Protestnote an die Sowjetunion (x112/479): >>... Nicht die Westmächte und die Schaffung der Frankfurter Verwaltung sind Anlaß für die politische Teilung Europas, sondern das systematische einseitige Vorgehen der Sowjetregierung in ihrer Besatzungszone und das Verhalten der osteuropäischen Staaten.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.

Die Bestimmungen für den Verkehr durch die sowjetische Besatzungszone (Interzonenverkehr) wurden am 1. April 1948 nochmals verschärft.

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb am 1. April 1948 in seinem Tagebuch über die drohende Blockade Berlins (x112/485): >>Die Russen gehen nun daran, die anderen Besatzungsmächte aus Berlin herauszudrängen.

Das kostet Nerven. Man weiß nicht recht, wie die Amerikaner nach den vielen Beteuerungen, daß sie in Berlin bleiben würden, ohne einen erheblichen Prestigeverlust davonkommen sol-

len. Denn schließlich müssen zwei Millionen Berliner ernährt werden.

Man darf gespannt sein, was jetzt kommt.<<

Die "Prawda" kommentierte am 1. April 1948 die letzte AKR-Sitzung (x112/485): >>Die Zerstückelung Deutschlands ist vollendete Tatsache geworden. ...<<

Die "Rheinische Post" berichtete am 3. April 1948 über die Möglichkeit einer getrennten Staatenbildung in Deutschland (x112/488): >>Es gibt, wenn denn eines Tages der Westen tatsächlich ohne den Rest unseres Landes als souveräner Staat vor die Rampe der Weltbühne tritt, keine wirkliche Trennung, sondern nur eine vorläufige Hinderung.

Sowenig Europa kulturell an der Elbe endet, sowenig kann dieser Strom auf längere Zeit, geschweige denn auf Dauer, die deutsche Ostgrenze sein.

Wir werden den deutschen Osten in unseren Gedanken und Herzen bewahren bei jedem Schritt, den wir in den nächsten Wochen nach Westen tun. ...<<

Das europäische Wiederaufbauprogramm wurde am 3. April 1948 verabschiedet.

Bis zum 30. Juli 1952 erhielten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

John F. Dulles (1888-1959; 1953-59 US-Außenminister, der den Kommunismus energisch bekämpft) schrieb später über den Marshall-Plan (x073/225-226): >>Das westliche Deutschland soll so schnell wie möglich dem westlichen Wirtschaftssystem eingegliedert werden.

Wenn ich dies sage, so denke ich nicht an eine permanente Teilung Deutschlands, aber der einzig mögliche Weg, auf dem man Deutschland einen kann, ist der, im Westen Europas einen Zustand zu schaffen, der so attraktiv ist und der für den Osten eine solche Anziehungskraft hat, daß die Sowjets nicht in der Lage sind, den Osten Deutschlands einzubehalten. Dann kann man Deutschland wieder zusammenbekommen.

Mit anderen Worten: Ich finde mich nicht notwendigerweise mit einer permanenten Teilung Deutschlands ab, sondern sage, daß der einzige Weg, Deutschland unter Bedingungen zusammenzubringen, die für uns akzeptabel sind, der ist, mit der Eingliederung des westlichen Deutschlands in die so gesunde und kraftvolle Wirtschaft Westeuropas zu beginnen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan mußten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...

Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...

Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...

Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<

Das US-State Departement berichtet dem nordamerikanischen Senat am 5. April 1948, daß

man die sowjetische Behauptung zurückgewiesen hätte, wonach die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsch-polnische Grenze sei (x028/244).

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) warnte am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.

Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

In Nürnberg wurden am 10. April 1948 im sog. "Einsatzgruppen-Prozeß" (Fall IX) 22 ehemalige SS-Führer verurteilt. 14 Angeklagte wurden zum Tod durch den Strang verurteilt (x112/492).

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Ohlendorf-Prozeß" (x051/427): >>Ohlendorf-Prozeß (Einsatzgruppen-Prozeß), Verfahren des Militärgerichtshofs II der USA in Nürnberg gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf, und 23 andere frühere Angehörige der Einsatzgruppen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 9).

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Hunderttausende von Menschen aufgrund eines Führerbefehls allein wegen ihres Glaubens und ebenso viele Menschen, die man als "politisch verseucht und als rassistisch sowie geistig minderwertige Elemente" bezeichnete, ermordet zu haben.

Das Verfahren wurde seinerzeit von der Presse als der größte Mordprozeß der Geschichte bezeichnet. Nach Anklageerhebung verübte ein Angeklagter Selbstmord und während der Hauptverhandlung wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe C, Otto Rasch, wegen Verhandlungsunfähigkeit abgetrennt. Rasch starb am 1.11.48.

Durch Urteil vom 10.4.48 wurden Ohlendorf und 13 weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwei Angeklagte erhielten lebenslänglich und fünf zeitige Freiheitsstrafen von drei bis 20 Jahren.

Der zum Tod verurteilte frühere Chef der Einsatzgruppe A, Eduard Strauch, wurde an Belgien ausgeliefert und dort noch einmal zum Tod verurteilt. Er starb in der Haft.

Vier Todesurteile wurden bestätigt, u.a. das gegen Ohlendorf; die Restlichen wandelte der US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg in lebenslängliche Freiheitsstrafen um. Zugleich setzte er alle weiteren Strafen herab.<<

Die "Neue Zeitung" veröffentlichte am 15. April 1948 einen Text des Schriftstellers Wolfgang Borchert (1921-1947), der auf die Orientierungslosigkeit der Kriegsheimkehrer hinwies (x115/101-102): >>... Wir sind die Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unsere Tiefe ist der Abgrund.

Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, unsere Liebe grausam, unsere Jugend ist ohne Jugend.

Und wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung - ausgestoßen aus dem Laufgitter des Kindseins in eine Welt, welche die uns bereiten, die uns darum verachten.

Aber sie gaben uns keinen Gott mit, der unser Herz hätte halten können, wenn die Winde dieser Welt es umwirbelten. So sind wir die Generation ohne Gott, denn wir sind die Generation ohne Bindung, ohne Vergangenheit, ohne Anerkennung.

Und die Winde der Welt, die unsere Füße und unsere Herzen zu Zigeunern auf ihren heißbrennenden und mannshoch verschneiten Straßen gemacht haben, machten uns zu einer Gene-

ration ohne Abschied.

Wir sind die Generation ohne Abschied. Wir können keinen Abschied leben, wir dürfen es nicht, denn unserm zigeunernden Herzen geschehen auf den Irrfahrten unserer Füße unendliche Abschiede.

Oder soll sich unser Herz binden für eine Nacht, die doch einen Morgen zum Morgen hat? Ertrügen wir den Abschied?

Und wollten wir die Abschiede leben wir ihr, die anders sind als wir und den Abschied auskosteten mit allen Sekunden, dann könnte es geschehen, daß unsere Tränen zu einer Flut ansteigen, der keine Dämme und wenn sie von Urvätern gebaut wären, widerstehen.

... Wir sind eine Generation ohne Heimkehr, denn wir haben nichts, zu dem wir heimkehren könnten und wir haben keinen, bei dem unser Herz aufgehoben wäre – so sind wir eine Generation ohne Abschied geworden und ohne Heimkehr. ... <<

Der Eisenbahngüter- und Personenverkehr zwischen den Westzonen und Berlin wurde am 23. April 1948 vorübergehend unterbrochen.

Der Berliner "Tagesspiegel" berichtete am 1. Mai 1948 über die Ansiedlung von vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern (x115/149-151): >>... Über jene ersten Siedler, die aus den engen Dörfern und Städten Europas auswanderten, über den Atlantik fuhren, um drüben in Amerika den Wald zu roden, Neuland zu bebauen, seßhaft zu werden, haben ganze Generationen von Schriftstellern schon die Gloriole von Courage und Zähigkeit gebreitet.

Ich glaube es ist noch kein Buch geschrieben und kein Film gedreht worden, der geschildert hätte, wie die deutschen Glas- und Bijouterie-Arbeiter aus der Stadt Gablonz im Sudetenland auswanderten.

Nicht freiwillig, sondern gezwungen, Haus, Heim, Werkstatt, Besitz zurücklassend, Neusiedler der Jahre 1945, 1946 und 1947, kamen sie in das zerschlagene Deutschland und schufen sich dort zwischen Trümmern und Verwüstung in rund 2 Jahren aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage. Die modernen Neusiedler wanderten, nachdem sie wochenlang in Lagern, tagelang in berstend vollen Zügen zusammengepfercht waren, gebeugt unter hastig verpackten Säcken und Koffern, müden Schrittes zunächst wieder in ein Flüchtlingslager. Nicht Männer, sondern Frauen, Kinder, Greise und Kranke bildeten die Überzahl. Die Männer hatten zum Teil zurückbleiben müssen. Zum Teil kamen sie später, auf Umwegen und aus Kriegsgefangenenlagern, nachgewandert.

Die Neusiedler von 1946 hatten nicht die Gewißheit, daß jeder Tag härtester Arbeit, jeder Meter Land, auf dem sie Kartoffeln anbauten, jeder Nagel, den sie in eine Barackenwand schlugen, und jedes Stück Arbeitsgerät, das sie sich primitiv zusammensetzten, ihnen zugute kommen oder ihnen gehören würde.

Sie waren Fremde, das neue Land war nicht neue Heimat, sondern neue Unsicherheit. Der Grund und Boden, auf dem sie sich niederließen, wurde ihnen nur leihweise überlassen. Die Furcht, die hinter ihrem Auszug aus der Stadt am Isergebirge stand, verließ sie nie mehr ganz. Sie kamen nicht in einen weiten, neuen, an Möglichkeiten unbeschränkten und unentdeckten Kontinent.

Sie kamen in ein übervölkertes und zerstörtes Land, wo ihnen Mißtrauen, Ablehnung, Brotneid begegneten, wo die Tür vor ihnen öfter zugeworfen als aufgetan wurde.

In 2 Jahren haben diese Männer und Frauen aus Gablonz nun bei Kaufbeuren, einem kleinen, mittelalterlich weltfernen Städtchen am Rande der Allgäuer Berge, buchstäblich aus dem Nichts Notwohnungen, Werkstätten und eine Industrie aufgebaut, die bisher einen Umsatz von 50 Millionen Mark erzielte und mehr als 6.000 Flüchtlinge beschäftigt.

Die als Heimatlose und Bittende kamen, sind heute selbständig, die besten Steuerzahler und teilweise sogar Arbeitgeber der Einheimischen in ihrer neuen Heimat geworden. Sie haben rund 500 Glas- und Schmuckwarenbetriebe aufgebaut, die im Monat mindestens viereinhalb

Millionen Mark umsetzen. Sie haben das, was sie erreichten, einzig und allein sich selbst, der Privatinitiative jedes einzelnen zu verdanken.

Unweit von Kaufbeuren, umgeben von Wald, liegt das Gelände der einstigen Dynamit AG, die zu den IG Farbenwerken gehörte. Während des Krieges wurde hier in mächtigen Betonbunkern Sprengstoff hergestellt. In dem Barackenlager neben der Fabrik hatte man die Fremdarbeiter untergebracht.

Das Fabrikgelände war nach Kriegsende von Trümmern, leeren getarnten Betonklötzen, einer Fahrstraße und zahlreichen Industriegeleisen durchzogen. Es verfügte über Bahnanschluß, Wasser, Elektrizität. Die meisten Gebäude der Pulverfabrik waren gesprengt, der Rest ausgeplündert. Anna S. wohnte mit ihrem Mann im einstigen Fremdarbeiter-Barackenlager, das sich rasch mit Flüchtlingen füllte.

Als sie zum erstenmal über das einstige Gelände der Pulverfabrik ging, sah Anna ein paar Dutzend Menschen, entlassene Kriegsgefangene, hart und schmal gewordene Frauen und alte Männer, arbeiten; sie räumten Schutt, reihten Steine aneinander, sammelten sorgfältig jedes Stück Draht, jedes Stück Eisen. Sie wohnten zwischen der Verwüstung, in den klaffenden, aufgerissenen Betonklötzen, auf deren Dächer die Tarnsträucher wuchsen. Sie hatten weder Bett noch Tisch.

Doch da und dort standen zwischen dem Schutt Maschinen – viele verrostet, zerstört, aber immerhin Maschinen -, Stanzen, Drehbänke, Elektromotoren, Pressen, ein Pumpwerk, eine Transformatorenanlage. Auf jede Maschine waren mit weißer Farbe ein R und eine Nummer gezeichnet. "Gehören die euch?" fragte damals Anna atemlos.

"Gepachtet sind sie", 25 Jahre gepachtet, wie das ganze Gelände, aber gepachtet mit täglicher Kündigung. Jede Maschine steht auf der Reparationsliste."

Anna hörte diese Einschränkungen kaum. Wo Maschinen waren, Stanzen, Pressen, Drehbänke, da konnte man schon wieder weitersehen und so war sie unter denen, die in Kaufbeuren-Hart das Kaufbeuren-Gablonz aufzubauen begannen. Das einzige größere Gebäude, das noch ganze Mauern hatte, wurde von Männern, deren Namen in Gablonz einmal guten Klang gehabt hatten, zum Büro und Verwaltungshaus der neuen "Allgäuer Glas- und Schmuckwarengesellschaft" gemacht.

Das, was man hier plante, waren nicht ein paar Baracken, die heute oder morgen wieder leerstehen würden, sondern es sollte der Grund gelegt werden für eine neue Industriestadt. Männer und Frauen arbeiteten manchmal mit Werkzeugen wie aus der Steinzeit. Sie hobelten zuerst die Werkstische und dann erst den primitivsten Hausrat. Sie befreiten die Maschinen ... vom Rost. Als die erste wirkliche Zange herungereicht wurde, hielten sie alle mit der Arbeit inne: es war wie ein Festtag! ...

Dann entstanden beinahe wie von selbst die ersten Nadeln, Kettchen und Knöpfe. In den Städten und Dörfern rundum riß man sie ihnen aus den Händen. Die erste Lieferung des benötigten Stangenglases traf ein. Es kam aus der Regenhütte im Bayerischen Wald bei Zwiesel, die ebenfalls ein Ausgesiedelter leitet. Rohglas! Grundelement ihrer Arbeit. Von da an arbeiteten sie systematisch: die ersten Drucköfen, die erste selbstgebaute Glashütte begann zu produzieren.

Aus dem überfüllten Flüchtlingslager Riederloh, aus dem Städtchen Kaufbeuren, aus Dörfern und Marktflecken ringsum, von überallher, wo Gablonzer in Schulsälen, Scheunen, Bauernhäusern Notquartiere bewohnten, kamen sie nach Kaufbeuren-Hart, die Werkzeugschlosser und Graveure, Estampeure, Gürtler, Glasschleifer und Heimarbeiter, Männer und Frauen, gewohnt, Glas und Metall kunstvoll zu verbinden und zu hundertfachem Wert zu veredeln. Doch ihrem Willen, mit der Arbeit voranzukommen, stellten sich Hindernisse entgegen. Ganz unüberwindlich erschien zuerst die Wohnungsnot. Ein Bezirk, in dem unter 100 Einwohnern 68 Flüchtlinge waren, konnte einfach keine neuen mehr aufnehmen. ...

... Von ihren Werkstischen weg gingen die Hart-Leute in die Ziegeleien, in die Trümmerstätten Münchens und Ulms, um Baustoffe heranzubringen. Aber da von staatlicher Seite weder finanziell, noch steuerlich, noch in der Materialbelieferung nennenswerte Unterstützung kam, ging es nur langsam voran. Die anderen Hindernisse, Rohstoffmangel, Facharbeitermangel, zu wenig Kohle, zu wenig Baumaterial, zu wenig Werkzeuge, Schwerfälligkeit.

Dann kam die gefährliche Klippe: eines Tages erschien eine Kommission jugoslawischer, polnischer, belgischer Offiziere.

Was sie befürchteten, traf ein: die Demontageorder. Sie mußten und sie müssen nun ohne die R-Maschinen fertig werden. Eine harte Belastung. Aber auch daran scheitern sie nicht. Mit einigen primitiven, oft selbstgebauten Maschinen, da und dort mit neu kompensierten Maschinen wird produziert. ... Die alten Kunden aus England, aus Nord- und Südamerika, Frankreich, Indien und Ägypten haben sich schon gemeldet. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die enorme Leistungsbereitschaft der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/471-472): >>... Die Vertriebenen brachten nicht nur ihre Mägen mit, wie Churchill es ausgedrückt hatte, sondern auch ihre Arbeitskraft.

Die Polen und Tschechen hatten ihnen ihre Höfe, ihre Häuser, ihre Wohnungen rauben und sie bis aufs Hemd ausplündern können, aber sie hatten ihnen nicht ihre geistigen Fähigkeiten, ihr handwerkliches und bäuerliches Geschick nehmen können.

Sie waren entwurzelt worden, aber ihre Kraft war ihnen geblieben. Sie waren auf eine der untersten Stufen menschlichen Daseins herabgedrückt worden, doch um so stärker wuchs ihre Entschlossenheit, wieder nach oben zu kommen.

In den Baracken und Trümmern der westlichen Besatzungszonen sammelte sich in jenen Tagen der Armut, des Hungers, der Abgerissenheit wie in einem Staubecken jene Schwungkraft, die Jahre später den Wiederaufbau Westdeutschlands zum sogenannten deutschen Wunder werden ließ. Die außerordentliche Lage trieb die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, zu außerordentlichen Leistungen. ...<<

Der französische Jurist und sozialistische Politiker Leon Blum (1872-1950) schrieb am 6. Mai 1948 im "Populaire" (x112/508): >>... Auch Frankreich sollte sich einer kleinen Gewissensprüfung unterziehen; ist es nicht gerade Frankreich, das, um Gebietsabtrennung vom Westen zu erzwingen, monatelang jedes Vorgehen des Kontrollrates in Berlin gelähmt hat?

Hat nicht gerade Frankreich die Schaffung einer Zentralverwaltung, die sich über alle vier Zonen erstreckt hätte ... Widerstand entgegengesetzt?

Angesichts der gegenwärtigen Lage scheint es mir schwer, die Trennung als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinzunehmen, sie aufrechtzuerhalten und daraus ein für allemal die Konsequenzen zu ziehen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Mai 1948 über die Frage "Weststaat oder Provisorium?" (x112/509): >>... Man stünde vor der auf geschichtlich absehbare Zeit definitiven Teilung Deutschlands.

Kein frommer Wunsch kann die grausame Tatsache des vorläufigen Endes der gesamtdeutschen Geschichte, die damit gegeben wäre, und die weitere Tatsache aus der Welt schaffen, daß wir dann statt ein drittes, die beiden Rivalen auseinanderhaltendes Element zwischen Osten und Westen zu werden, nur noch das strategisch sehr entscheidende Kampffeld zwischen beiden wären.<<

Die Herausgeber des "Ulenspiegels" mußten am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigten und kritische Berichte veröffentlichten.

Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina rief Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernahm das Amt des Premierministers.

In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 hieß es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".

Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.

Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Geschlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...

Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...

Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...

Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit, seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.

Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<

Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.

Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schrieb später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...

Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunklen Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeu-



tete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.

Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur auf sich selbst zu verlassen.

Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenschaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erscheinen. ...

Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land besaßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert.

Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<

Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schrieben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.

(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<

>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.

Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge entstanden. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.

Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.

Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.

Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973.

Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 19. Mai 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Bad Meinberg/Lippe (x112/515): >>Die weltanschauliche Grundlage der Partei muß unbedingt erhalten bleiben. Nirgendwo ist eine Verteidigung der christlichen Weltanschauung nach wie vor so notwendig wie bei uns in Deutschland. ...

Die Forderung auf Rückgabe der Ostgebiete müssen wir nach wie vor nachdrücklich stellen und aufrechterhalten, weil ohne die Ostgebiete das übrige Deutschland, abgesehen von der Flüchtlingsfrage, wirtschaftlich derart gelagert ist, daß es sowohl für die Deutschen selbst, aber auch für das übrige Westeuropa kaum tragbar ist. ...

So sehr wir den Marshallplan und die Hilfe begrüßen, so glaube ich doch, daß der Marshallplan nur eine Ankurbelung ist, die nicht ewig weiterlaufen wird. Wir Deutschen werden selbst die Hauptarbeit tragen müssen, um unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. ...

Den Gedanken einer europäischen Föderation kann man nicht ernst genug nehmen und die Bedeutung schlechterdings nicht unterschätzen. Eine solche europäische Föderation würde ein Gefühl der Sicherheit geben, auch den westlichen Nachbarn Deutschlands, den Franzosen, Holländern, Belgiern und Luxemburgern, in denen immer noch eine große Angst vor den Deutschen herrscht. Man befürchtet mit Recht, wenn Westdeutschland der Kopf Rußlands werden würde, dann wäre es um Westeuropa geschehen. ...

Wenn man sich dieses Zukunftsbild einer westeuropäischen Föderation vor Augen hält, bestehend aus England, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten und Westdeutschland, mit den kolonialen Hilfsquellen Afrikas, Indonesiens, Niederländisch-Indiens usw., dann wird man zugeben, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, daß eine dritte Macht auf der Erde entsteht, die zwar den ganz großen Mächten wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Sowjetrußland nicht gleichwertig ist, aber doch immerhin so stark und so groß ist, daß jeder von den beiden, wenn sie in einen Kampf miteinander geraten sollten, daran denken müßte, wie wird sich diese dritte Macht verhalten. ...<<

Die westlichen Militärregierungen einigten sich 23. Mai 1948 über eine gleichzeitige Durchführung der Währungsreform in den Westzonen.

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb damals über die geplante Währungsreform in den Westzonen (x112/517): >>Die Währungsreform hebt sich immer dunkler am Horizont ab wie eine schwarze aufsteigende Gewitterwand.

Die Schlaunen haben sich hinter Sachwerten gesichert, die Fleißigen hoffen auf gerechte Entlohnung, auch wenn sie noch die letzten Vermögensreste verlieren sollten. Die Armen und Arbeitsunfähigen können ohne Gruseln gar nicht daran denken, daß sie radikal vor dem Nichts stehen sollen. ...<<

Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wurde am 2. Juni 1948 in Landsberg/Lech gehängt. Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm"). In den NS-Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.

Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und

Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...

Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.

Auf Grund dieser Sachlage sind die Delegationen zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten soll, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen werden, eine regierungsmäßige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie es mit den Mindestanforderungen der Besetzung und Kontrolle vereinbar ist, und die es ihm schließlich auch ermöglichen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.

Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.

Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.

Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen.

Bei der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren sind die Ministerpräsidenten ermächtigt, die Grenzen der verschiedenen Staaten zu überprüfen, um zu entscheiden, welche Veränderungen den Militärgouverneuren vorgeschlagen werden könnten, damit ein endgültiges System geschaffen wird, das für die Bevölkerung zufriedenstellend ist. ...<<

Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schrieb später über die Hintergründe dieser "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.

Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich. Die Ereignisse der

Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.

Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<

Konrad Adenauer erklärte am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525):  
>>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.

Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtete später über Adenauer und den Föderalismus: >>**Mein Gott - was soll aus Deutschland werden?**

Adenauer war in den zwanziger Jahren Föderalist gewesen. Das entsprach dem Programm seiner Partei, des katholischen Zentrums. Das entsprach seinen persönlichen Interessen als eines katholischen Politikers im vorwiegend protestantischen Reich. Das entsprach aber auch seinen Auffassungen von der europäischen Politik. Er meinte, daß Deutschland "friedensfreundlicher" gemacht werden könne, indem der preußische Zentralismus in Deutschland gebrochen und durch eine föderalistische Struktur des Reiches ersetzt werde.

Höchster Orientierungspunkt des Adenauerschen Föderalismus war also ein freundlicheres Verhältnis zu den westlichen Nachbarn gewesen. Diesen Gedanken hatte Adenauer 1919 ausgesprochen, als er in den rheinischen Separatismus-Wirren, die dem Ersten Weltkrieg folgten, den Plan eines westdeutschen Bundesstaates innerhalb des Reiches propagierte.

Ein gutes Vierteljahrhundert später - als Adenauer ein zweites Mal Gelegenheit erhielt, an der inneren Gestaltung eines neuen deutschen Staates mitzuwirken - war der höchste Orientierungspunkt seines Vorgehens immer noch der des Jahres 1919: die Gestaltung eines friedlichen Europa.

Die Frage blieb jedoch offen, ob - gemessen an jenem Orientierungspunkt - immer noch die Föderalisierung Deutschlands ein unbedingtes Erfordernis sei.

Das Hauptziel, das Adenauer 1919 verfolgt hatte, wurde 1945 durch die Siegermächte erzwungen: Preußen wurde von ihnen zerschlagen. Die Gründung der westdeutschen Länder in den Jahren 1945 und 1946 - vor allem die Gründung Nordrhein-Westfalens - bedeutete das Ende Preußens.

Der "Berliner Zentralismus", der für Bismarck-Staat und Weimarer Republik kennzeichnend gewesen war, hatte damit sein Ende genommen. Zu entscheiden war nun nur noch, durch welche Art von Staatskonstruktion der Berliner Zentralismus" ersetzt werden sollte - ob

- durch einen wiederum zentralistischen Staat, nun freilich nicht mit Berlin, sondern mit einer westdeutschen Stadt als Metropole, oder

- durch ein föderalistisches Deutschland, dessen Mittelpunkt eine neue Hauptstadt - zum Beispiel Frankfurt - bilden sollte.

Die allgemeine Voraussetzung, von der die westdeutschen Politiker bei den 1945 noch sehr vagen Spekulationen über dieses Thema ausgingen, war die, daß der neue deutsche Staat zumindest das Gebiet zwischen Oder und Mosel umfassen werde. Unter dieser Voraussetzung war Adenauer - so hat es jedenfalls den Anschein - auch nach 1945 noch Föderalist. Noch im Mai 1946 propagierte der "Rheinische Merkur", der damals vielfach als ein Organ Adenauers angesehen wurde, "eine deutsche Föderation mit einer westdeutschen Stadt - möglicherweise Frankfurt - als Hauptstadt".

Schwankend in seiner föderalistischen Haltung wurde Adenauer erst, nachdem sich abzeichnen begann, daß für die Gründung eines neuen demokratischen deutschen Staates nur noch die drei westdeutschen Zonen, nicht aber mehr die mitteldeutschen Länder zur Verfügung standen

Von Mitte 1946 an begannen die Militärgouverneure Englands und Amerikas für die Gründung einer west- und süddeutschen "Tri-Zone" einzutreten. Erst mit dieser Initiative kam jene Wirklichkeit in Sicht, auf deren Boden auch die Frage "Zentralismus oder Föderalismus" fortan zu entscheiden war.

Vor dieser neuen Wirklichkeit aber stand Adenauer in Sachen "Föderalismus" ohne Konzept da, noch nicht Zentralist, nicht mehr Föderalist - und es war schließlich nicht er, der den "Bonner Zentralismus", sofern man von einem solchen sprechen kann, durchsetzte, sondern Kurt Schumacher.

Diese Tatsache hat inzwischen eine ironische Pointe erhalten. Heute ist es die SPD, die - entgegen ihren Traditionen, aber aus wohlwogenem Eigeninteresse - föderalistische Grundsätze verteidigt, während Adenauer die föderalistischen Elemente des Bonner Grundgesetzes beklagt.

Im letzten Wahlkampf erklärte Adenauer vor Würzburger Studenten, die Besatzungsmächte hätten in den Jahren 1948 und 1949 "uns den föderativen Gedanken aufgezwungen. Die Amerikaner und die Franzosen haben die Entwicklung beeinflußt. Die Länder sollten sehr stark sein, die Zentralregierung sehr schwach."

Der SPD-Pressedienst versuchte nach Adenauers Würzburger Rede, mit Hilfe einer Dokumentation aus den Debatten des Parlamentarischen Rates nachzuweisen, daß Adenauer 1948/49 ein eifriger Föderalist gewesen sei.

In Wirklichkeit jedoch war Adenauer in jener Zeit weder Föderalist noch Zentralist, hatte vielmehr überhaupt keine feste Ansicht in dieser Frage und wechselte damals seinen Standpunkt zum Föderalismus-Thema nicht weniger als dreimal - und zwar jedesmal so, wie nach seiner Meinung der Wind im Lager der westlichen Besatzer stand.

Diese Haltung führte auf dem Höhepunkt des Föderalismus-Streites zu einem Satyr-Spiel, dessen nicht eben glücklich aussehende Hauptfigur Adenauer selbst war.

In der Tat erklärte sich Adenauers Unentschiedenheit im Föderalismus-Konflikt letztlich daraus, daß sein eigentlicher Orientierungspunkt - nämlich die Absicht, den neuen deutschen Staat für Westeuropa akzeptabel zu machen - in der Situation von 1948/49 keine Anweisung zu politischem Handeln bot. War es klar gewesen, daß die westlichen Alliierten ein von Preußen her zentralistisch geleitetes Gesamtdeutschland nicht akzeptieren würden, so war damals keineswegs eindeutig vorauszusehen, ob ein vielleicht von Frankfurt her zentralistisch geleiteter westdeutscher Teilstaat für den Westen, namentlich für die Angelsachsen, nicht doch annehmbar sein würde

Genau auf diesen Punkt hin sollte sich der Streit zuspitzen, der 1948/49 einmal innerhalb des Parlamentarischen Rates und zum anderen zwischen Parlamentarischem Rat und den Westalliierten entbrannte.

Am 10. Juli 1948 überreichten die Militärgouverneure Englands, Amerikas und Frankreichs den Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder die sogenannten "Londoner Dokumente", in denen die drei westlichen Besatzungsmächte vorschlugen, ihre drei Zonen zu einem deutschen Staat "föderalistischen Typs" zu vereinen.

Am 1. September 1948 trat daraufhin eine verfassungsgebende Versammlung zusammen: der sogenannte Parlamentarische Rat. Er umfaßte 65 Abgeordnete, die von den Länderparlamenten ernannt worden waren. 27 Abgeordnete gehörten der SPD, 27 der CDU/CSU, fünf der FDP, je zwei dem Zentrum, der Deutschen Partei und der KPD an.

In den Debatten des Parlamentarischen Rates darüber, ob das Grundgesetz der geplanten Bun-

desrepublik "föderalistischen" oder "zentralistischen" Charakter haben sollte, schälten sich schließlich zwei Hauptprobleme heraus, nämlich

- einmal die Frage, ob neben dem vom ganzen Volke gewählten Bundestag der von den Länderregierungen zu wählende Bundesrat eine gleichberechtigte gesetzgebende Gewalt ausüben sollte, und

- zum anderen die Frage der Finanzhoheit.

In der ersten Frage nahm die CDU/CSU zunächst den "föderalistischen" Standpunkt ein, das hieß: Sie forderte die Gleichberechtigung der Bundesländer als gesetzgebende Gewalt neben dem Bundestag. Praktisch lief diese Ansicht darauf hinaus, daß die gesetzgebende Gewalt des neuen deutschen Staates zu gleichen Teilen auf zwei Institutionen verteilt werden sollte:

- auf den Bundestag als die gewählte Repräsentation des gesamten Staatsvolkes und auf eine "zweite Kammer" (später "Bundesrat" genannt), welche die Länder-Interessen, also das föderalistische Element, repräsentieren sollte.

Der bedeutendste Sprecher der CDU/CSU in dieser Sache war der katholische Jurist Dr. Adolf Süsterhenn. Die Abgeordneten der CDU/CSU verträten, sagte er im Parlamentarischen Rat, "grundsätzlich das machverteilende Prinzip. Wir wollen eine pluralistische Staatsgestaltung haben ... Diesen Gedanken der Machtverteilung glauben wir unter anderem am besten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß neben dem Volksparlament, das aus der Volkswahl hervorgegangen ist (Bundestag), völlig gleichberechtigt in der Legislative eine andere Körperschaft in Gestalt der sogenannten zweiten Kammer (Bundesrat) steht".

Der Standpunkt Süsterhenns war jedenfalls zu Anfang auch der offizielle der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat. Hätte dieser Standpunkt sich durchgesetzt, so wäre die gesamte Gesetzgebung der Bundesrepublik einschließlich der Außenpolitik zu einem großen Teil in den Landeshauptstädten bestimmt worden.

Dem späteren sogenannten "Bonner Zentralismus" wären von vornherein in radikaler Weise die Flügel beschnitten worden, und die Außenpolitik der Bundesrepublik hätte zweifellos einen völlig anderen Verlauf genommen, als sie ihn unter der einsamen Führung Adenauers tatsächlich genommen hat.

Vor allem die süddeutschen Föderalisten suchten einen "Bonner Zentralismus" zu verhindern. Aus ihren Kreisen kamen Äußerungen, wonach das Land "Nordrhein-Westfalen" drohe, "das Preußen der Bundesrepublik zu werden".

Der von Süsterhenn propagierte Plan scheiterte schließlich an Kurt Schumacher. Im Verein mit der FDP brachte der SPD-Führer den Plan eines "gleichberechtigten" Bundesrates zu Fall. In dem mit dem Problem befaßten Ausschuß stimmten zwölf Abgeordnete gegen den Süsterhenn-Plan, neun dafür.

Erst nachdem dies geschehen war, schaltete sich Adenauer in die Debatte ein - nun zwar immer noch nicht mit prinzipiellen Deklarationen, sondern mit taktischen Manipulationen, die darauf hinausliefen, den traditionellen Föderalismus der Christdemokratie fallenzulassen.

Ihm gelang, die eifrigsten Föderalisten der CDU/CSU, den Rheinländer Süsterhenn und den Bayern Dr. Anton Pfeiffer, die bis dahin in der "Föderalismus-Frage" Sprecher der CDU/CSU gewesen waren, durch den nachgiebigen Brentano und durch Theophil Kaufmann ersetzen zu lassen. Unter deren Einfluß kam schließlich der Artikel 50 des Grundgesetzes zustande: "Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit."

Im übrigen ist - vornehmlich dank der Initiative des SPD-Führers Kurt Schumacher - im Grundgesetz eine Verteilung der Rechte von Bund und Ländern vorgenommen worden, die sich später auf vielen Gebieten als praktikabel und vernünftig erwiesen hat.

Daß dieses System nicht immer reibungslos funktionieren würde, war freilich von vornherein klar. Tatsächlich kam es 1952/53 zu einer aufsehenerregenden Kollision zwischen Bund und

Ländern - und zwar im engen Zusammenhang mit der Frage der deutschen Wiederbewaffnung.

Im Mai 1952 hatte Bundeskanzler Adenauer vier Verträge mit den Westalliierten unterzeichnet. Das waren

- der sogenannte Deutschland-Vertrag, durch den die Bundesrepublik ihre Souveränität gewann (mit gewissen noch heute bestehenden Einschränkungen),
- der "Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG), in dem sich die Bundesrepublik zur Aufstellung von bewaffneten Streitkräften und zu deren Einbau in eine EVG-Armee verpflichtete, und
- zwei Nebenverträge, in denen rechtliche und finanzielle Fragen geregelt wurden.

Im Bundestag war den Verträgen eine einfache Mehrheit sicher. Strittig war lediglich, ob der EVG-Vertrag, weil er die im Grundgesetz nicht vorgesehene Aufstellung von "bewaffneten Streitkräften" vorsah, verfassungsändernd sei und mithin einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedürfe. In dieser Frage erklärte sich das Bundesverfassungsgericht nach einem langen juristischen Streit 1953 für unzuständig.

Danach stand der SPD nur noch der Weg offen, über die SPD-Landesregierungen von Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen im Bundesrat einen Beschluß herbeizuführen, wonach der Bundesrat gegen den EVG-Vertrag Einspruch erheben sollte.

Von den 38 stimmberechtigten Sitzen des Bundesrates nahmen die SPD-Landesregierungen 15 ein. Die von der CDU/CSU beherrschten Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern hatten zusammen 18 Sitze.

Ausschlaggebende Bedeutung hatten angesichts dieser Gewichtsverteilung die fünf Stimmen Baden-Württembergs. Ministerpräsident war der Liberale Reinhold Maier, aber zu seiner Regierungskoalition gehörten auch Sozialdemokraten. Es gab also einigen Grund zu der Annahme, daß Maier mit Rücksicht auf seine sozialdemokratischen Ministerkollegen die fünf Stimmen Baden-Württembergs für einen Bundesrats-Einspruch gegen die EVG zur Verfügung stellen werde. Staatsrechtlich hätte das den Versuch der Bundesländer bedeutet einen bestimmenden Einfluß auf die Außenpolitik zu gewinnen.

Maier rang sich jedoch nach einiger Zeit zu der Ansicht durch, daß die Länder keine Legitimation besäßen, eine Initiative auf dem Gebiet der Außenpolitik zu ergreifen. Der Bundesrat beschloß mit 23 gegen 15 Stimmen, also mit den fünf Stimmen Baden-Württembergs, keinen Einspruch gegen EVG-Vertrag und Deutschland-Vertrag zu erheben. Der EVG-Vertrag wurde damit Gesetz, erlangte allerdings gleichwohl keine Rechtskraft, weil das französische Parlament im August 1954 die Ratifizierung ablehnte

Der Verzicht Maiers auf Einspruch gegen den EVG-Vertrag wurde seinerzeit vielfach als eine Niederlage des deutschen Föderalismus ausgegeben. Wie die Hamburger "Welt" damals schrieb, hatte man in Maier eine Zeitlang den Mann gesehen, der - gestützt auf den Länder-Föderalismus - "es dem Kanzler schon zeigen" und dessen Integrations-Politik zu Fall bringen werde.

Diese Erwartungen erwiesen sich als falsch, wenn auch der Verlauf des EVG-Konflikts innerhalb des Bundesrates demonstriert hatte, daß jedenfalls theoretisch den Bundesländern Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sogar auf außenpolitischem Gebiet dem Bundestag und der Bundesregierung zumindest hinderlich zu sein.

Im übrigen hatte der Konflikt im Bundesrat zum ersten Mal deutlich gezeigt, in welcher Weise die SPD einerseits und die CDU/CSU andererseits in der Föderalismus-Frage die Fronten gewechselt hatten. Kurt Schumachers Partei, die im Parlamentarischen Rat energisch und erfolgreich für eine zentralistische Struktur der Bundesrepublik gekämpft hatte, mußte 1953 im Streit um die EVG auf die Waffen des Föderalismus zurückgreifen. Dagegen konnte sich Adenauer bei der Abwehr der SPD-Angriffe eben der Waffe bedienen, die ihm sein Gegner

Schumacher geschmiedet hatte.

Hatte Adenauer in der Frage der Gleichberechtigung von Bundesrat und Bundestag schließlich wenigstens durch taktische Manipulationen im zentralistischen Sinne Stellung bezogen, so verhielt er sich in der Frage der "Finanzhoheit" im Grunde völlig richtungslos. Charakteristisch für seine Haltung in dieser Frage ist eine Äußerung, wonach ihm die ganze Sache "zum Halse heraushänge".

Bei dem Streit um die Finanzhoheit ging es, pauschal gesehen, darum, ob das Schwergewicht der Finanzhoheit beim Bund oder bei den Ländern liegen sollte. SPD, FDP und KPD vertraten den zentralistischen Standpunkt, wonach der Bund Vorrang haben müsse; die CDU/CSU hingegen forderte die Vormachtstellung der Länder. Nach monatelangem Streit spitzte sich der Konflikt vor allem auf die Frage des sogenannten Finanzausgleichs zu. Die SPD verlangte für den Bund das Recht, Steuergelder reicher Bundesländer durch zentralen Bundesentscheid steuerarmen Bundesländern zuschreiben zu dürfen.

Mitte Februar 1949 setzte sich die SPD mit ihrem Standpunkt im Parlamentarischen Rat durch. Der "Finanzausgleich" wurde daraufhin im Prinzip auch von der CDU/CSU angenommen - und zwar offenkundig unter Adenauers Einfluß. Der "Föderalist" Adenauer hatte damit seine erste Wendung - und zwar diesmal zum "Zentralismus" - vollzogen.

Bei diesem Stand der Dinge aber erhoben die Alliierten Einspruch. Sie erklärten am 2. März 1949, daß der Finanzausgleich mit ihrer Forderung nach einem Staat "föderalistischen Typs" nicht vereinbar sei.

Mit der alliierten Erklärung aber hatte die Debatte ein Stadium erreicht, in dem der einzige Orientierungspunkt Adenauers in dem ganzen Föderalismus-Streit sichtbar wurde: sein Standpunkt nämlich, daß der neue Staat auch seiner inneren Struktur nach für den Westen akzeptabel sein müsse.

Von diesem Standpunkt her aber war es durchaus logisch, daß Adenauer - kaum war das alliierte Veto gegen den "Finanzausgleich" ausgesprochen - auch seinerseits vom Finanzausgleich abrückte. Unter dem - vermeintlich unerbittlichen - Druck der Westmächte, verwandelte sich Adenauer wieder in einen "Föderalisten", und er war sich sehr wohl klar darüber, daß er damit vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit das Odium eines Schwächlings und Konzessions-Politikers auf sich nahm.

Kurt Schumacher war nicht der Mann, der eine solche Gelegenheit ausließ. Er arbeitete die nationale Pointe, die dem Föderalismus-Streit innewohnte, scharf heraus. "Man kann", sagte er, "nur deutscher Patriot sein und nicht Patriot von elf deutschen Ländern. Das ist der ganze Gegensatz zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union."

Am 20. April 1949 pflanzte Kurt Schumacher - nach einer zweitägigen Parteivorstandssitzung - in Hannover die Fahne des zentralistischen Nationalismus auf: Die SPD lehnte den Einspruch der Besatzungsmächte gegen den Finanzausgleich und alle sonstigen föderalistischen Forderungen der Alliierten entschieden und bedingungslos ab. "Entweder", sagte Schumacher, "gibt es eine deutsche Mitarbeit" (am deutschen Grundgesetz) "oder ein auf Grund der Macht gesetztes fremdes Recht für Deutschland."

Zwei Tage später traten daraufhin die Besatzungsmächte den Rückzug an und akzeptierten - nachdem sie anderthalb Monate lang scheinbar unerbittlich auf ihrem föderalistischen Standpunkt verharret hatten - den Finanzausgleich.

Es war ein triumphaler Sieg des zentralistischen Nationalisten Kurt Schumacher und seinem Gegner Adenauer blieb - nachdem er in der Frage des Finanzausgleichs schon zweimal die Position gewechselt hatte - nichts anderes übrig, als sie ein drittes Mal zu wechseln: Die CDU/CSU akzeptierte unter Adenauers Leitung den Finanzausgleich.

Adenauer hat später versucht, das nationale Verdienst Schumachers in der Finanzhoheits-



Frage zu schmälern. Er behauptete, Schumacher habe am 20. April, als er in Hannover in so herausfordernder Weise den Besatzungsmächten den Fehdehandschuh hinwarf, Kenntnis von einem Brief der Besatzungsmächte gehabt, der - obwohl vom 10. April datiert - im Panzerschrank des amerikanischen Generals Clay lag.

Dieser Brief sei von den Besatzungsmächten für den Fall entworfen worden, daß der Parlamentarische Rat den alliierten Einspruch gegen den Finanzausgleich entschieden ablehnte, und habe die Rücknahme des alliierten Einspruchs enthalten. Schumacher aber habe - unterrichtet durch britische Freunde - von diesem Brief gewußt.

Indes, selbst wenn diese Behauptung Adenauers richtig sein sollte, bleibt doch zumindest die Tatsache bestehen, daß Schumacher entschiedener und einfallsreicher als Adenauer die Position der Besatzungsmächte in der Finanzausgleichs-Frage auf ihre Festigkeit hin geprüft hat. Sein Verdienst, an einem entscheidenden Punkt für eine praktikable Gestaltung des Grundgesetzes gesorgt zu haben, bleibt vor der Geschichte bestehen.

Das Verdienst Schumachers um eine praktikable Gestaltung des Grundgesetzes ist um so höher zu bewerten, als das Grundgesetz - trotz Finanzausgleichs und trotz Vorrangstellung des Bundestages vor dem Bundesrat - immer noch einen stark föderalistischen Charakter behalten hat.

Wenn sich gleichwohl nach Billigung des Grundgesetzes durch Parlamentarischen Rat und Besatzungsmächte im Herbst 1949 eine Art von "Bonner Zentralismus" herausbildete, so war dieser weitgehend persönlicher und nicht so sehr institutioneller Art.

Tatsächlich ist die Besorgnis weit verbreitet, daß der De-facto-Zentralismus, den Adenauer während seiner Regierungszeit entwickelt hat, institutionelle (föderalistische) Schwächen des Grundgesetzes verbirgt, die erst nach seinem Ausscheiden sichtbar werden könnten. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 10. Juni 1948 über die Gründung eines westlichen Staates (x112/525): >>... Können und sollen die Deutschen der Westzone den entscheidenden Schritt der Bildung einer eigenen Westregierung als Weg zu einer späteren Regierung für ganz Deutschland fordern und fördern?

Wir meinen ja.<<

Die Militärgouverneure Clay und Robertson sprachen am 14. Juni 1948 mit Vertretern der Zweizonenwirtschaftsverwaltungen über Fragen der Währungs- und Steuerreform.

Der Wirtschaftsrat der Bizone verabschiedete am 14. Juni 1948 in einer nicht öffentlichen Sitzung einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU/DP, SPD, FDP und des Zentrums an die Militärregierungen (x112/527): >>Der Wirtschaftsrat hat davon Kenntnis genommen, daß die Geldreform unter Verantwortung der Militärregierungen durch Proklamation erfolgen soll und unmittelbar bevorsteht.

Nachdem diese Entscheidung gefallen ist, hält sich der Wirtschaftsrat im Interesse des Gelingens der Reform für verpflichtet, in letzter Stunde folgende Auffassung zum Ausdruck zu bringen:

1. Der Wirtschaftsrat hält es für notwendig, daß der Reformakt an einem Tage und in einer einzigen Proklamation vollzogen wird.
2. Der Wirtschaftsrat hält es für unerläßlich, daß den obersten verantwortlichen Stellen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes noch heute der volle Wortlaut der beabsichtigten Proklamation zur Verfügung gestellt wird.
3. Der Wirtschaftsrat sieht es als eine wesentliche psychologische Voraussetzung für das Gelingen der Geldreform an, daß die neuen Steuergesetze in unmittelbarem Zusammenhang mit der Geldreform verkündet werden. Der Wirtschaftsrat hält grundsätzlich an der Forderung deutscher Zuständigkeit für die Steuergesetzgebung fest, erwartet aber, daß zumindest der materielle Inhalt der Steuergesetze den deutschen Vorschlägen entspricht. Der Wirtschaftsrat vertritt diese Auffassung auch dann, wenn die Gültigkeit der Steuergesetze sich zunächst nur auf

das Vereinigte Wirtschaftsgebiet erstrecken kann.

4. Der Wirtschaftsrat hält seine Auffassung für um so berechtigter, als der Lastenausgleich durch deutsche Gesetzgebung erfolgen soll.

5. Der Wirtschaftsrat ist der Auffassung, daß beschleunigt Vorbereitungen getroffen werden müssen, um erforderlichenfalls die Einbeziehung der Stadt Berlin in die Geldreform zu ermöglichen.<<

Das Kabarett "Die Mausefalle" (Leitung: Werner Finck) begann am 16. Juni 1948 mit dem neuen Programm "Wir sind wieder soweit!"

Im Verlauf der 18. Vollversammlung des Wirtschaftsrates der Bizone erklärte Ludwig Erhard am 17. Juni 1948 während der ersten Lesung des Gesetzes über die "Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" (x112/529): >>... Ich glaube, hier ... dartun zu können, daß der Markt die einzige wohltätige Einrichtung ist, um eine gerechte, eine maximale Verteilung zu schaffen. ...

Wir müssen ... glauben, daß diese Währungsreform gelingt. Wir müssen überzeugt sein, daß wir auf dieser gesunden Grundlage aus unserer eigenen Kraft heraus auch wieder mählich gesunden können.

Dann ist dieses Gesetz kein Ermächtigungsgesetz für den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, sondern es ist ein Gesetz zum Schutze der deutschen Währung, ein Gesetz zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheit und Grundrechte, ein Gesetz des sozialen Schutzes und ein Gesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Ich bin überzeugt, Sie sind nicht alle meiner Meinung. Aber ich bitte Sie, wenigstens überzeugt zu sein, daß das, was ich Ihnen sagte, aus ehrlicher Gesinnung und aus dem ehrlichen Willen heraus geschieht, mit liberalen Methoden unverrückbar dem Ziel einer sozialen Wirtschaftspolitik zu dienen. ...

(Der SPD-Abgeordnete Kreyszig entgegnet danach:) Die Situation wird in wenigen Tagen schon beweisen, wie gefährlich so eine Konzeption ist. Wir werden sehr dahinterher sein müssen, für tausende und Millionen Menschen das Schicksal zu klären. ...<<

In München, Erlangen und Heidelberg demonstrierten am 17. Juni 1948 wieder Tausende von Studenten gegen die schlechte Ernährungslage.

Die deutsche Fischereiflotte (68 Schiffe) durfte am 17. Juni 1948 erstmals seit dem Kriegsende wieder zum Fischfang starten.

Die westlichen Militärregierungen verkündeten am 18. Juni 1948 im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.

Jack Bennett (oberster Finanzberater der US-Regierung) informierte über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 18. Juni 1948 über die schon am Vortag angekündigte Rundfunkmeldung zur Währungsreform (x112/529): >>Wir kleben am Radio. Auf der Straße rennen Menschen. Fast kein Geschäft ist mehr geöffnet. Fünfzehn Minuten, zehn Minuten ... Stille! Nach dem Sturm – oder vor dem Sturm. – Wer weiß! Jetzt kommt es!

Der Ansager räuspert sich. Wir hören ihn atmen und ein Konzeptpapier knistern.

Das erste Gesetz zur Reform der deutschen Währung, das von den Militärregierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erlassen wurde, tritt am 20. Juni in Kraft.

Abwertung 10:1.

Die neue Währung heißt Deutsche Mark.

Das alte Geld wird am 21. Juni aus dem Verkehr gezogen. Münzen und Noten mit einem Nennwert von höchstens einer Mark sowie Briefmarken bleiben zum Zehntel ihres Nennwertes vorläufig gültig.<<

Das "Frankfurter Börsenblatt" veröffentlichte am 18. Juni 1948 einen Aufruf des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (x112/530): >>Die deutsche Bürokratie, ohne die der Hitlerismus nie sich hätte durchsetzen können, hat dessen Macht geerbt und setzt den Kampf gegen den Geist – wenn auch mit anderen Mitteln – fort.

Den geistig Schaffenden, den Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten, wird die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung versagt. Sie werden rücksichtslos bei der Zuteilung von Lebensmitteln, Arbeitsraum und Arbeitsmaterial benachteiligt. Man läßt sie frieren und hungern – mehr frieren und hungern als alle anderen Angehörigen anderer Berufe.

Wir wenden uns an den PEN-Club und die internationale Liga für Menschenrechte, ihren Einfluß dahin wirken zu lassen, daß die deutschen Regierungen den geistig Schaffenden endlich die Gleichberechtigung zugestehen.<<

US-Militärgouverneur Clay lehnte am 19. Juni 1948 den Antrag von evangelischen Bischöfen ab, eine Berufungsinstanz für die Nürnberger Verfahren zu errichten (x112/531).

Die westlichen Alliierten verkündeten am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) verbot am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnete die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtete am 19. Juni 1948 während eines Rundfunkkommentars über die Währungsreform (x112/531): >>... An ihren Erfolg zu glauben, besteht aller Anlaß; gerade weil wir plötzlich so arm an Mitteln geworden sind, sind wir so reich an Aussichten, es wird sich die Währungsreform als einmaliger Schnitt und endgültiger Schritt zur Besserung herausstellen.

Der zunächst im Umlauf zu setzenden Summe von 1,66 Milliarden neuen Geldes stehen nämlich gemeldete Warenmengen in beträchtlich höherer Preissumme gegenüber. ... Der Schwarzhandel wird, da seinen Nutznießern das Kapital fehlt, von heute auf morgen, wie man annehmen kann, seine Farbe verlieren.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb am 19. Juni 1948 über die Währungsreform in den Westzonen (x112/531): >>Die Währungsreform ist da. Endlich, denn die Wirtschaft kam zum Stillstand aus Angst, mehr zu verdienen, als unbedingt erforderlich wäre.

Die Kaufleute drückten sich um die Warenabgabe, die Geldbesitzer kauften, was irgendwie erreichbar. Nun kommt eine Zeit echter Geldnot, hoffentlich auch zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit, zu arbeiten und zu sparen. ...<<

In den Westzonen wurde am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhielt ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wurde. Sämtliche Forderungen wurden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauschte man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform traf besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) wurden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhielten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wurde nicht reduziert und sie wurden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten war für die große

Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schaffte trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".

Der Geschäftsbericht der Westfalia Aktiengesellschaft, Maschinenfabriken, Bochum, berichtete später über die Währungsreform (x112/532): >>Die Produktion hat nach der Währungsreform eine Erhöhung um mehr als 100 % erfahren ...

Wir sind in der Lage und darauf eingerichtet, die bereits erreichte Höhe der Produktion zu erhalten und noch zu vergrößern. ...<<

In den drei Westzonen wurde die Deutsche Mark (DM) am 21. Juni 1948 gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Unternehmen wurden am 21. Juni 1948 zur Erstellung einer DM-Eröffnungsbilanz verpflichtet.

Der deutsche CDU-Politiker Ludwig Erhard (1897-1977) erklärte am 21. Juni 1948 während einer Rundfunkansprache (x112/533): >>Ich appelliere an den gesunden Sinn, die Einsicht und die Erkenntniskraft von Ihnen allen, wenn ich Ihnen vor Augen führe, daß eine Gefahr für die Stabilität des neuen Geldes nicht bestehen kann, wenn wir uns nur einer geordneten öffentlichen Haushaltsführung befleißigen und durch eine ebenso geordnete Geld- und Kreditpolitik dafür Sorge tragen, daß die Übereinstimmung von Güterproduktion und Kaufkraftbildung gewahrt bleibt. ...<<

Die in Mainz erscheinende "Allgemeinen Zeitung" berichtete am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>Die Ärzte, die den deutschen Michel kurieren wollen, haben sich zu einer Behandlungsweise entschlossen, die seinem Kräftezustand Rechnung tragen soll: Die Medizin, die ihm helfen soll, ist so stark und schmeckt so bitter, daß sie der Meinung sind, es müsse zwischen jedem Löffel voll eine gewisse Pause liegen. Das deutsche Volk ist nicht der gleichen Meinung, aber es ist entschlossen, die Medizin im Vertrauen auf ihre Heilwirkung mit Selbstüberwindung hinunterzuschlucken. ...<<

Die englische Zeitung "News Chronicle" berichtete am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>An diesem Wochenende ist die stabilste Währung in Europa zerstört worden. Es ist die Währung der Zigarette. ...<<

Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wurde am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entsprach z.T. dem Tausch in den Westzonen).

In West-Berlin wurde am 23. Juni 1948 die DM eingeführt.

Aufgrund der Einführung der West-DM ließ die SMAD am 23. Juni 1948 den Personen- und Güterverkehr nach Berlin stoppen sowie die Stromlieferungen aus dem Osten Berlins in die Westsektoren wegen angeblicher technischer Schwierigkeiten einstellen.

US-Militärgouverneur Clay telefonierte in der Nacht zum 24. Juni 1948 mit General Curtis Lemay (1906-1990, Chef des US-Luftwaffenkommandos in Frankfurt) wegen der sowjetischen Blockade Berlins (x112/535): >>Haben Sie Maschinen, die Kohlen transportieren können?

(Lemay:) Was transportieren?

(Clay:) Kohlen.

(Lemay:) Ich kann so schlecht verstehen. Es klingt nur, als ob Sie nach Flugzeugen fragen, die Kohlen transportieren können.

(Clay:) Genau, das meine ich.

(Lemay:) Die Luftwaffe transportiert alles. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notierte am 23. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/534-535): >>Es ist also soweit.

Statt einer neuen Währung haben wir zwei. Und zu dem Eisernen Vorhang an der Elbe gesellt sich ab übermorgen der Eisernen Vorhang quer durch Berlin.

Gefährlich brodelt es in allen Kesseln. ...<<

Sowjetische Truppen blockierten am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrachen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin konnte infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.

General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärte am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilte am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").

Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtete später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Lucius D. Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradiieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) erklärte am 26. Juni 1948 vor der Presse, daß nur eine feste und entschiedene Haltung gegenüber der Sowjetunion einen dritten Weltkrieg vermeiden könnte (x112/536).

Die Präambel des dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) kündigte am 27. Juni 1948 einen drakonischen Geldschnitt an (x112/537): >>Im allgemeinen wird das Altgeld im Verhältnis von 10:1 gegen neue Deutsche Mark eingetauscht. Das heißt, je 10 Mark Altgeld werden auf eine Deutsche Mark zusammengelegt.

Die eine Hälfte dieses Neugeldes kommt auf ein sogenanntes Freikonto, die andere wird einem sogenannten Festkonto gutgeschrieben, das heißt, sie wird blockiert. Über diese blockierten fünf Prozent des Altgeldes wird innerhalb von 90 Tagen entschieden.

Die Entscheidung hierüber hängt von der Entwicklung der deutschen Wirtschaft ab, das heißt, von der Entwicklung der Güterdeckung, die groß genug sein muß, um die Freigabe weiterer Gelder zu erlauben. ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 27. Juni 1948 über die ersten Wirkungen der Währungsreform: "Eine Woche neues Geld. Vom Tag X bis zum Tag X plus 6" (x112/537): >>Wohin man auch blickte, neue Herrlichkeiten bei durchschnittlichen Preisen!

Dreiteilige Herde 70 DM, Gaskocher 50 DM, Vier-Röhren-Rundfunkgeräte 475 DM, Volksempfänger 120 DM, Taschenlampenbatterien 0,40 DM, Nähmaschinen 250 DM, Fahrräder 80 DM, Damenstrümpfe 4 DM, Fahrradschläuche 2 DM, Lederkoffer ab 8 DM, Herrenanzüge 90 DM, Tennisschläger 60 DM, Schnürsenkel 0,30 DM, Handschuhe 6 DM, Krawatten 2,50 DM, Einweckgläser 1 DM, Junghans-Armbanduhren (15 Steine) 80 DM, Wecker und Schreibtischuhren 18 DM, Gummihosenträger 4 DM, Meißner Porzellanservice 500 DM, Opel-Olympia 5.900 DM.

Die ersten drei gegen Barzahlung verkauften Wagen gingen in Wiesbaden an ein Kaufhaus, die Stadtwerke und die Finanzverwaltung. ...<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb am 27. Juni 1948 in seinem Tagebuch über die ersten Wirkungen der Währungsreform (x112/537): >>Die Eisenbahnen sind leer, die Schwarzhändler sind zum Teil verschwunden, die Bauern bringen Obst und Gemüse auf den Markt, die Kaufleute beginnen, wieder höflich zu werden. Es ist ein Wunder geschehen, alles ist in Erwartung dessen, was noch kommen mag.<<

Der deutsche Journalist Kurt Pritzkolet (1904-1965) berichtete später über die Folgen der westdeutschen Währungsreform (x156/42): >>... Natürlich war die Behandlung der kleinen Leute, die die Masse der Geldsparer stellten – ob sie nun ihre Reichsmark im Strickstrumpf verborgen oder sie bei Banken, Sparkassen oder Genossenschaften angelegt hatten -, so ungerecht wie nur möglich.

Sie hatten eine harte Währungsreform gemacht, um die alte Ordnung der Dinge, die freie Marktwirtschaft, die der Vorstellungswelt der westlichen Welt entsprechende kapitalistische Wirtschaft wiederherzustellen. Deshalb waren die Sachwertbesitzer, die Produzenten industrieller und landwirtschaftlicher Güter im Besitz ihres Sachkapitals geblieben – der Lastenausgleich sollte Sache der Deutschen bleiben -, der ganzen Fülle der produktiven Besitztümer, die durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden viel weniger gelitten hatten, als man damals noch ahnte; sie würden es bald erleben, daß der Wert ihrer Fabriken und Horte wesentlich anstieg; sie waren von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit wurden – und das alles, weil sie als die Garanten der Zukunft galten.

Erst später würde man übersehen können, mit welchen Gewinnen die Herren und Hüter der Sachwertwelt aus der Währungsreform hervorgegangen waren, und gleichzeitig feststellen, daß die Sparer, die es einfach nicht lassen können, aufs neue begonnen hatten, Groschen für Groschen auf die hohe Kante zu legen.

Das war genau der gewollte Effekt der alliierten Maßnahmen: harte Reform für die Sparer, Erleichterung jeder Art für die Produzenten.<<

Die britische Royal Air Force beteiligte sich am 28. Juni 1948 an der Berliner Luftbrücke.

US-Präsident Truman ordnete am 28. Juni 1948 die Verlegung von Flugzeugen des Typs B-29 nach Deutschland an.

Das Kommando der US-Luftstreitkräfte gab am 28. Juni 1948 bekannt (x112/537): >>Die Luftbrücke nach Berlin wird bald so weit verstärkt sein, daß genügend Lebensmittel zur Versorgung der gesamten Bevölkerung der Westsektoren transportiert werden können. ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Juni 1948 täglich nur 1.542 Kalorien zugeteilt.

Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthielten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x101/197-198): >>WORTLAUT DER VON DEN MILITÄRGOUVERNEUREN DEN ELF MINISTERPRÄSIDENTEN IN FRANKFURT AM MAIN ÜBERGEBENEN DOKUMENTE

#### **a) Dokument Nr. I**

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu die-

ser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach dem Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750.000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.

Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren.

Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

#### **b) Dokument Nr. II**

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit anderen Ländern zu groß oder zu klein sind.

Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Aufnahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden.

Bevor die Verfassunggebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder, deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

#### **c) Dokument Nr. III**

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig.

Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:

A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.

b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über

innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und daß die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden.

c) Vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie zum Beispiel in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben.

d) Das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten.

e) Die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassungen zu sichern.

B. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand für die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.

C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:

a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.

b) Auf den in Absätzen a) und e) zu Paragraph A oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.

c) Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorhergehenden Paragraphen b), treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.

Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.

Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassunggebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen.

Wenn die Militärgouverneure Ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.

### **Beilage zu Dokument Nr. III**

Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-280): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können.



Finanzminister Henry Morgenthau und sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White hatten deshalb einen vorzüglichen Plan ausgearbeitet, der nicht von ihnen, sondern von zwei rasse-reinen Deutschen stammte, aber dann der "Morgenthau-Plan" hieß. Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden - die Russen gaben wenigstens einen Arbeiter- und Bauernstaat vor -, und die Deutschen sollten, so Präsident Roosevelt, immerhin aus "Suppenküchen" ernährt werden. Menschenfreundlicher ging's kaum noch.

Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. So milderte man, stets zum eigenen Vorteil, versteht sich, den Morgenthau-Plan so lange, bis von allerlei Plänen, einer Art "Roosevelt-Plan", einem "Churchill-Plan" und anderen Eingriffen schließlich die Direktive JCS 1067 übrig blieb, die Richtlinie für Eisenhowers Besatzungspolitik: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Aufteilung in vier Zonen.

Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.

Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache.

Ein Befürworter der Demontage Deutschlands war zunächst der erste Militärgouverneur und frühere Stellvertreter General Eisenhowers, General Lucius D. Clay. Aber die amerikanische Geschäftswelt war anderer Auffassung und hatte ihre Leute natürlich auch in der Militärverwaltung. Ihre Wirtschaftsabteilung leitete damals General William H. Draper, vordem Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium.

Der General, jetzt eine Art Wirtschaftsminister für Deutschland, vertrat die Interessen der Bank Dillon, Read & Comp., deren Vizepräsident er einst gewesen, wobei er 1944 sogar in eine Anklage des Generalstaatsanwalts verstrickt war, die man jedoch für alle Zeiten niederschlug. Anders als Clay wünschte er selbstverständlich, wie die amerikanische Industrie überhaupt, die Aufrüstung Deutschlands. Clay aber wollte eher seinen Abschied nehmen, "als dem Ansinnen der Manufacturers zu entsprechen".

Doch als sich Amerika fürs Aufrüsten entschied, nahm Clay seinen Abschied nicht, sondern beugte sich dem Mammon und vollzog die Wünsche der Manufacturers. Clay war dem Druck mancher Seite ausgesetzt, auch dem eines guten Bekannten General Drapers, dem von McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Berater mehrerer Präsidenten, schließlich selber Hochkommissar in Deutschland und ohne Zweifel der kompetente Mann, der besonders die Interessen Rockefellers wahrnahm, darüber hinaus aber enge Kontakte zu fast allen großen US-Banken hatte, wie er denn selbst, ehe er Hochkommissar wurde, Präsident der Weltbank gewesen ist.

Noch bevor Marshall seine Hilfe gestartet, waren schon die Türkei und Griechenland in einen gewissen Dollargenuß gekommen: die Türkei zu 150 Millionen, Griechenland zu 250 Millionen Dollar - und beide Staaten banden schließlich als Stützpfiler der NATO, 26 Divisionen des Warschauer Pakts.

Auf der Türkei ruhte Stalins Auge wegen der großen strategischen Bedeutung der Dardanellen für Rußland. Und in Griechenland, wo Churchill in einer dreißigtägigen Straßenschlacht in der

Athener Innenstadt alle antimonarchisch eingestellten Gegner hatte niedermetzeln lassen, tobte seit 1944 der offene Bürgerkrieg, bekämpften sich rechte und linke Gruppen. Da England offensichtlich überfordert war, griff Harry Truman ein. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77-78): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten.

...

Ich habe mich zuerst an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewandt, um eine solche gemeinsame Stellung herbeizuführen; falls ein Übereinkommen mit der SPD erzielt worden wäre, sollten Verhandlungen mit den anderen Parteien folgen.

Leider waren die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand, Ollenhauer, Heine, Henßler, nicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen. Sie waren zwar in der Beurteilung der "Londoner Empfehlungen" mit mir völlig einig, erklärten aber, es handele sich um eine provisorische Regelung, und weiter, eine gesonderte Erklärung der einzelnen Parteien wäre nach ihrer Auffassung noch wirkungsvoller.

Ich habe sehr bedauert, daß dieser Anfang der Zusammenarbeit der beiden großen deutschen Parteien fehlgeschlagen ist. Es wäre ein Anfang gewesen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/74-75): >>5. Juli 1948. Und wieder kehrten 1.400 Kriegsgefangene heim. Sie kamen aus dem Ural und vom Don zurück. Es sind Leute mit harten Gesichtern, denen man die Jahre hinter Stacheldraht ansieht. ...

Es ist falsch, anzunehmen, daß sich im Lager, in diesem Friedland, wo nun ihre Leiden ein Ende haben werden, überwältigende Freudenszenen abspielen. Nichts von alledem.

Die Menschen, die aus dem Osten zurückkommen, sind schweigsam, ruhig, gelassen. Große Gefühle halten sie nicht für angebracht.

Gewiß, manchmal erscheint fast verstohlen ein kleines Lächeln auf den Gesichtern, klopft einer dem anderen auf die Schulter. Aber das ist auch alles. Sie sind keine Freunde der überschwenglichen Worte. ...<<

Während einer Konferenz in Koblenz (vom 8. bis zum 10. Juli 1948) berieten die Ministerpräsidenten der 3 westlichen Besatzungszonen über die "Frankfurter Dokumente" (x156/58-60): >>... Die Ministerpräsidenten sind davon überzeugt, daß die Notstände, unter denen Deutschland heute leidet, nur bezwungen werden können, wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, seine Angelegenheiten auf der jeweils möglichen höchsten territorialen Stufe selbst zu verwalten.

Sie begrüßen es daher, daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebietsteile Deutschlands zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen, dem von der Bevölkerung selbst eine kraftvolle Organisation gegeben werden soll, die es ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu wahren, ohne die Rechte der Länder zu gefährden.

Die Ministerpräsidenten glauben jedoch, ... daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt, sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt. ...

Für den Vorschlag der Ministerpräsidenten, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, waren die gleichen Erwägungen maßgebend. Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.

Die Ministerpräsidenten möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Ein-

tritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden. Mit besonderem Ernst haben die Ministerpräsidenten die Probleme geprüft, die mit der Ordnung der Ausübung der Besatzungsherrschaft zusammenhängen.

Sie haben mit Genugtuung von der Absicht Kenntnis genommen, die Beziehungen zu den Besatzungsmächten auf eine klare Rechtsgrundlage zu stellen.

Die Ministerpräsidenten sind jedoch der Ansicht, daß der Erlaß eines Besatzungsstatutes durch die Militärgouverneure schon vor der Aufnahme der Tätigkeit der mit der Beratung des Grundgesetzes für das Gebiet der 3 Westzonen beauftragten Körperschaft eine dringende Notwendigkeit ist; nur dann wird diese eine sichere Arbeitsgrundlage haben.

Sie sind weiter der Meinung, daß in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, daß auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären. ...

Besonders bedeutsam erscheint hierbei die Notwendigkeit, den deutschen Außenhandel - unbeschadet einer wirksamen Überwachung durch die Besatzungsbehörden - von den Beschränkungen zu befreien, unter denen seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat. Sie sind übrigens der Meinung, daß über die Bestimmungen des Besatzungsstatuts hinaus bald die Möglichkeiten für Handelsvertragsverhandlungen geschaffen werden sollte, die von deutschen Stellen zu führen wären, deren Ergebnis jedoch der Ratifikation durch die Besatzungsmächte unterliegen würde. ...

Schließlich richten die Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure die Bitte, in regelmäßigen Zeitabständen zu prüfen, ob die Entwicklung der Verhältnisse nicht eine weitere Ausdehnung der deutschen Zuständigkeiten und einen weiteren Abbau der Kontrolle erlauben könnte. Die Ministerpräsidenten sprechen endlich den Wunsch und die Erwartung aus, daß durch einen Beschluß der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten der Kriegszustand aufgehoben werden möge.<<

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) reagierte am 14. Juli 1948 enttäuscht, weil die Ministerpräsidenten der US-Zone die sog. "Frankfurter Dokumente" ablehnten (x112/550): >>...

Wenn wir im Westen nicht hier wären, wären Sie längst russisch. ...

Jedenfalls haben sie eine goldene Chance verpaßt.

Persönlich bin ich über die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten sehr enttäuscht, und zwar deshalb, weil sie meine Erwartungen nicht erfüllt haben. Ich habe in London wochenlang mit den Franzosen und Engländern um die Anerkennung der deutschen Souveränität im Rahmen eines Weststaates gekämpft. Ich habe immer damit operiert, daß die Deutschen die Verantwortung, die mit der Übergabe neuer Vollmachten verbunden ist, gerne übernehmen würden.

Die Franzosen sagten damals, daß sie sehr daran zweifelten, und daß sich meine Erwartungen nicht erfüllen würden. Sie haben leider Recht behalten.<<

Während einer Konferenz in Rudesheim einigten sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.

Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<

Die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure einigten sich am 26. Juli 1948 in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente.

Die Militärgouverneure erlaubten danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.

US-Präsident Truman berichtete am 28. Juli 1948 über die Berliner Blockade und die Luftbrücke (x243/165): >>... Der Abzug aus Berlin hätte für unsere Pläne in Westdeutschland die katastrophalsten Folgen und würde die Erholung Europas ganz erheblich verzögern. Die Deutschen ... fürchteten ... die Räumung Berlins seitens der Westmächte weit mehr als diese selber. ... Die Berliner seien entschlossen, auch unter den größten Entbehrungen auszuhalten. ...

Ich (Truman) fragte Clay, welches Risiko bestehe, falls wir bewaffnete Lastwagenkolonnen nach Berlin schicken. Der General meinte, die Russen würden vermutlich vorerst mit der Errichtung von Straßensperren reagieren, doch sei bestimmt mit Gewaltanwendung zu rechnen, falls unsere Pioniere diese zu beseitigen versuchten. ...

Ich fragte Clay, ob er irgendwelche Anhaltspunkte für eine (kriegerische) Absicht des Kremls ... besitze. Er verneinte, denn ... (sie) hofften ... uns auch ohne Ausweitung des Konflikts zum Verlassen Berlins zwingen zu können.<<

Ein US-Militärgericht fiel am 30. Juli 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 23 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie ("I. G. Farben-Prozeß").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "I. G. Farben-Prozeß" (x051/275): >>I. G. Farben-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof IV der USA in Nürnberg gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Carl Krauch, und 22 Vorstandsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie wegen Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 6).

Den Angeklagten wurde im Wesentlichen vorgeworfen, mit Hitler und der militärischen Führung an der Planung und dem Aufbau der Wehrmacht zur Führung eines Angriffskrieges teilgenommen und sich hierzu verschworen, Pläne für die "Aufsaugung" der ehemaligen Industrien in den von Deutschland zu überfallenden Ländern entwickelt, sie nach der Eroberung der Gebiete verwirklicht und Kriegsgefangene, Fremdarbeiter sowie KZ-Häftlinge für ihre Zwecke ausgebeutet zu haben. Drei Angeklagte wurden ferner beschuldigt, Angehörige der SS gewesen zu sein.

Der Prozeß begann im August 47. Am 30.7.48 verurteilte das Gericht 13 Angeklagte zu Freiheitsstrafen von 18 Monaten bis zu sechs Jahren. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen. Da die Untersuchungshaft angerechnet wurde, sind zwei Verurteilte sofort entlassen worden. Fünf Verurteilte hatten weniger als ein Jahr zu verbüßen. Die Restlichen wurden wegen guter Führung vorzeitig entlassen.<<

Der "Rheinische Merkur" berichtete am 31. Juli 1948 über den "Staat im Werden" (x112/561): >>... Wir halten es für eine notwendige und bleibende Korrektur unserer Geschichte, daß das politische Schwergewicht wieder zum Westen zurückgekehrt ist, wohin es nach der geistigen Tradition unserer Länder, nach ihrer Bevölkerungsdichte, nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand gehört.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/76): >>31. Juli 1948. Über 1.000 Kriegsgefangene und 400 Frauen kamen heute zurück.

Frauen in den besten Jahren, die irgendwo gefangengenommen wurden. Es ist rührend zu sehen, wie sie im Lager versuchen, sich wieder herzurichten, sich Kamm und Spiegel erbitten, die Haare waschen, sich wieder wie Frauen zurechtmachen. ...

Welche Schicksale offenbaren sich hier. Welche Wege mußten diese Mädchen und Frauen gehen. "Ach", sagte eine, "wenn es doch nur keinen Krieg wieder geben würde." Und doch ist noch immer kein Frieden auf der Welt. Trotz aller Beteuerungen. Und überall gibt es bereits wieder Frauen in Uniform. ...

... Ich fürchte, daß auch die nächsten Kriegsanstifter nicht auf die Hilfe der Frauen verzichten werden. Man wird sie wieder genauso zu Mägden des Todes pressen, wie ihre Geschlechtsge-

nossinnen, die heute ihren Entlassungsschein erhielten.

Entlassen in die Heimat oder auch in die Fremde. Denn für viele von ihnen ist Westdeutschland nicht die Heimat. Sondern hierher sind nur ihre Eltern oder ihre Männer oder ihre Verwandten transportiert worden. Um vielleicht eine neue Heimat zu finden.<<

Die "United-Press" berichtete am 31. Juli 1948 über die Urteile im Nürnberger "Krupp-Prozeß" (x043/429): >>Das amerikanische Kriegsverbrecher-Tribunal hat heute die Firma ... Krupp, vertreten durch Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, und 11 ihrer leitenden Direktoren, der Mißhandlung von Sklavenarbeitern in ihren Rüstungsbetrieben sowie der Plünderung und Ausraubung der Industrien in den besetzten Ländern für schuldig befunden. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Krupp-Prozeß" (x051/336): >>Krupp-Prozeß, Verfahren des Militärgerichtshofs III der USA 1947/48 in Nürnberg gegen A. Krupp von Bohlen und Halbach und 19 leitende Mitarbeiter der Krupp-Werke wegen Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Fall 10).

Den Angeklagten wurde v.a. vorgeworfen, Angriffskriege geplant und durchgeführt, Eigentum und Hilfsquellen in den besetzten Ländern geplündert sowie Staatsangehörige dieser Gebiete versklavt zu haben.

Im Gegensatz zu den anderen Nürnberger Prozessen war der Krupp-Prozeß mit Spannung geladen: So verließen z.B. alle Verteidiger aus Protest zeitweilig den Verhandlungssaal und wurden wegen Mißachtung des Gerichts zu einer Haftstrafe verurteilt; ein Verteidiger wurde von der weiteren Teilnahme am Prozeß sogar ausgeschlossen. Im Übrigen lehnten es die Angeklagten ab, vor Gericht als Zeugen in eigener Sache auszusagen.

Unter Freisprechung vom Vorwurf, Angriffskriege geplant oder durchgeführt zu haben, und zum Teil auch von anderen Anklagepunkten wurden die Angeklagten am 31.7.48 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren zehn Monaten und zwölf Jahren (Krupp) verurteilt. Bei Krupp wurde zusätzlich die Einziehung des Vermögens angeordnet. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy am 31.1.51 wurden alle Verurteilten, die ihre Strafe noch nicht verbüßt hatten, begnadigt und die Vermögenseinziehung Krupps aufgehoben.<<

Im Juli 1948 erklärte Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) in einem Rundfunkkommentar, daß die Deutschen eines Tages an ihrer Humanität sterben werden, falls sie neue Brücken nach dem Osten bauen.

Konrad Adenauer berichtete am 3. August 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Recklinghausen über die politische Lage (x112/564): >>... Verhandlungen, die jetzt zwischen den Alliierten und Rußland wahrscheinlich in Gang kommen, lassen erkennen, daß sich die Verhandlungen über die Gesamtheit der deutschen Probleme erstrecken, also auch über die Frage der Bildung Westdeutschlands.

Es ist für die Politiker und Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen unangenehm und gibt ein unbehagliches Gefühl, daß, nachdem sie erklärt haben, daß sie bereit seien, die nötigen Schritte – die Ihnen bekannt sind – zu tun, sie nun gleichzeitig wahrnehmen müssen, daß der Russe es durchsetzt, daß über diese Fragen neu verhandelt wird.<<

Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.

Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete –

provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...

(Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits:) Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<

Auf dem 2. CDU-Parteitag in Recklinghausen hielt Konrad Adenauer am 28. August 1948 eine Grundsatzrede zum Thema "Eine Hoffnung für Europa" (x112/577): >>Wir wollen von den geistigen Grundlagen aus, die das abendländische Christentum im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffen hat, in Deutschland das politische Leben neu gestalten – und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt. Deswegen nennen wir uns Christlich-Demokratische Union, nicht etwa, um damit zu sagen, daß in anderen Parteien keine Christen seien; das liegt uns völlig fern. ...

Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen! Wenn wir uns wenden gegen die Diktatur als dem Feind der Freiheit, wenn wir dagegen sind, daß das Kapital der Freiheit des einzelnen in der Wirtschaft und damit auch in der Politik erdrückt wird, wenn wir uns dagegen wenden, daß der Staat eine zu große Macht bekommt und damit ein Feind des einzelnen wird, so wenden wir uns und werden uns auch in Zukunft wenden gegen den Kollektivismus in irgendwelcher Form, weil er genauso ein Feind der persönlichen Freiheit ist wie jene.

Dieser wesentliche Satz des abendländischen Christentums vom Wert und der Würde eines jeden einzelnen Menschen, von der Freiheit der Person ist eine der Hauptthesen unserer politischen Arbeit. ...

Nur, wenn alle Kräfte, die auf dem gleichen Boden stehen wie wir, wenn alle politischen Kräfte in ganz Europa sich zusammentun, wird es möglich sein, nicht nur Deutschland, sondern Europa überhaupt zu retten. ...

Eine Hoffnung ist uns neu gekommen für Europa, und das ist der Gedanke an die europäische Union, an das vereinigte Europa. ... Ich ... erblicke in der Herstellung eines dauernden, guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, den Benelux-Staaten und Frankreich, die erste und vornehmste Aufgabe einer kommenden deutschen Außenpolitik. ...

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir nur dann den Osten wieder mit dem Westen zu einer Einheit verbinden können und werden, wenn wir wenigstens zunächst den Westen politisch und wirtschaftlich wieder erstarren lassen.

Daß wir den Anspruch auf den Osten Deutschlands niemals aufgeben werden, das können und müssen wir immer und immer wieder mit allem Ernst und allem Nachdruck erklären. So bitte ich namentlich auch die aus dem Osten Vertriebenen, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir den Anspruch auf die Rückgabe ihrer Heimat als ein göttliches Recht niemals preisgeben werden. ...<<

Der Flüchtlingsausschuß des Wirtschaftsrates gab am 30. August 1948 folgende Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen bekannt (x112/579): >>2,3 Millionen Ostpreußen, 0,6 Millionen Danziger, 3,1 Millionen Niederschlesier, 3,4 Millionen Oberschlesier, 0,9 Millionen Brandenburger, 1,0 Millionen Pommern, 0,3 Millionen Westpreußen, 1,0 Millionen Posener, 1,0 Millionen aus dem Warthegau, 3 Millionen Sudetendeutsche, 1,5 Millionen Deutsche aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.

Insgesamt werden 18,1 Millionen (Flüchtlinge und) Vertriebene verzeichnet, es sind nach Angaben des Flüchtlingsausschusses 11 Millionen in die drei Westzonen gelangt.<<

In einem Memorandum der französischen Militärmission schlug man den angloamerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/53). Konrad Adenauer erklärte am 1. September 1948 während seiner Antrittsrede als Präsident des Parlamentarischen Rates (x156/61): >>... Und nun lassen Sie mich einige Worte über Wirken und Aufgabe des Parlamentarischen Rates sagen.

Er ist ins Leben gerufen durch einen Akt der Militär-Gouverneure der 3 Westzonen, durch einen Akt, wie er in dem Dokument niedergelegt ist, das den Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli dieses Jahres übergeben wurde. ...

Der Parlamentarische Rat beginnt seine Tätigkeit – wir haben es heute morgen bei der Feier im Museum König gehört, und wir wissen es ja alle - in einer Zeit der völligen Ungewißheit über Deutschlands Zukunft.

Ja, auch die Zukunft Europas und der Welt ist dunkel und unsicher, und Deutschland selbst ist politisch ohnmächtig. Es ist in zwei Teile geteilt.

Wir Vertreter des Parlamentarischen Rates hier in diesem Saale ... vertreten 46 Millionen Deutsche.

Meine Damen und Herren!

Das Dasein des Parlamentarischen Rates selbst ist, wie ich eingangs sagte, zurückzuführen auf einen Entschluß eines Teiles der Siegermächte.

Für jeden von uns war es eine schwere Entscheidung, ob er sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands, bei der mangelnden Souveränität auch dieses Teiles Deutschlands zur Mitarbeit zur Verfügung stellen dürfe und solle. ...

Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland, der Einheit, die unser Ziel ist und unser Ziel bleibt, zu gelangen.

Welche Ergebnisse unsere Arbeit für ganz Deutschland haben wird, das hängt von Faktoren ab, auf die wir nicht einwirken können.

Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist – und es ist in Wahrheit nach diesem Zusammenbruch des Jahres 1945 eine historische Stunde und eine historische Aufgabe -, unter Gottes Schutz und dem ganzen Ernst und mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, die die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt. <<

Ein Sozialdemokrat berichtete damals über Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates (x112/582): >>Den Adenauer haben wir zum Präsidenten gemacht, um diesen unbequemen alten Nörgler auf einem Ehrenplatz kaltzustellen. ...<<

Der SPD-Politiker Carlo Schmid (1896-1979) schrieb später über die Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Alexander-König-Museum in Bonn (x112/582): >>... Wohl kaum hat je ein Staatsakt, der eine neue Phase der Geschichte eines großen Volkes einleiten sollte, in so skurriler Umgebung stattgefunden.

In der Halle dieses in mächtigen Quadern hochgeführten Gebäudes standen wir unter den Länderfahnen – rings umgeben von ausgestopftem Getier aus aller Welt. Unter den Bären, Schimpansen, Gorillas u.a. Exemplaren exotischer Tierwelt kamen wir uns ein wenig verloren vor.

Die bizarre Umgebung ließ trotz der Beethovenschen Musik, mit der die Feier eröffnet und beschlossen wurde, keine rechte Feierlichkeit aufkommen; gleichgültig jedoch war keinem von uns zumute.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im September 1948 täglich 1.846 Kalorien zugeteilt.

Der SPD-Politiker Carlo Schmid (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärte am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamen-

tarischen Rat (x919/...): >>... Meine Damen und Herren!

Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: Grundgesetz? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassungsgebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.

Was heißt aber Verfassung? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.

**Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes.** Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: worum handelt es sich denn eigentlich? nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. ...

Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt.

Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. Es ist, wenn Sie mir ein Bild aus dem römischen Recht gestatten wollen, so: wie man dort den Freien und den Sklaven und den Freigelassenen kannte, wäre ein in dieser Weise organisiertes Gemeinwesen nicht ein Staat, sondern stünde dem Staat im selben Verhältnis gegenüber wie der Freigelassene dem Freien.

Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. **Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.**

Wo das nicht der Fall ist, **wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert**, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, **entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.**

Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, inneren Staatsfunktionen haben; **wenn ihm die Möglichkeit genommen ist**, sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, **fehlt ihm, was den Staat ausmacht**, nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt **die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung.** Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitli-



che Gewalt auszuüben vermag.

Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet.

Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.

Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der *debellatio*, der kriegerischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch.

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die *debellatio* vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte.

Der Sieger muß also von dem Zustand der *debellatio* Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. **Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annek-  
tieren**, seinem Gebiet einstückeln.

Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. **Oder er muß zur sogenann-  
ten Subjugation schreiten**, der Verknechtung des besiegten Volkes. **Aber die Sieger haben  
nichts von dem getan**. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.

Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. Es ist etwas geschehen, aber eben nicht die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit.

Aber was ist denn nun geschehen? Erstens: Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach. ...

Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten.

**Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den  
Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist.** Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben. ...

**Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatli-**

**che Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muß aber neu organisiert werden.** Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich ...

Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen. ...

**Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben.** An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar. ...

Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?

Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible - die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist.

Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.

Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja! ...

Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. ...

Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.

Dazu möchte ich sagen: **Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!**

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschrän-

kungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.

Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.

Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.

Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:

Um einen Staat im Vollsinn zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. **Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden.** Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.

Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern **was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.**

**Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut.** Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.

Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.

Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.

**Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.**

Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.

**Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...**

Erstens: **Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen.** Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entste-

hen müssen, sondern muß originär entstehen können.

Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen.

Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren. ...

Das Dritte, in dem das Fragmentarische zum Ausdruck kommen muß, ist die innere Begrenzung der Organe auf die durch äußeren Zwang heute noch eingeschränkten Möglichkeiten. ...

All das sind Fragen, die sich von dieser grundsätzlichen Betrachtung aus stellen müssen. Aber wenn auch die Ordnung, die wir gestalten sollen, nur die Ordnung eines Staatsfragmentes ist, so kann und sollte sie unserer Meinung nach doch so ausgestaltet werden, daß bei Ausweitung der heute gewährten Freiheitssphäre die geschaffene Organisation fähig ist, sie voll auszufüllen. ...

**Deutschland ist, das glaube ich bewiesen zu haben, als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiter besteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk.** Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden.

Das deutsche Volk ist aber keine amorphe Masse; es ist in Länder gegliedert, und es ist in seiner Geschichte bisher noch immer in dieser Gliederung in Länder politisch aufgetreten. Das deutsche Volk handelt auch, wenn es als das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Hessen usw. auftritt, als deutsches Gesamtvolk.

Darum ist es sicher, daß das Grundgesetz unseres Staatsfragments nicht auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Länder zu entstehen braucht, weil die Quelle der Hoheitsgewalt nicht bei den Ländern liegt, sondern beim deutschen Volk. ...

Schließlich - und das scheint mir jeden Zweifel auszuschließen - weise ich auf die Bestimmung hin, daß das Grundgesetz für das ganze Gebiet der elf Länder auch dann gelten wird, wenn nur zwei Drittel der Länder zustimmen. ...

Noch eine weitere Frage: Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben, einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. ... Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll.

Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße Bezeichnung das Bessere wäre. Es wird hier von diesem Hohen Hause eine sehr politische Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, von irgendeiner Seite her den Beweis zu führen, daß diese oder daß jene Antwort auf die gestellte Frage die richtige ist.

Man muß sich da eben entscheiden. Aber welcher Name auch immer gegeben werden mag und ob ein Name gegeben wird oder nicht: in dem Gebiet, für das das Grundgesetz gilt, wird nicht eine separate westdeutsche Gebietshoheit ausgeübt, sondern gesamtdeutsche Hoheitsgewalt in Westdeutschland. Das sollte bei der Bezeichnung der Organe zum Ausdruck kommen. Denn was hier geschieht, ist zwar räumlich auf einen Teil Deutschlands beschränkt, aber

wir sollten nie vergessen, daß es sich ableitet aus dem Rechte des gesamten deutschen Volkes! Wir werden uns überlegen müssen, ob wir dieses Grundgesetz mit einer Präambel einleiten sollen.

Ich für meinen Teil halte es für notwendig; denn die Präambel charakterisiert das Wesen des Grundgesetzes. Sie sagt aus, was sein soll, und sie wird insbesondere aussagen müssen, was das Grundgesetz nicht sein soll. Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.

Weitere Frage: Soll dieses Staatsfragment Symbole erhalten, Farben und Flaggen; sollen es allgemeine Symbole sein, die dem ganzen Volke eigen sind, oder soll man sich mit Zweck-symbolen begnügen, etwa für die Schifffahrt, für Auslandsvertretungen usw.; oder soll man in das Grundgesetz überhaupt nichts über Symbole schreiben? Soll man sich auf ein künftiges Flaggengesetz verlassen, oder wie soll man sich sonst verhalten?

Auch das wird eine politische Entscheidung erfordern. Aber eines scheint mir sicher zu sein: wenn sich dieses Hohe Haus für ein Symbol entscheiden sollte, dann kann es nur ein gemeindeutsches Symbol sein, und ich glaube, daß hierfür nichts anderes in Betracht kommen kann als die schönen Farben der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die Farben Schwarz-Rot-Gold!

Meine Damen und Herren!

Es ist uns aufgegeben worden, ein Grundgesetz zu machen, das demokratisch ist und ein Gemeinwesen des föderalistischen Typs errichtet. Was bedeutet das? Welche allgemeinen Inhalte muß danach das Grundgesetz haben, wenn diesen Auflagen Gerechtigkeit erwiesen werden soll? Was heißt denn eigentlich "demokratisch" wenn man von Verfassungen spricht? Gerade heute gefällt man sich darin, die Demokratie weiter zu entwickeln, indem man progressistische Demokratien erfindet. ...

Mir persönlich liegt es, wenn von Demokratie gesprochen wird, eher dabei an die klassische Demokratie zu denken, für die bisher die Völker Europas gekämpft haben. Wenn wir das so Erkämpfte betrachten, dann finden wir, daß offenbar einige Merkmale erfüllt sein müssen, wenn von einer demokratischen Verfassung soll gesprochen werden können.

Das Erste ist, daß das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muß, was in zwei Dingen zum Ausdruck kommt. Einmal im rechtsstaatlichen Postulat, daß jedes Gebot und jedes Verbot eines Gesetzes bedarf und daß dieses Gesetz für alle gleich sein muß; und zweitens durch das volksstaatliche Postulat, das verlangt, daß jeder Bürger in gleicher Weise an dem Zustandekommen des Gesetzes teilhaben muß.

Ob das in der Form der plebiszitären unmittelbaren Demokratie erfolgt oder in der Form der repräsentativen Demokratie, wird im allgemeinen eine Zweckmäßigsfrage sein, bei der das quantitative Element den Ausschlag wird geben müssen. Das Entscheidende ist, daß jeder Hoheitsträger mittelbar oder unmittelbar auf einen Wahlakt muß zurückgeführt werden können. Der Beamte zum Beispiel muß durch einen Minister ernannt sein, der selber durch ein allgemein gewähltes Parlament bestätigt und eingesetzt worden ist.

Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? Auch diese Frage wird in diesem Hohen Hause beraten und entschieden werden müssen.

Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich

möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie mißbrauchen wollen, um sie aufzuheben.

Das Zweite, was verwirklicht sein muß, wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will, ist das Prinzip der Teilung der Gewalten.

**Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe.**

Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die 3 Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird.

Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat, und, wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.

Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann.

Heute ist es wieder nötig, von diesen alten Dingen zu sprechen, denn gerade die Demokratie, die sich als besonders progressistisch bezeichnet, will die Teilung der Gewalten aufgeben.

In dem Entwurf für eine deutsche Verfassung, den der Deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, finden sich zum Beispiel eine Reihe von Bestimmungen, die nichts anderes sind als der Ausdruck dafür, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten zugunsten der Allmacht des Parlaments nicht mehr gelten soll. Dort ist letzten Endes die gesamte Gewalt im Parlament konzentriert. Das Parlament soll letzten Endes nicht nur Gesetze erlassen und die Regierung politisch kontrollieren können, sondern es soll letzten Endes auch über die Rechtmäßigkeit eines Geschehens entscheiden können.

Wenn man so vorgeht, dann hat man alle Voraussetzungen für die Installierung einer Diktatur verwirklicht, und darum sollte man in dem Grundgesetz, das wir zu beschließen haben, klar zum Ausdruck bringen, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten realisiert werden muß. Als drittes Erfordernis für das Bestehen einer demokratischen Verfassung gilt im allgemeinen die Garantie der Grundrechte.

In den modernen Verfassungen finden wir überall Kataloge von Grundrechten, in denen das Recht der Personen, der Individuen, gegen die Ansprüche der Staatsraison geschützt wird. Der Staat soll nicht alles tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfährigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können.

Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren; sie dürfen nicht nur ein Anhängsel des Grundgesetzes sein, wie der Grundrechtskatalog von Weimar ein Anhängsel der Verfassung gewesen ist. Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Länder-Grundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, auf Grund dessen jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes vor den Gerichten soll Klage erheben können.

Nun wird die Frage sein, wieweit man den Umfang dieses Grundrechtskatalogs ziehen will. Sollen lediglich die sogenannten "echten" Grundrechte aufgenommen werden, also die Rechte

der Individualperson, oder auch die Rechtsbestimmungen über die sogenannten Lebensordnungen, die so zahlreich über unsere neuen Länderverfassungen hin verstreut sind: Wirtschaft, Kultur, Familie usw.?

Vielleicht wird es sich bei einem Provisorium empfehlen, keine endgültige Gestaltung der Lebensordnungen zu versuchen und sich statt dessen zu begnügen, einen recht klaren und wirksamen Katalog von Individual-Grundrechten aufzustellen, so wie in den klassischen Bills of Rights der angelsächsischen Länder verfahren worden ist. Aber auf der anderen Seite sollte das Grundgesetz die Länder nicht daran hindern, von ihren weitergehenden Grundrechten und Ordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen.

Die Frage wird auch sein, ob diese Grundrechte betrachtet werden als Rechte, die der Staat verliehen hat, oder als vorstaatliche Rechte, als Rechte, die der Staat schon antrifft, wenn er entsteht, und die er lediglich zu gewährleisten und zu beachten hat. Auch das ist nicht nur von theoretischer, sondern von eminent praktischer Bedeutung, insbesondere für die Entscheidung der Frage, ob diese Grundrechte auch sollen auf Schranken stoßen können: Sollen sie schlechthin absolut unberührbar sein?

Ich glaube, daß man bei den Grundrechten eine immanente Schranke wird anerkennen müssen: es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung. Wir wollen nicht mehr, daß man sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit berufen kann nur zu dem einen Zweck, eine Republik zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Diktatur zu setzen, die keine Pressefreiheit mehr kennen wird!

Wir wollen auch nicht haben, daß man diese Grundrechte mit einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt versieht, wie das etwa in den Verfassungsrichtlinien des Volksrats und in einigen Verfassungen der Länder der Ostzone der Fall ist. Wenn ich jedes Grundrecht durch Gesetz einschränken kann, dann ist es sinnlos, es durch die Verfassung zu garantieren, dann ist es eine bloße Deklamation und keine effektive Wirklichkeit. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt entwertet das Grundrecht, reduziert es auf Null.

Man wird aber bei einigen Grundrechten ohne einen beschränkten Gesetzesvorbehalt nicht auskommen können. Ich erinnere nur an alles, was sich aus der Notwendigkeit zum Beispiel der Wohnungsbewirtschaftung ergibt, der Einquartierungen und anderem mehr. Aber man sollte von diesen beschränkten Vorbehalten nur einen äußerst sparsamen Gebrauch machen, und keinesfalls sollen die Möglichkeiten des Gesetzgebers so weit gehen, daß er das Grundrecht in seiner Substanz kränken kann.

Und nun das Entscheidende: soll der Staat den Grundrechten gegenüber vom Staatsnotstandsrecht Gebrauch machen können, so daß er, wenn er mit den ordentlichen Mitteln nicht fertig werden kann, die Grundrechte aufhebt, um Ruhe und Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen?

Man wird sich diese Frage sehr genau überlegen müssen. Man wird sich fragen müssen, ob die Tatsache der Unberührbarkeit der Grundrechte in sich selber nicht ein so hohes Gut ist, daß der Staat auch in Zeiten des Notstands vor ihnen soll zurücktreten müssen. Vielleicht kann eine Untersuchung der möglichen Tatbestände zeigen, daß bei Notständen, wie sie bei uns denkbar sind, der Staat im allgemeinen mit den gewöhnlichen polizeilichen Mitteln fertig werden können.

Vielleicht aber wird man auch zur Erkenntnis kommen, daß diese Mittel nicht genügen könnten und daß dann das Individuum vor dem Notstand des Staates zurückstehen muß. Sollte man zu dieser Überzeugung kommen, wird man aber darauf bedacht sein müssen, daß auch im Fall des Notstands nur bestimmte Grundrechte sollen suspendiert werden dürfen und auch dann nur für Zeit und nur unter der Kontrolle demokratischer Institutionen.

Meine Damen und Herren!

Jede Verfassungswirklichkeit hängt letzten Endes von dem Wahlrecht ab, das in einem bestimmten Bereiche gilt. Ich glaube, daß man sich auch in diesem Hause mit dieser Frage des Wahlrechts wird beschäftigen müssen, und sei es nur, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Bestimmungen über die Modalitäten eines Wahlgesetzes in dieses Grundgesetz aufgenommen werden sollen oder nicht.

Notabene: bis heute scheint mir noch keine Klarheit darüber zu bestehen, wer das Wahlgesetz zur Wahl der ersten parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes erlassen soll, ob es von den Militärbefehlshabern erlassen werden soll oder von den Ministerpräsidenten. Bisher scheint mir nur das eine festzustehen, daß es nicht der Parlamentarische Rat sein soll, der dieses Wahlgesetz erläßt.

Die Frage ist nun, ob nicht durch uns allgemeine Bestimmungen für ein solches Wahlgesetz in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Ich für meinen Teil würde darin einen Nachteil sehen. Man soll Wahlgesetze nicht allzu sehr unter Verfassungsschutz stellen. Man sollte Wahlgesetze beweglich lassen, damit sich hier bestimmte Erfahrungen auswirken können und damit sich auch etwas wie ein Stilwandel im politischen Leben auswirken kann.

Aber ich glaube, daß etwas anderes in den Kreis unserer Erwägungen mit einbezogen werden sollte, nämlich das Phänomen der politischen Partei. Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen von der Existenz politischer Parteien keine Notiz nehmen.

Freilich ist es sicher: die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens, und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen Sinn. Nun scheint es mir richtig zu sein, daß man sehr bald ein Parteiengesetz erläßt, und mir scheint weiter richtig zu sein, daß man in dieses Grundgesetz Mindestbestimmungen für ein solches Parteiengesetz aufnimmt, Bestimmungen, die für die politischen Parteien einen gewissen demokratischen Mindeststandard vorsehen.

Ich denke dabei nicht an Lizenzzwang. Ich halte es für eine schlechte Sache, politische Parteien unter Lizenzzwang zu stellen. Aber ich denke, man könnte vielleicht vorsehen, daß die politischen Parteien über die Mittel, die ihnen zufließen, periodisch Rechnung legen müssen oder daß sie ihre Kandidaten in Urwahlen aufstellen müssen oder daß sie einmal im Jahr in Mitgliederversammlungen über ihr Tun Rechnung legen müssen, und Ähnliches.

Ich könnte mir vorstellen, daß sich auf diese Weise bei uns einiges zum Nutzen einer echten Demokratie ändern könnte! Vielleicht könnte man sogar daran denken, ob nicht in diesem Grundgesetz eine Bestimmung vorgesehen werden soll, die, wie ich glaube, voreilig in die Länderverfassungen aufgenommene Bestimmungen über das jeweilige Wahlsystem gegenstandslos macht. Aber das ist nur ein Gedanke, den ich hier zur Erwägung geben möchte.

Meine Damen und Herren!

Zur Demokratie gehört weiter die Anerkennung des Satzes, daß Recht vor Macht geht, und ich glaube und möchte behaupten, daß ein Staat sich heute nur dann als volldemokratisch bezeichnen kann, wenn er diesem Prinzip im Verhältnis zu den anderen Staaten Ausdruck gibt.

Ich brauche hier nicht an die großartigen Gedanken Immanuel Kants zu erinnern, dort in seiner Schrift Vom Ewigen Frieden, wo er sagt, daß der Staat selber den Menschen nur dann ins Recht einzubetten vermöge, wenn er selber im Verhältnis zu den anderen Staaten in das Recht eingebettet sei.

**Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes unmittelbar geltendes Recht in diesem Lande sind,** daß also das Völkerrecht von uns nicht ausschließlich als eine Rechtsordnung, die sich an die Staaten wendet, betrachtet wird, sondern auch als eine Rechtsordnung, die unmittelbar für das Individuum Rechte und Pflichten begründet.



Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten.

Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen, dann wird in jedem einzelnen Falle ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen. Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Wir wollen uns doch nichts vormachen: in dieser Zeit gibt es kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte. So wie die Ursache aller unserer Nöte eine übernationale Grundlage hat, so können wir auch die Mittel, dieser Nöte Herr zu werden, nur auf übernationaler Grundlage finden.

Freilich sollen die Internationalisierungen, die geschehen, echte Internationalisierungen werden und nicht Hypotheken einseitig zu Lasten des deutschen Volkes.

Und dann stellt sich ein weiteres Problem, das Problem der Sicherheit dieses Gebietes. Wir werden keine Wehrmacht mehr haben. Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschließen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird, sondern wo die Sicherheit des Einzelnen garantiert wird durch alle Anderen.

Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten.

Manche meinen, es genüge, daß sich ein Staat durch seine Verfassung neutralisiert. Dieser Wunsch ist verständlich. Jeder blickt gern nach der Schweiz hinüber. Aber so einfach geht es nicht. Es gibt kein Institut der Neutralisierung, die man einseitig erklärt, es gibt nur Gebiete, die durch eine Reihe internationale Verträge neutralisiert sind.

Und wenn ich einer Reihe von Nachbarstaaten die Pflicht auferlege, die Neutralität dieses Gebietes zu garantieren, dann muß ich ihnen auch das Recht geben, sich um die Politik dieses Gebietes zu kümmern; denn wenn hier falsche Politik gemacht wird, engagiert das ja ihre Verpflichtungen. Man kann niemandem zumuten, Verpflichtungen zu übernehmen, ohne korrespondierende Rechte zu übertragen.

Aus diesem Grunde sollte man nicht so leichtfertig nach Neutralisierung rufen! Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, die jeden unter Strafe stellt, der das friedliche Zusammenleben der Völker stört und Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem in Wirklichkeit Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten.

**Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen.** Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, das als Recht anzuerkennen! Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyranis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht!

Wir lesen gegenwärtig wieder in den Zeitungen viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, daß es überall an den Grenzen Probleme gibt,

die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, daß man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muß, die 1814 vielleicht modern gewesen sind.

Diese Probleme können nur auf internationaler Grundlage richtig gelöst werden. Man kann sich von Staat zu Staat über die Lösung der Schwierigkeiten einigen, die da und dort durch den Lauf der Grenzen begründet sein mögen, und braucht da nicht gleich Gebietsforderungen zu erheben. Wenn man entschlossen ist, sich in seinem eigenen Lande nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man auch verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht.

Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der Sicherheitspolitik auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren (trennen)!

Also genau den umgekehrten Prozeß, den man im eigenen Lande gewählt hat. Ich glaube, es lohnt sich, darüber einige Worte zu verlieren. Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß die Sicherheit unserer Nachbarn durch verfassungstechnische Kunststücke garantiert werden kann? Ich glaube nicht, daß die Föderalisierung Deutschlands als solche eine Sicherheitsgarantie für unsere Nachbarn ist.

Ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte. Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Friede gesicherter gewesen, als er es in dem damaligen sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland von damals gewesen ist. Der föderalistische Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein mächtiges Zentralparlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert.

Was zur Frage des Föderalismus zu sagen ist, darüber nur einige Worte. Was heißt denn föderalistische Ordnung? Ich glaube, daß sich darauf so viele Antworten geben lassen wie auf die Frage: Was heißt Demokratie?

Es gibt eine Reihe von historischen Verfassungsmodellen, die man übereingekommen ist, föderalistisch zu nennen. Sie differieren außerordentlich untereinander. Ich glaube aber doch, daß einige Charakteristika festzustellen sind, die realisiert sein müssen, wenn irgendwo einer Verfassung das Prädikat föderalistisch gegeben werden soll.

Das erste scheint mir zu sein, daß das Staatsgebiet in einer Reihe differenzierter Gebietskörperschaften eigener Ordnung gegliedert sein muß: zweitens, daß eine Bundesgewalt bestehen muß, die innerhalb ihrer Zuständigkeit der Gewalt der Glieder vorgeht; drittens, daß auf bestimmten Sachgebieten eine eigenständige ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Glieder bestehen muß; viertens, daß die Glieder an den Organen zu beteiligen sind, die den gesetzgeberischen Willen des Bundes bilden; und schließlich fünftens, daß ein qualifizierter Schutz gegen Änderungen der föderalistischen Struktur der Verfassung vorhanden ist.

Es ist für uns kein Zweifel, daß die deutschen Länder die Grundlage des Gebietes sein müssen, das wir jetzt organisieren, und daß sie eigene Verfassungshoheit und Organisationshoheit haben müssen, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und eine vom Bunde getrennte Finanzwirtschaft - alles dies im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes. Weiter ist es für uns kein Zweifel, daß eine Bundesgewalt geschaffen werden muß, die nicht die Summe der Ländergewalten ist, sondern eine eigenständige Gewalt, die im Rahmen des Grundgesetzes den Vorrang vor den Ländergewalten haben muß. Bundesrecht soll Landesrecht brechen.

Schwieriger wird es sein, das Verhältnis zu bestimmen, in dem auf beiden Stufen die ausführenden Gewalten zueinander stehen sollen. Ich will hier aber nichts vorwegnehmen, was morgen aus berufenerem Munde dazu ausgeführt werden soll. Lassen Sie mich hier nur noch eini-

ges Grundsätzliche andeuten. Es wird nötig sein, daß wir die Gesetzgebungskompetenz nach Sachgebieten abgrenzen.

Die Frage ist, wie wir dabei verfahren sollen. Ich würde es bedauern, wenn man dabei auf Grund irgendwelcher formalistischer Standpunkte - auf Grund eines formalistischen Föderalismus oder eines formalistischen Unitarismus - verfahren würde. Wir sollten überhaupt bei diesen Dingen nicht deduktiv, sondern induktiv verfahren, d.h. nach dem Prinzip der sachlichen Zweckmäßigkeit.

Ich glaube, daß es dafür zwei Grundsätze gibt, über die wir uns sollten einigen können.

Der erste ist: Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikulare Egoismen gefährdet werden.

Der zweite Satz lautet: Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, das soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe. Aufbau von unten, aber Planung von oben! Nur wenn dieser zweite Satz auch mit ausgesprochen wird, ist der erste richtig. Zu der Frage, wie die Länder an der Bildung des Bundes zu beteiligen sind, wird wohl morgen referiert werden, wenn über den Aufbau der Organe gesprochen werden wird.

Ich will hier nur noch über einen Sonderfall sprechen: die Frage der territorialen Gliederung des Bundesgebietes. Soll die Gliederung des Bundesgebietes unverrückbar so bleiben, wie sie heute ist? Soll das geschichtlich Gewordene als letztes Kriterium gelten, oder sollen rationelle Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage walten? Ich bin der Meinung - und mit mir meine Freunde -, daß ein gesunder Föderalismus nur möglich ist, wenn gegeneinander vernünftig ausgewogene Länder vorhanden sind und nicht pure Zufallsgebilde, die grobenteils nicht älter sind als drei Jahre und ihre Entstehung dem Zufall der Demarkationslinie zwischen zwei Infanteriedivisionen verdanken.

Jetzt sollen die Herren Ministerpräsidenten dieses Problem regeln. Sie sollen, bevor unsere Arbeiten abgeschlossen sind, die Neugliederung Deutschlands im Wege einer Änderung der Ländergrenzen vorgenommen haben. Werden sie Erfolg haben oder nicht? Wir können es nur ahnen, aber nicht wissen. Nehmen wir an, es würde ihnen nicht gelingen, sollen wir uns dann endgültig mit dem Zustand begnügen, mit dem die Ministerpräsidenten nicht fertig werden konnten?

Wir werden uns schlüssig werden müssen: Soll das Grundgesetz die Möglichkeit vorsehen, eine Neugliederung des Bundesgebietes vom Bunde her zu schaffen? Soll diese Neugliederung durch die Länder selbst vorgenommen werden, etwa im Wege gegenseitiger Verträge und Vereinbarungen? Bei den bisher mit diesem System gemachten Erfahrungen werden, glaube ich, alle am bisherigen Zustand Interessierten ihren Schlaf weiter in Ruhe genießen können. Soll, wenn die Neugliederung durch Bundesgesetz vorgenommen werden soll, der Wille der beteiligten Bevölkerungen mit in Betracht gezogen werden? So oder anders?

Alles das werden Fragen sein, um die man sich hier wird bemühen müssen. Ich glaube jedenfalls nicht, daß wir um diese Fragen herumkommen werden. Aber eines möchte ich sagen: Sollte es je einmal gelingen, die Gliederung Deutschlands nach vernünftigen Gesichtspunkten durchzuführen, dann sollte man es bei dem geschaffenen Zustand sein Bewenden haben lassen. Dann sollte man ruhig konservativ verfahren.

Meine Damen und Herren!

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Sie sind Ihnen vielleicht gelegentlich ein wenig theoretisch vorgekommen. Aber glauben Sie mir, es ist mir nicht um Spekulationen gegangen! Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient.

Mit Illusionen und mit Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen. Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik

bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen.

Mein Anliegen ist gewesen, klare Einsicht zu vermitteln und dabei nüchtern zu verfahren. Klare Einsicht und Nüchternheit und leidenschaftliche Liebe zum deutschen Volke und brennende Sorge um den Frieden werden die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Arbeit im Parlamentarischen Rat leiten. Einsicht und Nüchternheit gebieten, die Begrenzungen zu erkennen, denen unsere Möglichkeiten unterworfen sind. Je mehr wir bei voller Ausschöpfung dieser Möglichkeit dieser Realität Rechnung tragen, desto wirksamer wird das Instrument sein, das wir zu schmieden haben.

Wofür schmieden wir dieses Instrument? Schmieden wir es, um Deutschland zu spalten? Wir schmieden es, weil wir es brauchen, um die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen zurückzulegen! Noch liegen die weiteren Etappen außerhalb unseres Vermögens. Möchten die Besatzungsmächte sich der Verantwortung bewußt sein, die sie übernommen haben, als sie sich zu Herren unseres Schicksals aufwarfen.

**Diese Verantwortung schließt die Pflicht ein, um des Friedens Europas willen Deutschland endlich den Frieden zurückzugeben und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, von seinem unverzichtbaren Recht auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz Gebrauch zu machen.** Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rat der Völker hat, wird ein besserer Garant des Friedens und der Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund! (Beifall)<<

Konrad Adenauer schrieb am 8. Oktober 1948 (x095/82-83): >>... Wie Sie wissen, tagt in Bonn der Parlamentarische Rat der drei Westzonen. Er hat u.a. die Aufgabe, den Entwurf einer Verfassung für die drei Westzonen fertigzustellen.

Er wird sich daher mit der Frage beschäftigen, welche Stadt Sitz des Bundesparlaments und der Bundesregierung sowie evtl. auch des Bundespräsidenten werden soll. Frankfurt bewirbt sich sehr intensiv darum. Auf der anderen Seite wünschen das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Bonn, daß Bonn Sitz werde.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß, auch vom Standpunkt der Westmächte aus gesehen, Bonn Frankfurt vorzuziehen ist, weil die alten traditionellen Verbindungen zwischen dem rheinischen Westen und den westlichen Nachbarn Deutschlands stärker sind als die Beziehungen zwischen Frankfurt und den westlichen Nachbarn.

Ich bin ferner der Auffassung, daß es für die Arbeit des künftigen Bundesparlaments und der Bundesregierung besser ist, wenn sie in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, wie Bonn es ist, ihren Sitz haben, statt in dem lärmenden Frankfurt.

Die Freunde des Planes, Bonn zum Sitz zu machen, befürchten nun, daß durch Dispositionen der belgischen Besatzungstruppen, von denen man spricht, die aber noch nicht endgültig getroffen sind, größere Bauten in Bonn, die für das Bundesparlament und die Bundesregierung, für Gesandtschaften usw. gebraucht würden, beschlagnahmt würden. ...<<

Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müßte (x112/605).

US-Militärgouverneur General Clay gab am 14. Oktober 1948 bekannt, daß weitere 110 Todesurteile aus den Dachauer Prozessen vollstreckt werden sollen (x112/607).

Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wurde in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.

2 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhalten 3 bis 20jährige

Haftstrafen und 2 Generäle spricht der US-Militärgerichtshof frei.

Das US-Kriegsgericht stellte damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.

Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.

Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernststen Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...

Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...

Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...

Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...

Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<

Der Nürnberger OKW-Prozeß wurde in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigte (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Oberkommando der Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.

Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Oberkommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtführungsamt (ab 1940 Wehrmachtführungsstab) unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.

Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.

Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten emp-

fahl.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).

Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.

Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.

Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadeweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

#### **Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgenerälen (Alliierte Gerichte)**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgeneräle des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).

Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtsgeneräle (x078/96-98,111,116):

#### **>>a) in der Sowjetunion hingerichtet**

Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,  
Generalleutnant Karl Burckhardt,  
Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,  
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,  
Generalmajor Wolf Ewert,  
Generalmajor Adolf Hamann,  
Generalmajor Emil Just,  
Generalmajor Hans Küpper,  
Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,  
Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,  
Generalmajor Bonislaw Pawel,  
Generalleutnant Rudolf Peschel,  
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,  
Generalmajor Heinrich Remlinger,  
Generalleutnant Johann-Georg Richert,  
Generalmajor Ruoff,  
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,  
Generalmajor Hermann Werther,  
Generalleutnant Hermann Winkler

### **b) in Jugoslawien hingerichtet**

General Heinrich Danckelmann,  
Generalleutnant Adolf Fischer,  
Generalmajor Ludwig Fischer  
General Martin Fiebig,  
Generalmajor Johann Fortner,  
Generalmajor Hans Gravenstein,  
Generalleutnant Hans von Hösslin,  
Generalleutnant Joseph Kübler,  
General Ludwig Kübler,  
Generaloberst Alexander Löhr,  
Generalmajor Adalbert Lontschar,  
General Hartwig von Ludwiger,  
Generalleutnant Fritz Neidholdt,  
Generalleutnant Neuhaus,  
Generalmajor Harald Turner,  
Konteradmiral Waue,  
Generalmajor Eugen Wurster

### **c) in Griechenland hingerichtet**

General Bruno Bräuer,  
General Friedrich Wilhelm Müller

### **d) in Italien hingerichtet**

General Anton Dostler

### **e) in Nürnberg hingerichtet**

Generaloberst Alfred Jodl,  
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<

Eine Grundsatzentscheidung der Alliierten Kriegsgesichte, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, lautete damals wie folgt (x133/484: >>... Der Umstand, daß ein Angeklagter den Befehlen seiner Regierung oder seiner Vorgesetzten gehorcht, befreit ihn nicht von der Verantwortung, und der wahre Prüfstein ist nicht das Vorhandensein solch eines Befehls, sondern die Frage, ob eine moralische Wahl tatsächlich möglich war.<<

Der spanisch-jüdische Schriftsteller Elias Canetti (1905-1994) schrieb später über "Befehl und Verantwortung" (x105/283): >>Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchtbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlquelle verschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht.

Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer darüber klar, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt sie von ihr geblieben sind.

Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen.

Es sind Menschen, die sonst sehr wohl dazu imstande sind, ihre Handlungen abzuschätzen. Was sie aus sich heraus tun, hinterläßt bei ihnen die Spuren, die man erwartet. Sie würden sich schämen, ein unbekanntes und wehrloses Geschöpf, das sie nicht herausgefordert hat, umzubringen. Sie empfinden Ekel davor, irgendwen zu foltern.

Sie sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen, unter denen sie leben. Mancher, der sie aus täglichem Umgang intim kennt, wäre bereit, einen Eid darauf abzulegen, daß man sie zu Unrecht beschuldigt. ...

Von welcher Seite immer man ihn betrachtet, der Befehl in seiner kompakten, fertigen Form,

wie er sie nach einer langen Geschichte heute hat, ist das gefährlichste einzelne Element im Zusammenleben von Menschen geworden. Man muß den Mut haben, sich ihm entgegenzustellen und seine Herrschaft zu erschüttern. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den größeren Teil des Menschen von ihm freizuhalten. Man darf ihm nicht erlauben, mehr als die Haut zu ritzen. Aus seinen Stacheln müssen Kletten werden, die mit leichter Bewegung abzustreifen sind. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.

Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinlegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.

Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.

Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".

Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<  
Die "Neue Zeitung" berichtete am 30. Oktober 1948 über die zukünftige deutsche Bundeshauptstadt (x112/615): >>Bonn oder Frankfurt als Hauptstadt. Beide Städte kämpfen um den Rang – Berlins Anspruch bleibt anerkannt.<<

In der Präambel der neuen saarländischen Verfassung vom 31. Oktober 1948 hieß es (x112/616): >>... Das Saarland ist ein autonomer Staat, der wirtschaftlich mit Deutschland verbunden und politisch von Deutschland getrennt ist.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. November 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/78-82): >>1. November 1948. Eine graue Nebelschicht liegt über dem Lager, hüllt die Baracken ein, dämpft das Geräusch der in der Nähe vorbeifahrenden Züge. Hier öffnet sich eine Tür, dort werden Schritte auf den Gängen laut. Gestalten sind zu sehen, die mit Seife und Handtuch der Waschbaracke zustreben.

Ein Tag in Friedland hat begonnen.

... In den Baracken erheben sich die müden Schläfer von den Feldbetten. ... Andere bleiben auch liegen. Sie haben nichts zu versäumen. Wer weiß, was dieser Tag bringen wird. Vielleicht einen Freifahrtschein nach dem Lager Aurich. Möglicherweise auch eine Einweisung für irgendein Dorf in Oldenburg. Es kommt alles noch früh genug. Hier hatte man zunächst einmal sein Bett und sein Essen. Mehr braucht der Mensch unseres Jahrzehnts offenbar nicht, um zufrieden zu sein.

In der Lagerleitung ist überall Licht gemacht worden. Die Angestellten nehmen die Arbeit auf.



...

Während alles noch schlief, wurde in der Küchenbaracke bereits tüchtig gearbeitet. Kaffee muß für viele hundert Menschen gekocht werden. Und dann sind Vorbereitungen zu treffen, damit gegen Mittag das Essen ausgegeben werden kann. Gute, schmackhafte Hausmannskost. Frauen sitzen in einer Ecke und schälen Kartoffeln. Die Feuer unter den großen Kesseln werden kräftig geschürt. ...Man muß sich sputen um rechtzeitig fertig zu sein. Essen ist eine sehr wichtige Angelegenheit für Menschen die Hunger haben. Und nicht nur für die. ...

In Baracke VI ist, wie überall, die trostlose Morgenstimmung eingetreten. Diese Morgenstunden sind schlimm. Man ist aufgewacht, hat sich einigermaßen recht und schlecht gewaschen und gekämmt, hat sich warmen Kaffee geholt und eine Kleinigkeit dazu gegessen. Und nun sitzt man da um den großen Tisch und wartet - wartet wieder wie gestern und vorgestern auf das, was da kommen soll. ...

Zwei Kinder spielen wie verloren in einer Nische. Sie haben irgendwo eine Puppe, ein armseiliges Holzding, herbekommen und versuchen, alte Flicker in Puppenkleidung umzuwandeln.

...

Die Frauen ... empfinden dieses Warten als besonders bedrückend. Trotzdem fügen sich Frauen besser als Männer in die Regeln und ungeschriebenen Gesetze des Lagers ein. ... Männer begehren schnell auf, werden laut, lassen sich nicht belehren, wollen mit dem Kopf durch die Wand. Sie sind manchmal "ganz unten", müssen wieder aufgerichtet werden, hatten so viel Mut und sind doch so mutlos geworden.

Frauen sind zäher, härter im Nehmen, verlieren nicht so schnell die Beherrschung, haben weiter ihre Sorge um die Familie und müssen nun auch noch auf den Mann aufpassen. Sie versuchen die Kleidung auszubessern, sehen immer wieder den Inhalt der Koffer, Kisten und Rucksäcke nach, versuchen den Baracken ihre tödliche Leere zu nehmen, indem sie dort ein paar Blumen hinstellen, hier zwei Betten versetzen und dadurch einen Hauch von Gemütlichkeit hervorzaubern.

Frauen verstehen durch einige Handgriffe toten Gegenständen Wärme einzuflößen. Diese Eigenschaft wird ihnen mit in die Wiege gelegt. Das haben sie von den Müttern gelernt. Und sie wenden diese Gaben an. Überall in der Welt. So auch hier. In Friedland. In den armseligen Baracken.

Über den Lautsprecher kommt der Ruf, daß Mittagessen empfangen werden kann. Sogleich gehen die Türen auf, kommen Männer, Frauen, Kinder mit Schüsseln und Töpfen zum Vorschein, eilen zur Lagerküche und stellen sich an. Die Schlange entsteht. Wie jeden Tag um diese Zeit. ...

Der Nachmittag beginnt. Manche liegen auf den Betten und schlafen. Andere ... erkundigen sich nach den Möglichkeiten in Westdeutschland, schreiben Briefe. Es gibt lange Nachmittage, die kein Ende nehmen wollen.

Abends sitzen die Menschen in den Baracken am Ofen, rücken noch etwas näher, weil der Novemberwind kalt und eisig durch die Ritzen zu dringen vermag, erzählen sich etwas von der Heimat. ...

In der Lagerleitung (löscht man) die Lichter aus. Eins nach dem anderen. Es ist spät geworden. Und der Tag war lang. Hier geht noch eine Tür. Es wird still im Lager. ...

Die Betten werden zurecht gemacht, man wickelt sich in die Decken und versucht einzuschlafen. Es gelingt nicht allen. Wenn es dunkel ist, kommen die Gedanken geschlichen und bestürmen die Menschen. Kommt die Erinnerung und ruft in ihnen wach, was sie verloren, was sie durchlitten, was sie erlebten. ...

Ein Tag in Friedland geht zu Ende.<<

In Landsberg/Lech wurden am 5. November 1948 vierzehn verurteilte NS-Verbrecher hingerichtet.

In Landsberg/Lech wurden am 12. November 1948 fünfzehn verurteilte KZ-Aufseher gehängt. Die "Mainpost" stellte am 30. November 1948 die Frage: "Ist es wieder so weit?" (x043/341): >>Dr. Eugen Kogon, bekannt geworden durch die Herausgabe des Buches "Der SS-Staat", hat in einer Pressekonferenz in Frankfurt über eine angeblich bereits in Gang befindliche Remilitarisierung Westdeutschlands berichtet.

Dieser Behauptung ist inzwischen, besonders auch von alliierter Seite, nicht nur widersprochen worden, sie hat auch eine große Diskussion über die Frage, ob die verbliebene deutsche Wehrkraft zur Verteidigung des Westens eingesetzt werden soll, ausgelöst. ...

Wie nun denkt der sog. "Kleine Mann von der Straße" über diese Angelegenheit? ... "Man hat uns jahrelang über die Schlachtfelder Europas gehetzt, durch Blut und Grauen, und nach weiteren Jahren hinter Stacheldraht glauben wir, ein Recht auf endgültigen Frieden zu haben. ...

Wer soll schon wieder verteidigen? Wir "Kleinen Männer", die bereits Millionen unserer Brüder in den Massengräbern Europas zurückgelassen haben - auf uns rechnet man bereits wieder. ...

Wir wollen für keine Parole verbluten. Wir wollen weder am Rhein, noch an der Elbe oder sonstwo krepieren." ...<<

Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wurde am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>Nach Erwägung der Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 96 (I) vom 11.12.1946 abgegeben wurde, daß Völkermord ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist, das dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft und von der zivilisierten Welt verurteilt wird,

In Anerkennung der Tatsache, daß der Völkermord der Menschheit in allen Zeiten der Geschichte große Verluste zugefügt hat, und

In der Überzeugung, daß zur Befreiung der Menschheit von einer solch verabscheuungswürdigen Geißel internationale Zusammenarbeit erforderlich ist,

sind die vertragsschließenden Parteien hiermit wie folgt übereingekommen:

Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<

In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung hieß es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). Auch eine Verschwörung zur Begehung von Völkermord und bereits der Versuch, sind zu bestrafen.

Diese UNO-Konvention enthielt zwar keine eigene Strafnorm, aber sie verpflichtete die Signatarstaaten gemäß Art. VI, Handlungen, die als Völkermord definiert war, unter Strafe zu stellen (x086/249).

Trotz Stimmenthaltung aller "Ostblockstaaten" wurde die UNO-Erklärung der Menschenrechte damals allgemein gültig.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x051/608): >>Völkermord (Genozid), physische (auch kulturelle) Vernichtung nationaler, ethnischer, religiöser, sozialer oder rassischer Gruppen.

Der Tatbestand des Völkermordes ist so alt wie die Menschheitsgeschichte, der Begriff dafür wurde im 20. Jahrhundert entwickelt und völkerrechtlich gefaßt. In Ansätzen schon im Gefolge der Minoritätenverfolgungen in der Sowjetunion seit 1917 formuliert, wurde Völkermord kodifiziert nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gegen Polen, Slawen und Juden (Endlösung): In Artikel 6c der IMT-Satzung vom 8.8.45 für die Nürnberger Prozesse wurde er unter die Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereiht und am 9.12.48 Gegenstand des Abkommens zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, das einstimmig von der UN-Vollversammlung angenommen wurde.

Zum Völkermord zählt danach bereits das körperliche und geistige Schädigen sowie das Töten von Mitgliedern einer Gruppe mit dem Ziel ihrer Zerstörung, was durch planmäßige Schaffung unerträglicher Lebensbedingungen, Vertreibung, Geburtenverhinderung u.a. geschehen kann.

1954 trat die Bundesrepublik dem Abkommen bei und schuf in § 220a StGB einen Straftatbestand des Völkermordes.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.

Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<

Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

Konrad Adenauer schrieb am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Arbeit läßt nicht nach.

Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.

Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Dezember 1948 täglich

1.883 Kalorien zugeteilt.

Die Besatzungsmächte kümmerten sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überließ. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa mußten in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" veränderten maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.

Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen war gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hatte, mußte sehen, wo und wie er unterkam. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen mußten vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kam es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand wollte die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden mußte man die Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.

Ein Zeitzeuge schrieb im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25):  
>>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<

Die gewaltsamen Beschlagnahmungen bzw. die willkürlichen Zwangseinweisungen führten vielerorts zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Einheimischen und Vertriebenen. Die "Neubürger" aus dem Osten wurden nicht selten mit böartigen Schimpfwörtern und abfälligen Bemerkungen (wie z.B. "Kartoffelkäfer", "Polacken usw.) begrüßt.

Fast alle "Neubürger" verloren während der Flucht oder Vertreibung ihren gesamten Besitz. Die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten war überdurchschnittlich hoch. Vor allem für die Jugendlichen war es ein großer Nachteil, daß die meisten Vertriebenen in kleineren Dörfern untergebracht wurden, denn dort gab es kaum Ausbildungsplätze.

In dieser bitteren Zeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung mußten die Frauen zwangsläufig die Hauptlast tragen, denn Millionen von deutschen Männern mußten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene jahrelang Zwangsarbeit leisten. Viele Frauen gingen nicht selten barfuß und hungerten für ihre Kinder.

Sie mußten nicht nur bei der Verteilung der Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie leisteten außerdem unentwegt schwerste Aufräumarbeiten. Zwischen den Trümmerbergen sah man überall abgezehnte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigten Schutt, stapelten Klinkersteine aufeinander und sammelten jedes Stück Eisen oder Draht.

Nicht nur ungezählte Wohnungen lagen in Schutt und Asche, auch die Heimatlosen und Heimkehrer waren oft gebrochene Menschen. Fast alle Deutschen waren unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nahmen fast alle politischen Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die Lebensverhältnisse der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/-469): >>... Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren die Elenden unter den Armen, sie hatten mehr verloren als die anderen Deutschen, sie trugen ungleich schwerer an der Last der Niederlage. Insbesondere sie hatten den Preis für den großen Krieg gezahlt.

Doch viele der Eingesessenen in Westdeutschland sahen auch dann noch, als die Verhältnisse sich allmählich zu normalisieren begannen, in den Vertriebenen nur eine Bürde, ungebetene Gäste, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machten. Das Wort "Flüchtling" wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für "unerwünscht".

"Flüchtlingspack" johlten mancherorts die Kinder der Einheimischen hinter den Kindern der

Vertriebenen her, und in der Schule spotteten sie über die Bindfäden, mit denen die Jungen und Mädchen, die aus dem Osten gekommen waren, ihr armseliges Schuhwerk banden: "Schnürsenkel haben sie bei euch wohl noch nicht erfunden?"

So lebten die Vertriebenen in Not und Elend in einer oft ablehnenden manchmal sogar feindseligen Umwelt. Und das Ende des deutschen Unglücks war unabsehbar. Es schien sich vielmehr noch zu vertiefen – durch die Politik der Besatzungsmächte, die lange Zeit darauf abzielte, die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes weiter zu schmälern. ...<<

Im Jahre 1948 hoben die letzten US-Bundesstaaten (Arizona und New Mexiko) das Wahlverbot für die nordamerikanischen Ureinwohner auf (x180/39).

Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**

Eigentlich hatte die am 11. November in London zusammengetretene Sechsmächtekonferenz nur die Errichtung eines Kontrollamts für die Verteilung von Kohle und Stahl des Ruhrgebiets verhandeln wollen, so war es im Juni in London beschlossen worden. Aber in den sechs Monaten seit Juni 1948 hatte sich manches geändert.

Die Währungsreform der Westzonen hatte der deutschen Industrie einen starken Aufschwung gebracht, während gleichzeitig die französische Wirtschaft infolge der politischen Unruhen und Streiks einen Rückschlag erlitten hatte. Was Wunder, daß das französische Sicherheitsbedürfnis angesichts dieser Situation nicht nur Garantien gegen eine militärische Aggression, wie sie das sogenannte Militärische Sicherheitsamt bieten könnte, verlangte, sondern Garantien, die eine Kontrolle des deutschen Wirtschaftsaufschwungs ermöglichen.

Noch im Juli 1948 belief sich die französische Stahlproduktion auf 640.000 t, im September war sie bereits auf 550.000 t gesunken, während die Stahlerzeugung, der Bizone von 310.000 t zu Beginn des Jahres 1948 auf 572.000 t im September angestiegen war und damit die Leistungen der französischen Stahlindustrie erstmalig übertreffen hatte.

Als dann am Vorabend der zweiten Londoner Konferenz die anglo-amerikanischen Regierungen den Deutschen noch die Treuhänderschaft über die Kohle- und Stahlindustrie übertrugen und sich bereit erklärten, die Regelung der endgültigen Eigentumsverhältnisse der künftigen deutschen Regierung zu überlassen, war die französische Geduld erschöpft. Dies die Vorgeschichte des Ruhrstatuts.

In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ... Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.

Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.

Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere ab-

gelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.

In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

Es wird zwar ausdrücklich verlangt, daß hierbei keine Konkurrenzinteressen mitsprechen dürfen und die Mitglieder der Kommission sich nicht als Vertreter ihrer Nationen, sondern als internationale Körperschaft fühlen sollen; aber kann man verlangen, daß der französische Vertreter unbeeinflußt von nationalen Interessen die Verteilung von Koks und Kohle bewirkt, wenn in Frankreich neue Streiks die eigene Produktion stilllegen?

Kann man erwarten, daß der Vertreter Englands ein Werk, das vielleicht im Hinblick auf irgendwelche Spezialqualitäten den englischen Export entscheidend hemmt, in großzügiger Weise mit Kontingenten versieht? Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?

Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen, und sie kann auch, wie ihre Befürworter es wünschen, zur Keimzelle einer neuen europäischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung werden.

Allerdings schrieb der "Economist" kürzlich: "Ein internationalisiertes Ruhrgebiet in einem im übrigen völlig nationalistischen Europa würde da mächtiger Unruheherd werden." Daher gäbe es "nur eine Lösung: die internationale Kontrolle auf die Industriegebiete Lothringens, Luxemburgs und Belgiens auszudehnen."

Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

US-Präsident Truman forderte am 20. Januar 1949 im nordamerikanischen Kongreß ein Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer (x272/255-256): >>... Wir müssen ein neues, Kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unserer Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden.

Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter ärmlichen, ja elenden Umständen. Ihre Ernährung ist unzureichend, Krankheiten und Epidemien grassieren. Die Wirtschaftsformen sind primitiv und veraltet. Ihre Armut bildet nicht nur für sie selber, sondern auch für die begünstigten Weltgegenden eine Gefahr.

Zum erstenmal in der Geschichte besitzt heute die Menschheit das Wissen und Können, die Leiden dieser Millionen zu lindern.

Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, die Bemühungen aller freien Völker zu unterstützen, ihre Lebensmittel-, Textil- und Baumwollproduktion zu steigern und neue Kraftwerke zu bauen. Wir laden alle Staaten ein, unsere und ihre technische Erfahrung für dieses große Unternehmen zusammenzulegen. ...

Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handelns auf demokratischer Basis nichts zu tun.

Ein konstruktives Programm zur besseren Verwertung der natürlichen Schätze und der Arbeitskraft der Welt wird allen Ländern, auch unserem eigenen, Segen bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß unser Warenaustausch mit Ländern zunimmt, die sich wirtschaftlich entfalten. Eine größere Erzeugung bildet den Schlüssel zur Wohlfahrt und zum Frieden. Und den Schlüssel zu einer größeren Erzeugung bildet die weltweite intensive Anwendung moderner wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse.

Die große Familie der Völker kann nur dann ein menschwürdiges Dasein für alle ihre Glieder sichern, wenn sie den Unglücklichsten unter ihnen hilft, sich selber zu helfen.

Einzig die Demokratie vermag es, den Völkern den Elan und den Aufschwung zu vermitteln, nicht nur über Unterdrücker und Ausbeuter, sondern auch über die uralten Feinde Hunger, Not und Verzweiflung zu triumphieren. ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Januar 1949 täglich 1.779 Kalorien zugeteilt (x117/31).

US-Militärgouverneur General Clay gab am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im März 1949 täglich 1.843 Kalorien zugeteilt.

In Washington wurde am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schlossen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.



Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) hieß es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 hieß es z.B. (x301/154-155): >>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden

internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...

Artikel 5: Die Parteien vereinbarten, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbarten daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesens Reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.

Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der



USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

Die französische Zone schloß sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschlossen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland hieß es (x156/71-72, x101/200-201):

>>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fort dauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

- a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
- b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,
- c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
- d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
- e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.

Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<

>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Das "neue Besatzungsstatut" trat am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle änderte sich damals jedenfalls noch nicht.

Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führte am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".

Nach langen Verhandlungen schlossen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wurde Dr. Hans Lukaschek, den später Dr. Linus Kather ablöste.

Ein US-Militärgericht fällte am 11. April 1949 in Nürnberg die Urteile gegen den ehemaligen deutschen Außenminister und Leiter der "Geschäftsführenden Reichsregierung" Johann Ludwig (Lutz) Graf von Schwerin von Krosigk sowie Staatssekretär Weizsäcker und 19 weitere hohe Beamte des Auswärtigen Amtes ("Wilhelmstraßen-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Wilhelmstraßen-Prozeß" (x051/645-646): >>Wilhelmstraßen-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA gegen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt (in der Berliner Wilhelmstraße) Weizsäcker und 20 andere; größter und letzter der Nürnberger Prozesse (Fall 11).

Von den 21 Angeklagten waren 18 Minister und hohe Beamte der Zivilverwaltung des Dritten Reiches. Sie wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen – u.a. Mitschuld am Lynchen abgesprungener Flieger und der Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen –, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – namentlich gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten – begangen zu haben und Mitglieder einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein.

Durch Urteil vom 11.4.49 wurden 19 Angeklagte teilweise unter Freisprechung von Anklagepunkten zu Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren zehn Monaten und 25 Jahren verurteilt und zwei Angeklagte freigesprochen.

Durch Berichtigungsbeschluß vom 12.12.49 wurden die Strafen von drei Verurteilten, u.a. die für Weizsäcker, von jeweils sieben auf fünf Jahre herabgesetzt. Soweit die Verurteilten die Strafen noch nicht verbüßt hatten, milderte sie US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg.<<

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wurde damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichteten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen

beitreten. ...<<

US-Militärgouverneur General Clay gab am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärte nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

Der Parlamentarische Rat entschied sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigten am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):

>>Herrn Dr. Konrad Adenauer

Präsident des Parlamentarischen Rates

Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.

In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebil-

ligt sind. ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

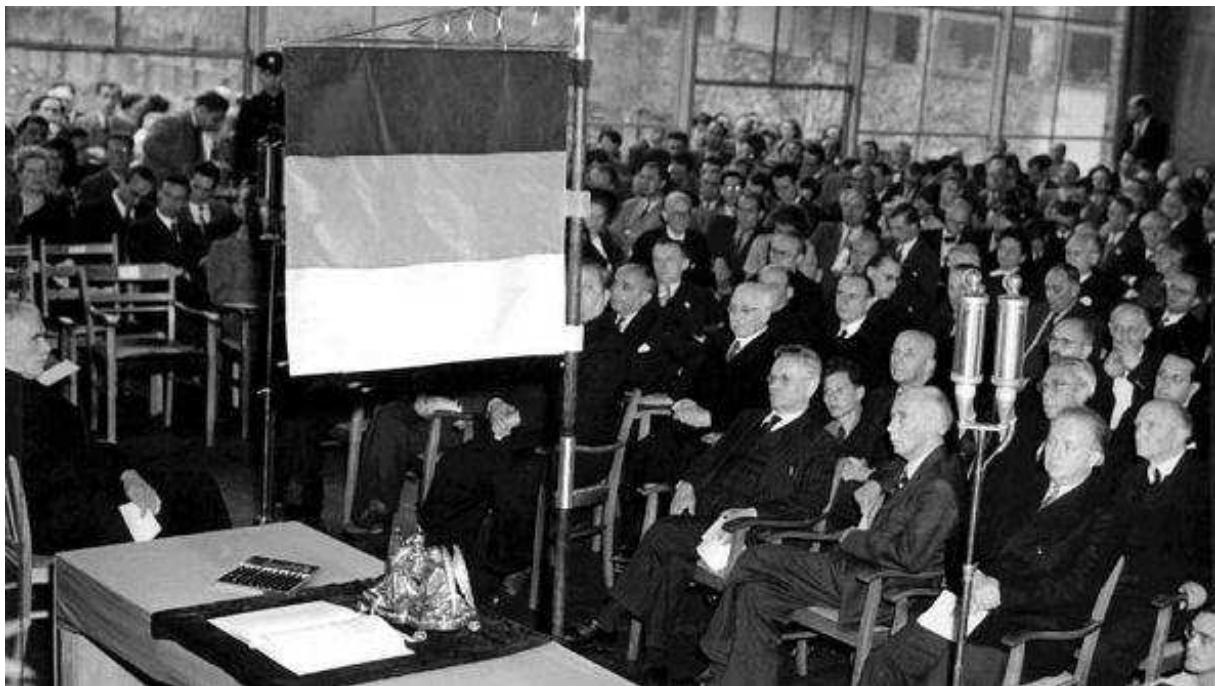
Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb (1902-1956) erklärte am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn (10. Mai) in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<

In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schrieb am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dämmste war.<<

### **23.05.1949**

**BRD:** Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.



*Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23. Mai 1949.*

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärte am 23. Mai 1949 (x112/703): >>... Wir sind der festen Überzeugung, daß wir durch unsere Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes und auch zur Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und Verschleppten leisten.

Wir wünschen und hoffen, daß bald der Tag kommen möge, an dem das ganze deutsche Volk unter dieser Fahne wieder vereint sein wird.

Uns alle leitete bei unserer Arbeit der Gedanke und das Ziel, das die Präambel des Grundgesetzes in folgenden Worten zusammenfaßt:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Möge allezeit der Geist und der Wille, der aus diesen Sätzen spricht, im deutschen Volk lebendig sein.<<

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Das "vorläufige" Grundgesetz des westdeutschen Teilstaates wurde ohne direktes Mandat des deutschen Volkes im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte erarbeitet und am 23. Mai 1949 im Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates in Bonn in einem feierlichen Staatsakt verkündet. ...

Der erstmals gebrauchte Staatsname im Titel soll auf die gesamtdeutsche Verpflichtung hinweisen. Unter Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Weimarer Verfassung und dem Nationalsozialismus entstand der rechts- und sozialstaatliche sowie das föderalistische und demokratische Prinzip. Der Grundrechtskatalog knüpft an die Vorarbeit der Paulskirchenverfassung von 1849 an. ...

Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschafts-

politik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden im Mai 1949 täglich 1.851 Kalorien zugeteilt.

Konrad Adenauer schrieb am 12. Juni 1949 an den US-Manager Dannie N. Heinemann (x095/90-92): >>... 1.) Die Pariser Konferenz wird mit größter Wahrscheinlichkeit völlig oder ungefähr negativ ausgehen. Das ist gut so. Jede Verbindung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland würde, solange dieses Ostdeutschland nichts anderes als ein Satellit Sowjet-Rußlands ist, die Macht der Sowjets in Deutschland stärken.

2.) Das Ausscheiden von General Clay ist allgemein von uns bedauert worden. Er hatte sich ... vorzüglich eingearbeitet. Er ist ein kluger Mann. Kennen sie seinen Nachfolger, Herrn McCloy? Wenn sie ihn kennen, so weisen Sie ihn bitte auf mich hin.

3.) Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien (frühere Teile des Commonwealth), einen wirklichen Zusammenschluß verhindert. Das europäische Parlament z.B., das vorgesehen ist, soll nur ein Mal im Jahre einen Monat lang tagen. Es kann nur konsultative Beschlüsse fassen. Meines Erachtens muß Amerika mit größter Energie darauf dringen, daß es wirklich zu einer Europäischen Union kommt. Es ist sonst Westeuropa gegenüber Asien nicht zu halten.

4.) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland betrachte ich mit einer gewissen Besorgnis. Es mangelt uns an Kapital. Dadurch kommt die Wirtschaft ins Stocken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

5.) Die Bundestagswahlen sind am 14. August. Ihr Ausgang ist von größter internationaler

Bedeutung. Wenn sie für die Sozialdemokratie erfolgreich verlaufen, wird eine sozialistische deutsche Regierung in Abhängigkeit sein von der sozialistischen englischen Regierung. Beide zusammen werden dem neuen Europa ein sozialistisches Gesicht geben.

Die Labour-Party unterstützt gutem Vernehmen nach die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln. Die englische Regierung hat die öffentliche Meinung in der britischen Zone, die mehr als die Hälfte der drei Zonen umschließt, fast ganz in die Hände der Sozialdemokraten gespielt. Das gilt sowohl vom Rundfunk, wie von den Nachrichtenagenturen, wie vom Zeitungswesen.

Wenn es ihrer Überzeugung entspricht, so machen Sie bitte maßgebende amerikanische Kreise darauf aufmerksam, daß die CDU, meine Partei, demokratisch, fortschrittlich und sozial, aber nicht sozialistisch ist, daß die amerikanischen Stellen der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Briten entgegenwirken müssen. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

Der Außenministerrat der Siegermächte beschloß während einer Konferenz in Paris (3. Mai bis zum 20. Juni 1949), daß die Grenzen Österreichs vom 1. Januar 1938 beibehalten werden sollen (x006/577).

Während einer CDU/CSU-Veranstaltung im Heidelberger Schloß machte Konrad Adenauer am 21. Juli 1949 die mitteldeutsche und die Ostberliner SPD für die Teilung Deutschlands verantwortlich (x112/732): >>... Es ist eine historische Schuld der Sozialdemokratie in der Ostzone und in Berlin, daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen hat.<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb damals in seinem Tagebuch über Adenauers Heidelberger Wahlkampfrede (x112/732): >>... Ich möchte wissen, was Herr Adenauer zu antworten hätte, wenn jemand ebenso laut und vernehmlich behaupten wollte, die katholische Kirche wäre am Nationalsozialismus schuldig, denn Hitler, Heß, Goebbels und viele andere Führer der NSDAP sind Katholiken gewesen.

So geht es nun wirklich nicht!<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1949) berichtete am 21. Juli 1949: >>**Man sagt Ya statt Yes**

Sir Brian Robertson, Englands Militärgouverneur für Deutschland, fand dieser Tage ein dornges Telegramm auf seinem Schreibtisch:

"Amerikaner deutschen Ursprungs legen gegen Demontage deutscher Fabriken schärfsten Protest ein. Fortgesetzter Abbau der Fabriken bürdet dem amerikanischen Volk weitere Opfer auf."

Absender die Wählervereinigung der Amerikaner deutscher Herkunft in New York.

Diese Vereinigung besteht schon seit vielen Jahren. Auch die Amerikaner polnischer, irischer oder italienischer Herkunft haben solche Gemeinschaften. In der amerikanischen Politik sprechen sie nicht selten ein gewichtiges Wort mit. Besonders vor den Präsidentenwahlen. Da sparen die Parteien nicht mit Zugeständnissen und Versprechungen.

Seit den letzten Novemberwahlen holte auch die Wählervereinigung der Deutschamerikaner an kriegsverlorenem Einfluß wieder auf. Wahlanalytiker wollten wissen, daß die Demokraten ihren Wahlsieg zum mindesten in einigen Staaten den Deutschamerikanern zu verdanken haben. Harry S. Truman müsse sich wenigstens zum Teil bei den Deutschamerikanern bedanken, daß er im Weißen Hause sitze.

Dessen war sich Harry auch wohl bewußt. Noch am Vorabend der Wahl beehrte er die Einweihungsfeier eines deutschamerikanischen Turnerheims mit einem betont herzlichen Telegramm und mit freundlichen Versprechungen.



Die Mehrzahl der Deutschamerikaner kehrte denn auch zur alten Tradition zurück: sie wählte demokratisch. Nur in der Roosevelt-Ära stimmten die Deutschblütigen republikanisch. Die deutschfeindliche Haltung des Präsidenten und seiner Clique verstimmte sie.

Die Deutschamerikaner lehnten es immer ab, sogenannte Bindestrich-Amerikaner zu sein. Auch im letzten Krieg taten sie vorbehaltlos ihre - amerikanische - Pflicht. Die starke Assimilationskraft des amerikanischen Bodens formte sie zu Amerikanern. Nicht ganz so schnell wie die britisch geborenen Neubürger, jedoch schneller als Italiener und Iren.

Selbst Hitler nahm sie nicht als Volksdeutsche in Anspruch. Und Goebbels wies die Flugblattverfasser der Wehrmacht an, keine Sonderausgabe für die Deutschamerikaner jenseits der HKL zu drucken. Er wußte, es war zwecklos.

Dennoch pflegen die Müllers und die Schulzes, die Neumanns und Hubers selbst im großen Menschenkessel New York - wie eine Erinnerung an eine verklungene Welt - die alten deutschen Bräuche. Erst kürzlich holten sie die vor acht Jahren eingemotteten Trachten zum erstenmal wieder aus den Schränken und demonstrierten vor erstaunten Amerikaneraugen die Treue zur Heimat.

Allein in New York gibt es Hunderte von deutschamerikanischen Gesangsvereinen. In ungezählten deutschen Küchen brutzeln Braten nach deutscher Art. Auch Feinschmecker nicht-deutschen Geblüts wissen die hohen Leistungen der deutschamerikanischen Restaurants zu schätzen.

Eine britische Journalistengruppe beschwerte sich, als man sie auf einer offiziellen USA-Reise mitten im Kriege ausgerechnet in ein deutschamerikanisches Restaurant führte. Dort sei das Menü besser, erklärte ihnen kurz und bündig der Reiseführer des "Information Service".

Von 1683 bis 1870 zogen in Fünfzig-Jahres-Abständen immer neue Schübe deutscher Auswanderer über den großen Teich. Das war schon damals nicht leicht. Man verkaufte all sein Hab und Gut. In Le Havre wurde ein primitiver Segler gechartert. Den Strapazen der Überfahrt erlag mancher Mochtegern-Amerikaner.

In vielen Staaten, bis nach Kalifornien hin, gab es eingesprenkelte deutsche Siedlungen. Größere Gruppen der "Neukommer" gingen nach Pennsylvanien. Nicht nur aus religiösen Gründen wählten sie das Land des großen Quäkers William Penn. Die Landschaft dort erinnerte ein wenig an die alte Heimat.

Ein Zentrum dieser deutschen Siedlungen ist Lancaster im südöstlichen Pennsylvanien. Noch heute wird dort das Pennsylvania-Dutch gepflegt - eine Art pfälzischer Dialekt mit einigen englischen Brocken. Man sagt "Ya" statt "Yes".

"The Pennsylvania-Dutchman", eine Zeitschrift, die sich um die Pflege der Tradition bemüht, behauptete erst kürzlich, dieses Pennsylvania-Dutch sei durchaus eine lebende Sprache.

Die Gesellschaft "Dutch Folklore Center Inc." bemüht sich, die alten Bräuche vor dem Aussterben zu bewahren. Noch heute sind die Siedler stolz auf ihre bäuerliche Kultur. Sie besitzen "die schönsten Scheunen der Erde", behaupten die Farmer in pfälzisch formuliertem amerikanischem Superlativ. Allein in Pennsylvania leben 900.000 Amerikaner deutscher Abstammung.

Als während des Krieges Roosevelts Propagandawelle über das Land ging, mußten die Deutschamerikaner sich ducken. Nun sind sie politisch wieder recht aktiv. In vielen deutsch geschriebenen Zeitungen und Zeitschriften kritisieren sie die amerikanische Deutschlandpolitik.

Harte Töne sind nicht selten. Seit einem halben Jahr sägen und nagen sie vor allem an den Wurzeln der These von der Kollektivschuld der Deutschen und auch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands.

So gab beispielsweise William Lemke, ein Amerikaner deutscher Herkunft, der kürzlich in Norddakota wieder in den Kongreß gewählt wurde, eine Dankesbotschaft an seine Wähler

heraus. Darin heißt es:

"Ich protestiere gegen die Hinrichtung deutscher und japanischer Persönlichkeiten. Einige von ihnen starben, da sie zuviel wußten und man ihnen den Mund verschließen mußte. Vielleicht aber wird die Geschichte dennoch alles das aufdecken, was sie von den schmutzigen Hintergründen des zweiten Weltkrieges wußten. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß unsere Flügel nicht ganz so weiß waren, wie einige unserer Kriegsverantwortlichen es so gerne wahr haben möchten."

Noch stärker ins Horn stieß Dr. Ludwig Adolphus Fritsch, ein deutschamerikanischer Pfarrer aus Chicago. Er verfaßte eine Schrift "Das Verbrechen unserer Zeit", in der Amerika zu lesen bekam:

"Deutschland wurde beschuldigt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Deshalb sind führende deutsche Persönlichkeiten hingerichtet worden. Jeder Historiker aber weiß, daß das eine große Lüge ist. Die Deutschen verfolgten lediglich das berechtigte Ziel, Europa mit friedlichen Mitteln zu retten ..."

Dr. Fritschs Attacke stieß auf starken Widerspruch. Einige Gruppen riefen nach dem Kadi. Besonders heftig protestierte die "Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges", eine rußlandfreundliche Henry Wallace-Gruppe. Schon spricht man in den USA von "Neo-Nazismus", diesmal sogar im eigenen Heim. Aber der Geistliche aus Chicago nimmt für sich das Recht der freien Rede in Anspruch. Seine Schrift wandert von Hand zu Hand.

Viele Deutschamerikaner, die trotz der Depression die nötigen Dollars sparen können, wollen in der nächsten Zeit die alte Heimat wiedersehen. In den Reisebüros in Pennsylvania ist Hochbetrieb. Rhein und Neckar locken. Und außerdem möchte man sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob es (der) Militärgouverneur in der US-Zone richtig oder falsch macht.<<  
Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 24. Juli 1949 in Köln nach Adenauers Heidelberger Wahlkampfede vom 21. Juli 1949 (x112/734): >>Ich habe den Mann nach sorgfältiger Beobachtung noch nie als Persönlichkeit begriffen. ... Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in "Lügenauer" umzuändern. ...<<  
In den 3 Westzonen fand am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<

Der CDU-Politiker Karl Arnold (1901-1958, von 1947-56 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen) berichtete am 15. August 1949 über das Wahlergebnis der ersten Bundestagswahl (x112/749): >>... Der Start für die Bundesrepublik ist gelungen, und der Grundstein für die neue Souveränität ist gelegt. Die Absage an radikale Parteien ist ein beredtes Zeichen für die Urteilsfähigkeit der deutschen Wähler.<<

Der "Sozialdemokratische Pressedienst" berichtete am 15. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>... daß die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewährung geführt.<<

Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärte am 15. August 1949 vor der Presse (x112/750): >>... (daß keine) grundsätzlichen Gegensätze zwischen der FDP und der CDU/CSU bestehen, die die Bildung einer Koalitionsregierung der beiden Parteien verhindern könnten. ... Aufgrund ihres wirtschaftspolitischen Programms (sieht er mit der SPD keine Möglichkeit der Zusammenarbeit). ...

Der Gesamtrhythmus der Größenordnung in dem Parteienergebnis hat ungefähr so erwartet werden können. Wenn man einzelne Resultate betrachtet, spürt man, daß durch die Isolierung der Flüchtlinge eine eigentliche Verschiebung nicht eintrat. Das Problem wird jetzt sein, die politische Atmosphäre der einzelnen Gruppen kennenzulernen und dann festzustellen, wo eine

Verständigung auf entscheidende Fragen in der Weiterentwicklung einer deutschen politischen Selbstverständigung erreicht werden kann.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) schrieb am 24. August 1949 über den Wahlausgang der ersten Bundestagswahl (x112/750): >>Ohne diese praktische Wahlhilfe des britischen Außenministeriums und des Genossen Bevin für die CDU wären wir wenigstens formal die stärkste Partei geworden, ohne damit an der Entwicklung zum Bürgerblock etwas Beträchtliches hätten ändern (zu) können. ...<<

Die auf Bundesebene organisierten Landsmannschaften der Vertriebenen schließen sich in Bad Homburg im Verband Vereinigter Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL) zusammen, den man im Jahre 1952 in Verband der Landsmannschaften (VdL) umbenennt. Vorsitzender des VOL wird der sudetendeutsche Politiker Rudolf Lodgman von Auen (1877-1962).

Konrad Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.

Bundeskanzler Adenauer bildete daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stimme, seiner eigenen.

Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.

Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302-304): >>... Wie das ostdeutsche Marionettensensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte.

Schließlich konnte der Mann der ahnungslosen Nation jenseits des großen Wassers allerlei altes Neues über sich melden. Zum Beispiel:

Ich habe als Oberbürgermeister Kölns 1917 versichert, die Stadt werde "untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt" sein "und sich stets als Glied des deutschen Vaterlandes fühlen".

Ich habe 1919 proklamiert: "Entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich ..."

Ich habe im Winter 1932/33 erklärt, "daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse."

Ich habe 1934 in einem Brief an Hitlers Innenminister meine Verdienste, meine jahrelangen Verdienste für die Naziartei betont. Ich habe die Partei des Führers schon in der Weimarer Republik "immer durchaus korrekt behandelt" und ich tat das im "Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen"! Ich bin ein Paradebeispiel für alle Beamten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ich, natürlich als Widerstandskämpfer, Oberbürgermeister von Köln, dann zwar von den britischen Behörden "wegen Unfähigkeit" bald wieder entlassen. Aber wie Harry Truman mit einem kleinen Krimskramsgeschäft bankrott machen und doch Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, so stieg auch ich, der infolge "Unfähigkeit" entlassene Kölner Bürgermeister, zum deutschen Bundeskanzler auf, mit besonderer Hilfe, wie ich hinzufügen möchte, der römisch-katholischen, der allein wahren Kirche.

Während Konrad Adenauer aber alsbald mit aller Intensität die geforderte Wiederaufrüstung betrieb, belog er - er mußte denn kein Politiker gewesen sein - systematisch die Deutschen, was schlicht unumgänglich war, weil die meisten einfach genug hatten vom Krieg, weil sie schon jeder Uniformknopf unausstehlich anstank, geschweige mehr.

Die Wiederaufrüstung war, wie er, Adenauer, selbst zugeben mußte, trotz "aller Anstrengungen der Bundesregierung ... im deutschen Volk sehr unpopulär". Also machte er sich zum Sprecher des deutschen Volkes und redete mit jener Entschiedenheit, die Politiker immer bekunden, wenn sie lügen, "prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland", "strikt gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik".

"Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften in Deutschland wünschen wir nicht, wir haben genug vom Krieg" usw. Kurz, Adenauer war so pazifistisch wie Wilson bis 1917. Oder Roosevelt bis 1941. Oder wie Konrad Adenauer 1919. Und wie er fast alle Nazis, außer jenen, die nun mal in Nürnberg gehängt worden waren, wieder in Dienst nahm, wie er die Justiz mit hohen Nazirichtern, das Auswärtige Amt mit hohen Nazidiplomaten nur so überschwemmte, so eben auch die neue alte Truppe mit Nazigenerälen und -admirälen. Fast alle kamen sie wieder, nur jetzt natürlich nicht mehr für das Böse, sondern für das Gute wirkend. Sie alle hatten sich gewandelt, alle, ganz von innen her, wahrhaftig. Siehe, alles ist neu geworden ...

Wirklich, war es ein Wunder, daß Kanzler Adenauer, einmal von Vizekanzler Erhard gefragt, ob er denn das ganze deutsche Volk und seine Interessenvertreter für korrupt halte, prompt die Gegenfrage stellte, ob Erhard etwa glaube, daß dem nicht so sei ...

Ein Staat kann nicht besser als seine Führung sein, jedenfalls nicht so lange, bis er das Gegenteil beweist. Adenauer bemühte sich nun, päpstlicher zu sein als der Papst. Als hochgedienter Knecht machte er sich dem Herrn gefällig.

Und während er eine Rüstungsbeschränkung nach der andern beseitigte, während er unentwegt Angst suggerierte, unentwegt drohte mit dem Menetekel der bolschewistischen Gefahr - wie schade, daß wir die Höhe seines Kontos nicht kennen -, lehnte er jedes Disengagement, jede Veränderung des Status quo, zum Beispiel in Berlin, starrsinnig ab, ein Zustand, den selbst Eisenhower "anomal und gefährlich" nannte.

Dafür harmonierte der deutsche Kanzler um so besser mit den US-Außenministern. Hatte er schon zu dem Bischofssohn Dean Acheson, der Trumans Containment-Politik betrieb, ausgezeichnete Beziehungen, so noch bessere zu dessen Nachfolger. Dulles und Adenauer, das waren zwei Seelen aus einem Stoff, verbohrt Antikommunisten mit einer starken Affinität zu Leuten wie Mussolini, dem Adenauer 1929 telegraphiert hatte, sein Name werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen ... Für Hitler allerdings hatte der Beauftragte der US-Banken, Dulles, mehr getan als der Oberbürgermeister von Köln je hätte tun können. ...<<

Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entschied sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die neue Hauptstadt Bonn (x283/236-237): >>Bei der Wahl des als provisorisch deklarierten Regierungssitzes entschied sich der neue Bundestag am 3. November 1949 mit 200 gegen 176 Stimmen für Bonn anstelle von Frankfurt.

Die alte Reichs- und Messestadt am Main, wo sich 794 unter Karl dem Großen die Kirchenfürsten Westeuropas über die Bildungsfrage geeinigt hatten, wo nach der Goldenen Bulle 18 römisch-deutsche Kaiser gewählt, 10 gekrönt worden waren, wo 1815 der Bundestag, 1848 die Nationalversammlung tagte, dieses Frankfurt war Sitz des amerikanisch-britischen Zweimächtekontrollrats, der höchsten alliierten Behörde im Westen, und wäre historisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch für den Sitz der deutschen Regierung prädestiniert gewesen. Ihr protestantisch-sozialdemokratischer Charakter aber mißfiel Adenauer.

Er erreichte eine Mehrheit für Bonn, die Lieblingsresidenz der in Köln nicht sonderlich beliebten Erzbischöfe, und gewann die Wahl durch eine manipulierte Agenturmeldung und "Handsalben" in Höhe von 2 Millionen Mark, nachdem ein Teil der CDU-Abgeordneten zuvor mit Frankfurt sympathisiert hatte. Auch die Amerikaner waren überzeugt, daß Frankfurt Regierungssitz würde, und bestimmten deshalb Wiesbaden zur Hauptstadt von Hessen. Dabei blieb es.

Adenauers Argument gegen die Wahl Frankfurts, daß damit die künftige Rückkehr nach Berlin gefährdet sei, war gewiß nicht sein Motiv, aber sachlich zutreffend. So sah das auch Ernst Reuter, der für Kassel als Regierungssitz eintrat, weil die Stadt der Zonengrenze näher lag. Kassel aber war zerstört.

Wäre Frankfurt Regierungssitz geworden, so wäre es bis heute Hauptstadt geblieben – gegen die pulsierende Rhein-Main-Metropole hätte Berlin fern im Osten bei der Abstimmung des Bundestags vom 20. Juni 1991 keine Chance gehabt. Das Ergebnis war ohnedies knapp: 338 Stimmen für Berlin gegen 320 für das liebliche Städtchen am Rhein.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, wenn es Adenauer, der ein unterkühltes Verhältnis zu Berlin hatte, zu danken ist, daß die Regierung an die Spree zurückkehrte.<<

General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärte am 21. November 1949 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>... Deutschland könnte sich mit beschränkten Streitkräften eines besonderen Typus an (den) gemischten europäischen Streitkräften beteiligen. ...<<

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragte danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 hieß es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...

8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.

Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:

a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...

b) Stahlwerke: ...

Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

Bundeskanzler Adenauer sprach am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag über das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –

("Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.

Zuruf von links: "Unerhört so was!"

Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –

Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...)

Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.

(Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ...) –

das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?

Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der (britische) General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.

(Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...

Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. – Glocke des Präsidenten.

Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –

Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –

Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!") ...

(Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.)<<

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts.

Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-

Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schlug am 3. Dezember 1949 in einem Gespräch mit der US-Zeitung "Cleveland Plain Dealer" die Aufstellung einer westeuropäischen Armee mit westdeutschen Truppenkontingenten vor (x092/951).

Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Erich von Manstein (1887-1973) wurde am 19. Dezember 1949 in Hamburg zu 18 Jahren Haft verurteilt.

In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM).

Im gleichen Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).

Der ostpreußische Schriftstellerin Agnes Miegel (1879-1964) schilderte im Jahre 1949 in dem Gedicht "Es war ein Land" ihre persönliche Trauer über den Verlust der Heimat (x035/175-

176): >>Es war ein Land

O kalt weht der Wind über leeres Land,  
O leichter weht Asche als Staub und Sand!  
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,  
Aber höher die Distel am Ackerrand!

Es war ein Land, - wo bleibst Du, Zeit?  
Da wogte der Roggen wie See so weit,  
Da klang aus den Erlen der Sprosser Singen  
Wenn Herde und Fohlen zur Tränke gingen,  
Hof auf, Hof ab, wie ein Herz so sacht,  
Klang das Klopfen der Sensen in heller Nacht,  
Und Heukahn an Heukahn lag still auf dem Strom  
Und geborgen schlief Stadt und Ordensdom, -  
In der hellen Nacht, -  
der Johannismacht!

Es war ein Land, - im Abendbrand  
Garbe an Garbe im Felde stand.  
Hügel auf, Hügel ab, bis zum Hünengrab  
Standen die Hocken, brotduftend und hoch,  
Und drüber der Storch seine Kreise zog.  
So blau war die See, so weiß der Strand  
Und mohnrot der Mond am Waldesrand  
In der warmen Nacht, -  
der Erntenacht!

Es war ein Land, - der Nebel zog  
wie Spinnweb, das um den Wacholder flog,  
Die Birken leuchteten weiß und golden,  
und korallen die schweren Quitschendolden,

Die Eicheln knirschten bei Deinem Gehn  
In den harten Furchen der Alleen.  
Ein Stern mir blinkte, fern und allein,  
Und Du hörtest im Forst die Hirsche schrein  
In der kalten Nacht, -  
der Septembernacht!

Es war ein Land, - der Ostwind pfiff,  
Da lag es still wie im Eis das Schiff,  
Wie Daunen deckte der Schnee die Saat  
Und deckte des Elchs verschwiegenen Pfad.  
Grau fror die See an vereister Buhne  
Und im Haff kam Fischer und Fisch zur Wuhne.  
Unter warmem Dach aus Stroh und Ried  
Klappte der Webstuhl zu altem Lied:  
"Wi beid', wi sönn noch jong on stark,  
Nähr'n ons möt eigne Hände, -"  
Es war ein Land, - wir liebten dies Land, -  
Aber Grauen sank drüber wie Dünensand.  
Verweht wie im Bruch des Elches Spur  
Ist die Fährte von Mensch und Kreatur, -

Sie erstarrten im Schnee, sie verglühten im Brand,  
Sie verdarben im Elend in Feindesland,  
Sie liegen tief auf der Ostsee Grund,  
Flut wäscht ihr Gebein in Bucht und Sund,  
Sie schlafen in Jütlands sandigem Schoß, -  
Und wir letzten treiben heimatlos,  
Tang nach dem Sturm, Herbstlaub im Wind, -  
Vater, Du weißt, wie einsam wir sind!

Nie zu klagen war unsre Art,  
Du gabst und Du nahmst, - doch Dein Joch drückt hart!  
Vergib, wenn das Herz, das sich Dir ergibt,  
Nicht vergißt, was zu sehr es geliebt.

O kalt weht der Wind über leeres Land,  
O leichter weht Asche als Staub und Sand!  
Und die Nessel wächst hoch an geborstner Wand,  
Aber höher die Distel am Ackerrand!<<

Der US-Schriftsteller Archibald McLeish (1892-1982) schrieb im Jahre 1949 in seinem Aufsatz "The Conquest of America" (x165/20-21): >>Niemals in der Geschichte der Welt wurde ein Volk von einem anderen intellektuell und moralisch so vollständig beherrscht wie das Volk der Vereinigten Staaten vom russischen Volk in den Jahren zwischen 1946 und 1949. Die amerikanische Außenpolitik war ein Spiegelbild der russischen Außenpolitik: Was immer die Russen taten, taten wir im umgekehrten Sinn. Die amerikanische Innenpolitik vollzog sich unter einer Art von umgekehrtem Russenveto:

Niemand konnte in ein öffentliches Amt gewählt werden, wenn nicht aktenkundig war, daß er die Russen verabscheute, und kein Vorschlag, ging es nun um einen Friedensplan oder im Ge-



gensatz dazu um einen Militäretat, war durchführbar, wenn sich nicht darlegen ließ, daß er den Russen nicht gefallen würde. Die politische Auseinandersetzung in Amerika, war eine Auseinandersetzung nach russischer Melodie, linke Bewegungen attackierten rechte Bewegungen nicht wegen amerikanischer Streitfragen, sondern wegen russischer Streitfragen und rechte Bewegungen antworteten mit den gleichen Argumenten, nur umgekehrt. ...

All das ... begab sich nicht etwa in einer Zeit der nationalen Schwäche oder des Verfalls, sondern ausgerechnet in dem Augenblick, da die Vereinigten Staaten soeben einen unglaublichen Triumph errungen und einen glänzenden Sieg im größten aller Kriege erkämpft hatten und nun auf dem höchsten Punkt der Weltmacht angelangt waren, den je ein einzelner Staat erklommen hatte. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 8. Februar 1950 an den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy (x095/102-103):

>>Lieber Herr McCloy!

Heute finde ich in deutschen Zeitungen die Mitteilung, daß ein amerikanischer Sprecher anscheinend gestern folgendes erklärt hat:

"Dr. Adenauer habe bisher sehr wenig für eine gute Zusammenarbeit zwischen seinen Regierungsstellen und der gesamten Presse getan und dürfe sich heute nicht über das Echo wundern."

Anscheinend hat derselbe Sprecher von mir auch behauptet, daß ich in Oberhausen von einer "konstanten Boshaftigkeit" der Auslandspresse gesprochen habe.

Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich niemals eine derartige und ähnliche Äußerung getan habe. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen meine gestrigen mündlichen Darlegungen schriftlich zu wiederholen.

Jede öffentliche Kritik alliierter Stellen an der Bundesregierung sollte tunlichst vermieden werden, weil sie das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik in der deutschen Öffentlichkeit sehr beeinträchtigt.

Durch solche Kritik nützt man nur denjenigen, die entweder sagen, die Bundesregierung stehe vollständig unter der Herrschaft der Alliierten – siehe die Ostzone – oder aber nationalistischen Elementen. ...<<

Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiteten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft wurden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...

Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.

... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...

Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland

entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine internationale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren, bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...

Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...

Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...

Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...

Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...

Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.

Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonengrenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim Lager Friedland wird ihn aufnehmen.

Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...

... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...

Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".

Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

S. K. Hornbeck (Leiter der Fern-Ost-Unterabteilung im State Department) berichtete im April 1950 über die US-Verpflichtungen gegenüber Formosa - heute Taiwan - (x128/342): >>Wir haben vor 22 Jahren die nationalchinesische Regierung ... anerkannt; diese Regierung existiert noch heute, und wir erkennen sie auch noch an. Diese Regierung hat genau wie wir der totalitären Aggression Japans Widerstand entgegengesetzt ... (und) leistet wie wir der kommunistischen totalitären Aggression Widerstand.

In dem Konflikt zwischen Demokratie und Totalitarismus, in dem wir uns unausweichlich gegen unseren Willen befinden, kann es uns nichts nützen, wenn diese Regierung verschwinden würde.<<

Am 1. Mai 1950 wurde die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebens-

mittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit (der) deutschen (Industrie) ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

Bundeskanzler Adenauer schrieb am 7. Mai 1950 in einer Denkschrift über den geplanten Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat (x243/177): >>... (Die Bundesrepublik kann dem Europarat nur als "assoziiertes Mitglied" beitreten, da) sie noch nicht die souveränen Befugnisse besitzt. ...

Daß der Kriegszustand ... noch nicht aufgehoben wurde und daß die Besatzungsmächte ... der Bundesrepublik die ihr zustehenden Rechte nur stückweise zurück ... geben, ist bedauerlich.

Nach Ansicht der Besatzungsmächte ist aber gerade der Eintritt in den Europarat ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Befreiung der Bundesrepublik von ihren Bindungen. ...<<

Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) stellte am 9. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der SBZ kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/314): >>Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9.6.1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt.

Die Bundesrepublik hat aber ebenso eindeutig jede Revision der deutsch-polnischen Grenze durch Gewalt für indiskutabel erklärt. Die polnische Regierung reagiert auf jede Diskussion der Grenzfrage äußerst empfindlich; die Frage der deutschen Ostgrenze ist zu einer Kernfrage einer Friedensregelung mit Deutschland geworden.<<

Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu trei-

ben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Oder-Neiße-Linie" (x051/427): >>Oder-Neiße-Linie, im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 (Kapitel IX) festgelegte Demarkationslinie zwischen den abgetrennten deutschen Ostgebieten und dem restlichen Deutschland, die bis zur endgültigen völkerrechtlichen Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland die Westgrenze Polens bilden sollte.

Die Oder-Neiße-Linie wurde von Stalin mit der unzutreffenden Behauptung durchgesetzt, das Gebiet östlich der Oder sei bereits von allen Deutschen geräumt; die gleichzeitig getroffene Vereinbarung, daß die Überführung noch in Polen verbliebener deutscher Bevölkerungsteile "in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll" (Kapitel XIII), wurde bei der Vertreibung von rund 5,6 Millionen Deutschen 1945/46 vielfach gröblich verletzt.

Die Oder-Neiße-Linie verläuft "von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (d.h. Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze".

Die Regierung der DDR hat die Oder-Neiße-Linie am 6.7.50 durch das Görlitzer Abkommen ohne Friedensvorbehalt als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" anerkannt.

Formell hielten die Bundesregierung und die Regierung der drei Westmächte bis in die späten 60er Jahre an ihrer Ablehnung fest, der endgültigen Grenzregelung bei einem Friedensvertrag vorzugreifen, obgleich führende westliche Staatsmänner kaum einen Zweifel an der völkerrechtlichen Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie ließen.

Schließlich hat die Bundesregierung im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12.8.70 (Artikel 3), deutsch-polnischen Vertrag vom 7.12.70 (Artikel I) und in der Schlußakte von Helsinki 1975 die Unverletzlichkeit der bestehenden polnischen Westgrenze bekräftigte, ohne damit freilich ihren Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung durch eine gesamtdeutsche Regierung aufzugeben zu haben.<<

Das kommunistisch geführte Nordkorea überfiel am 25. Juni 1950 den südlichen Nachbarstaat Südkorea.

Nordkorea erhielt zunächst Waffenhilfe (sog. "Freiwillige") aus China.

Südkorea wurde später durch die USA und UN-Streitkräfte unterstützt. Der später von US-General MacArthur geforderte Einsatz von Atombomben (gegen Nordkorea) wurde von Präsident Truman abgelehnt. Dieser 3jährige Krieg sollte allein in Südkorea etwa 1,0 Millionen Tote und Verwundete fordern (x073/237).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Koreakrieg (x068/288-290): >>Korea, seit langem ein bevorzugtes Objekt amerikanischer Außenpolitik, war durch die vernichtende Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1895 "unabhängig", nach Japans neuerlichem Sieg 1905 auch über Rußland vier Jahrzehnte vom Sieger besetzt, schließlich 1945 durch die Konferenz von Potsdam abermals "unabhängig" geworden. Im August und September okkupierte die Sowjetunion den Norden, die USA den Süden des Landes.

Die rußlandfeindliche US-Politik führte aber auch hier zum Zerwürfnis. 1948 bricht das Land in zwei feindliche Teilstaaten diesseits und jenseits des 38. Breitengrades auseinander, im Süden am 15. August 1948 in die Republik von Korea, im Norden am 9. September in die Demokratische Volksrepublik Korea. Es kommt, durch beide Seiten, zumal aber durch das diktatorische Regime Südkoreas unter Syngman Rhee, zu ständigen Grenzprovokationen, und nach fortgesetzten militärischen Konflikten an der Demarkationslinie fallen am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen in Südkorea ein und überrennen es weithin in zwei Monaten.

Präsident Truman reagiert rasch. Schon am 27. Juni 1950 befiehlt er den Einsatz von See- und Luftstreitkräften, am 30. Juni den Einsatz auch von Bodentruppen. Ein kleines, mehr symbolisches Kontingent der Vereinten Nationen unterstellt sich kurz darauf dem US-Oberbefehlshaber General Douglas MacArthur. Gleichwohl bestreitet Truman, daß die USA im Kriegszustand seien, und erklärt, es handle sich um eine Polizeioperation im Auftrag der UNO. Und am 30. November droht er mit dem Einsatz der Atombombe; schließlich hatte er als einziger Staatsmann der Welt praktische Erfahrung damit.

Mindestens zweimal erwog damals der Präsident, nach seinem eigenen Tagebuch, einen Atomkrieg gegen Sowjetrußland und Rot-China. Man müsse, notierte er, ein auf 10 Tage befristetes Ultimatum stellen und bei Ablehnung "sämtliche Häfen und Städte ausradieren".

"Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und in der Sowjetunion vernichtet werden müsse". Und zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea schrieb Truman am 18. März 1952 ins Tagebuch: "Ihr akzeptiert entweder unsere fairen Vorschläge, oder ihr werdet vollständig zerstört".

Inzwischen wogte die Polizeioperation (u.a. mit 424.000 Marineinfanteristen) auf der einen, der Krieg auf der anderen Seite furchtbar hin und her. Die Nordkoreaner sollen schauerliche Massaker verbrochen, die USA Bakterien eingesetzt haben. Bei einer Gegenoffensive überschreitet MacArthur - unter Mißachtung der bisher gewährten Containment-Politik - den 38. Breitengrad, erobert fast ganz Nordkorea und dringt im Oktober/November bis zum Yalu an der Grenze von China vor.

Der amerikanische Oberbefehlshaber glaubt sogar, den Fluß ohne wesentlichen Widerstand überschreiten zu können, wird aber im Januar 1951, unter Beteiligung von Hunderttausenden mehr oder weniger freiwilliger Rotchinesen, in einen überaus verlustreichen, teilweise in jämmerliche Flucht ausartenden Winterkrieg verwickelt und bis auf den 38. Breitengrad zurückgeworfen.

Der ehrgeizige General schlägt Truman nun eine Verschärfung und Ausweitung des Kampfes vor. Der Präsident, der doch keine Neigung hat, die "Polizeiaktion" zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen, widerstrebt. Der General, nicht unbekannt durch seine Renitenz, versteift sich, geht in die Öffentlichkeit, und Truman enthebt ihn am 11. April 1951 seines Postens.

Dies ruft in den USA, besonders im Asia First-Kreis, eine derartige Erregung hervor, daß man davon spricht, Truman vor ein Gericht zu stellen und MacArthur zum Präsidenten zu machen. 78.000 Telegramme sollen ins Weiße Haus geflattert sein, angeblich 20 zu 1 für MacArthur. Doch nach einiger Zeit klugen Abwartens kümmert man sich kaum noch um ihn.

In Südkorea treibt indes Präsident Syngman Rhee weiter zu einem totalen Krieg. Auch er möchte die Chinesen nebst Anhang wieder über den Yalu zurückgeworfen sehen, notfalls durch den Einsatz von Atomwaffen.

Das amerikanische Volk aber hatte den Koreakrieg bald satt, mutete er doch fast wie ein Rückfall in die Zeit des Kolonialismus an. Nahezu zehntausend Meilen war das Schlachtfeld entfernt. Das Transportwesen hatte sich als unzulänglich erwiesen. Die amerikanischen Jagdflugzeuge waren der russischen MIG-15 nicht gewachsen. Keine einzige dieser Maschinen wurde abgeschossen, vielmehr bekannten US-Piloten öffentlich, es sei Selbstmord, den Kampf damit aufzunehmen. (100.000 Dollar Belohnung winkten jedem Koreaner, der eine MIG 15 "hinter den amerikanischen Linien landete".) Die Panzer made in USA freilich operierten zunächst gut - aber nur solange es nicht regnete. Dann versanken sie.

Die USA konnten den Koreakrieg nicht, wie üblich, mit der Kapitulation oder der völligen Niederlage des Feindes beenden. Nach einer Feuerpause begannen im Juli 1951 langwierige Friedensverhandlungen, die endlich am 27. Juli 1953 in Panmunjom zur Unterzeichnung eines

Waffenstillstandsvertrags führten, der den Frontverlauf als Defacto-Staatsgrenze bestätigte.  
...<<

Während des Korea-Krieges ereigneten sich wegen des Aufnahmeantrags Chinas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen heftige Debatten im Weltsicherheitsrat.

General MacArthur schrieb später, wie er damals einen totalen Sieg in Korea erringen wollte (x299/161): >>... Die Mandschurei "sollte mit einem Gürtel von 30-50 Atombomben belegt werden. ... Nach der Ausschaltung der feindlichen Luftstreitkräfte wollte ich 500.000 nationalchinesische Soldaten Tschiang Kai-scheks einsetzen. ..."

Frage: Wodurch sollte verhindert werden, daß weitere chinesische Truppen in Korea eindringen?

Antwort: "... Ein Strahlungsgürtel, der sich vom Japanischen Meer erstrecken und von unseren südwärts ziehenden Marineinfanterieeinheiten mit radioaktivem Kobalt angelegt werden sollte, ... hätte für mindestens 60 Jahre Korea von einer von Norden her auf dem Landwege erfolgenden Invasion sicher gemacht."<<

Die Alliierte Hohe Kommission löste am 17. August 1950 die I. G. Farbenindustrie AG in Frankfurt/Main auf.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "I. G. Farbenindustrie AG" (x051/275): >>I. G. Farbenindustrie AG (Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main), am 9.12.25 durch Fusion der größten deutschen Chemieunternehmen (BASF, Bayer, Hoechst, Agfa u.a.) gegründeter Chemiekonzern.

Bis Ende 32 Ziel heftiger Angriffe seitens der NSDAP wegen hoher jüdischer Beteiligung (sechs Direktoren waren Juden), entwickelte sich die I. G. Farben vom Vorkämpfer des freien Welthandels zum Anwalt deutscher Autarkie.

Die mit finanzieller Unterstützung des Staates ("Benzin-Vertrag" vom 14.12.33) eingeleitete Entwicklung großtechnischer Verfahren zur Kohleverflüssigung sowie die synthetische Kautschukherstellung sicherten die Führungsrolle der I. G. Farben bei den industriellen Kriegsvorbereitungen des Vierjahresplans und führten zur personellen Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Staat (u.a. war I. G.-Direktor Krauch zugleich "Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung"). Mit Hilfe der Wehrmacht und der nationalsozialistischen Bürokratie plünderte der Konzern im Krieg die Chemieindustrien der besetzten Länder.

Den Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit zwischen der I. G. Farben, deren Tochterfirma DEGESCH das Giftgas Zyklon B herstellte, und den Nationalsozialisten mit dem Bau einer gigantischen Anlage zur Produktion von synthetischem Gummi und Öl in Auschwitz; dabei kamen 25.000 Zwangsarbeiter ums Leben.

Im Nürnberger I. G. Farben-Prozeß wurden 13 leitende Angestellte am 29./30.7.48 u.a. wegen "Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen" zu Haftstrafen zwischen 18 Monaten und sechs Jahren verurteilt.

Durch Gesetz Nr. 35 verfügte die Alliierte Hohe Kommission (17.8.50) die Entflechtung des I. G.-Vermögens in der Bundesrepublik; die bekanntesten Nachfolgeunternehmen sind: BASF, Bayer und Hoechst.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. August 1950 ein Sicherheitsmemorandum für den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy.

Konrad Adenauer berichtete später über dieses Sicherheitsmemorandum (x156/87): >>... Ich wies in dem Memorandum darauf hin, daß die Entwicklung im Fernen Osten innerhalb der deutschen Bevölkerung Unruhe und Unsicherheit ausgelöst habe. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, sei in einem besorgniserregenden Ausmaß im Schwanken begriffen und habe zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt.

Der ganze Ernst der Situation ergebe sich aus der Betrachtung der in der Sowjetzone versammelten sowjetischen Kräfte und der dort in beschleunigtem Aufbau befindlichen Volkspolizei. Als Gegenkräfte stünden in Westdeutschland den sehr starken Truppeneinheiten in Ostdeutschland, die ich im einzelnen aufführte, je 2 amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber.

Die Bundesrepublik besitze, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absehe, keine Abwehreinheiten. In der britischen Zone gebe es eine Polizei, die auf kommunaler Basis organisiert, jedoch weder einheitlich ausgebildet noch einheitlich ausgerüstet sei und auch nicht über angemessene Waffen verfüge.

Für einen Einsatz gegen einen Angriff der Volkspolizei der Sowjetzone seien die Polizeikräfte der Bundesrepublik völlig unzureichend, da sie, zahlenmäßig schwach, weder über eine entsprechende Waffenausbildung noch über eine Ausbildung in geschlossenem Einsatz verfügten. Sie seien auch nicht in der Lage, einen wirksamen Schutz an der Sowjetzonengrenze zu bilden, die in ihrer außerordentlichen Länge besondere Anforderungen stelle.

Die Verteidigung des Bundes nach außen liege in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Ich hätte wiederholt um Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuere diese Bitten hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa allein könne der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte demonstrieren, daß Westdeutschland im Ernstfall auch wirklich verteidigt werde.

Ich habe in dem Memorandum ferner unsere Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingentes zu leisten. ...<<

Der Deutsche Bundestag schlug am 15. Oktober 1950 die Beendigung der allgemeinen Entnazifizierung in Westdeutschland vor.

Bundeskanzler Adenauer sprach am 15. November 1950 mit den 3 Hohen Kommissaren der westlichen Alliierten über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick schrieb später an das Foreign Office nach London (x020/87-88): >>Wir alle machten dem Kanzler klar, daß wir mit unseren Äußerungen zur Wiedervereinigung Deutschlands niemals die Absicht verfolgt hätten, darunter mehr als die Einbeziehung der sowjetischen Zone und Berlins zu verstehen: Sämtliche Gespräche, die jemals mit den Deutschen, auf welcher Ebene auch immer, in dieser Frage geführt worden seien, erlaubten einfach keine gegenteilige Interpretation. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Josef Foschepoth schrieb später über die Haltung des Bundeskanzlers (x020/88-89): >>Der Kanzler zeigte sich von der Haltung der Besatzungsmächte äußerst überrascht und versuchte während des gesamten Gesprächs eine betont harte Haltung einzunehmen. Daß es hierbei jedoch auch wieder weniger um die Ostgebiete als um die Westverträge ging, wurde deutlich, als er betonte, daß ein Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße einen "außerordentlich ungünstigen Effekt auf die deutsche öffentliche Meinung haben würde und jede Chance einer Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag zunichte machen würde". ...

Im weiteren Verlauf der Unterredung versuchte Adenauer erneut einen Zusammenhang zwischen dem geplanten westdeutschen Wehrbeitrag und dem Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete herzustellen. Unter Hinweis auf das soeben bei den EVG-Verhandlungen in Paris genannte Kontingent von 400.000 deutschen Soldaten im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft meinte der Kanzler, Deutschland würde nicht bereit sein, "diese zur Verfügung zu stellen, wenn die Alliierten zu verstehen gäben, daß sie sich für die Zukunft hinsichtlich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie völlige Handlungsfreiheit vorbehielten".

Dies war nun dem französischen Hochkommissar, Francois-Poncet, endgültig zu viel. Sollte

das, was der Kanzler gerade gesagt hatte, in Frankreich publik werden, "dann würde die französische öffentliche Meinung mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß es bei einem Beitrag zur europäischen Verteidigung das Ziel des Kanzlers sei, einen Revanche-Krieg zu führen, um die deutschen Ostgebiete zurückzuerobern. Dies sei ganz und gar nicht unsere Idee" ... Vielmehr solle sich der Kanzler darüber im klaren sein, daß er eingeladen sei, nicht einen Beitrag zur Ostexpansion Europas, sondern zu seiner Verteidigung gegen unmittelbare russische Gefahr zu leisten".

Das Gespräch endete ohne konkretes Ergebnis.

Eine Woche später trafen sich jedoch die Außenminister der 3 Westmächte erneut mit Adenauer – diesmal auch in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik – in Paris zu gemeinsamen Beratungen. Es war das erste Mal, daß die westdeutsche Seite als gleichberechtigter Partner auf dieser Ebene vertreten war.

In westlichen Delegationskreisen war man darauf gefaßt, mit einer harten Haltung Adenauers in der Oder-Neiße-Frage konfrontiert zu werden. Nichts dergleichen geschah.

Das, was vor einer Woche noch ein Herzensanliegen des deutschen Kanzlers gewesen zu sein schien, war nicht einmal wert, ausführlich auf der Außenministerkonferenz diskutiert zu werden, die sich immerhin ausschließlich mit der künftigen Rolle Deutschlands in Europa beschäftigte. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-15): >>Der Alte und der Pfälzer

*– von Jürgen Elsässer*

Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.

Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft. ...

### **Zwischen Washington und Paris**

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.





*Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE*

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister

Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deutschen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.

Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvisite De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.

Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA.

Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: "Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie.

Und: Es war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die die Bundesregierung aufforderte, die im Anwerbeabkommen mit der Türkei festgelegte Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, ein Rotationsprinzip, zu revidieren", faßt ein Artikel in der Tageszeitung Die Welt vom 5. Dezember 2006 zusammen.

### **Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports.**

Ein letztes Mal versuchte die Politik im Jahre 1973 gegenzusteuern - die Bundesregierung verfügte einen Anwerbestopp. Kanzler Willy Brandt (SPD) postulierte in der ARD: "Wir müssen an die eigenen Landsleute zuerst denken." Wieder intervenierten die Großkonzerne. "Damals", so schrieb der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (CSU) 1983, "haben Herr Schleyer und mit ihm die meisten Arbeitgeber eine solche Politik der Rotation aber abgelehnt, weil er sagte, das kostet uns viel Geld, da müssen wir alle fünf Jahre neue Leute anlernen. Ich habe das für einen Fehler gehalten, und es zeigt sich jetzt, daß es ein Fehler war". ...<<

Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehrten im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über Horkheimers Politisierung der Psychoanalyse (x306/96-101): >>Die Psychoanalyse wird politisiert

Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des "Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", Carl Grünberg, unterstellt worden.

Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen "Helden der Sowjetunion" und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel Freud zu dem unter den Studenten als "Marxtempel" bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.

Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock (1894-1964), Theodor Adorno (geb. 1903), Herbert Marcuse (geb. 1898), Erich Fromm (geb. 1900) und Leo Löwenthal (geb. 1900), denen auch Walter Benjamin nahe stand.

Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, daß das Objekt der Untersuchungen des Instituts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte. Die letzten Jahre des Dahinsiehens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der "kritischen Theorie", die den "historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen" sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmäßigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmäßigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmäßigen Zentrum.

Das Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Flügel miteinander zerstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die "Zeitschrift für Sozialforschung" siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt.

Bereits im Vorwort der "Zeitschrift für Sozialforschung" wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, wobei zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einzubauen sei. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der "Zeitschrift für Sozialforschung" und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band "Studien über Autorität und Familie" gelten als die "Gründungsdokumente" der amerikanischen neo-freudianischen Schule.

Während die musealen Marxisten sich damit begnügten, aus den unerquicklichen Vorgängen der 30er Jahre Bestätigungen ihrer Dogmen herauszulesen, waren die jungen Sozialforscher bemüht, ein wissenschaftliches Fazit der gleichen Ereignisse zu ziehen. Hatte man auf der Linken bislang geglaubt (und glaubten gewisse Partei Emigranten noch immer), daß das Volk gegen die privilegierten Klassen stehe und Recht und Wahrheit gegen Macht und Herrschaftsideologie verteidige, so zogen die Sozialforscher aus den "faschistoiden" Entwicklungen der Zeit die Konsequenz, daß auf das Volk (auch in Gestalt des Proletariats) kein Verlaß mehr sei. "Auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis", formulierte Max Horkheimer.

"Die richtige Gesamtverfassung der Menschheit" wäre nicht durch die Befreiung des Proleta-

riats von seinen Ketten, sondern durch die Reform der gesamten Gesellschaft, einschließlich des Proletariats, zu erreichen. In einem gewaltigen Wurf sollte nicht nur die Gesellschaft reformiert werden, sondern Marx und Freud gleich mit. In der intellektuellen Retorte wurde nach und nach die Aufgabe bewältigt, ein in der fortschrittlich-radikalen Tradition stehendes politisches System unter Weglassung des Volkes zu konstruieren.

Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mußten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. Im Besitz einer gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtschau rechnete man beiden die Erkenntnisgrenzen ihres gesellschaftlichen Standortes vor. Freud habe die an seinen adligen und großbürgerlichen Patienten gewonnenen Ergebnisse zu Unrecht verallgemeinert. Marx habe den Menschen noch als rationales Wesen gesehen.

Er habe die Kräfte des Unbewußten noch nicht gekannt, sonst hätte er nicht die Arbeiterklasse einfach als Erben der Kapitalistenklasse eingesetzt. Marx sah nicht, "daß eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben". Die Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten.

Was dem roten Frankfurt recht war, war dem roten Wien billig. Auch hier scheiterten die revolutionären Entwürfe, die in der Rathausmehrheit der einzigen sozialistischen Millionenstadt, deren Gemeindebauten, Schulreformen, Sportanlagen und Volksbildungseinrichtungen "eine Teilverwirklichung des Sozialismus im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft" gesehen hatten. Von der Wiener "Karl Marx Hof Mystik" legen die Gedichte Stephen Spenders ein lyrisches Zeugnis ab. Der Oberschicht suchte man mit einer "Hauspersonalabgabe" das Leben zu verdrießen, die mit einer progressiven Abgabeberechnung bei dem meistbetroffenen Haushalt die Summe von 316.555 Schilling pro Jahr erreichte.

Einer der heute führenden amerikanischen Soziologen, Paul F. Lazarsfeld, berichtete über seinen Wiener Werdegang: "Am Anfang der Zwanziger Jahre waren wir überzeugt, daß die Reformen der Gemeinde Wien auf sozial- und schulpolitischem Gebiet den Beginn einer neuen Zeit bedeuteten. Doch am Ende dieses Jahrzehnts war es schon klar, daß die Entwicklung eine ganz andere und von unserem Standpunkt aus bedenkliche Richtung genommen hatte." Da hätte man begonnen, sich für alles zu interessieren, "was die Enttäuschung unserer Hoffnungen erklären konnte". Damals sei das Wort umgegangen, daß die heraufziehende Revolution Nationalökonomien gebraucht habe, daß die siegreiche Revolution sich auf Ingenieure stütze und die gescheiterte Revolution Sozialpsychologen hervorbringe.

Auch in Wien fand eine Verschmelzung von Soziologie und Psychologie statt, einerseits im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich, andererseits im Umkreis des Psychologenehepaars Karl und Charlotte Bühler. Wilhelm Reich (geb. 1897) war in Wien Freuds erster Assistent (1922-1928) gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis "Marsch auf Rom" auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: "Nein, man sollte fleischfarben sein."

In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene "sex-ökonomische" Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. Reich berief sich auf einen Artikel von Willi(am) Schlamm, der nach dem Saarpfebiszit von 1935 geschrieben hatte:

"In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In Wirk-

lichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulierbar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen."

Schlamms Standpunkt sei zwar steril, da er weder die Herkunft der Situation noch deren Änderung einbeziehe, aber Reich selbst habe immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß "die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, daß die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind."

Um die Änderung dieser Situation bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: "Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen." - "Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, daß es gegen seine Interessen handelt."

Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. Die oberste Schicht sei die Schicht der Kooperation, der Vernunft, der Rücksichtnahme; die unterste Schicht sei die der schöpferischen Triebe, denen alle geistigen und künstlerischen Leistungen entspringen, die unterste Schicht könne sich jedoch nicht mit der obersten durchdringen, da sie durch eine mittlere Schicht abgeleitet werde, in der alle Egoismen, Sadismen, Selbstsucht und Brutalität zu Hause seien.

Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke, der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. "Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur."

In diesem charakterologischen Sinn ist "Faschismus" die grundlegende emotionelle Haltung des Menschen in der autoritären Gesellschaft, die die Gesellschaft der Gegenwart überhaupt sei. Es sei daher widersinnig, den Faschismus aus dem deutschen oder japanischen Volkscharakter abzuleiten. Seine charakter-analytischen Erfahrungen hätten Reich gezeigt, "daß es heute nicht ein einziges Individuum gibt, das nicht Elemente faschistischen Fühlens und Wollens in sich trägt".

"Der Faschismus als politische Bewegung unterscheidet sich von anderen reaktionären Parteien dadurch, daß er von den Massen des Volkes unterstützt wird."

"Faschismus ist auf einer Religiosität aufgebaut, die aus einer sexuellen Perversion stammt; er ändert den masochistischen Charakter der alten patriarchalischen Religionen in eine sadistische Religion." ...

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die "zentrale reaktionäre Keimzelle" die Familie sei. "Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuum durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, daß die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt". Kern der autoritären Familie sei eine Mutter Fixierung. "Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature."

Daher seien "metaphysisches, individualistisches und familiäres Verhalten nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses der Sex Negation. Realistisches, nicht metaphysisches Denken auf der anderen Seite geht Hand in Hand mit der Lockerung der Familienbande und zum mindesten Indifferenz gegenüber asketischen sexuellen Ideologien".

Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch "sexökonomische Massen Hygiene" sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen,

die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.<<

Der republikanische Senator Joseph Raymond McCarthy (1908-1957) leitete ab 1950 die Untersuchung gegen "unamerikanische Umtriebe", die sich unter seiner Führung in den folgenden Jahren zu einer regelrechten Hetzjagd auf "kommunistische Staatsfeinde" entwickelte.

McCarthy berichtete später über seine "Untersuchungstätigkeit" (x149/127): >>Bei meinem Wort, ich habe keine Freude an dieser Aufgabe. Es ist eine schmutzige, unangenehme Arbeit, doch die Arbeit muß getan werden.

Als ich noch ein Junge war, und auf der Farm lebte, hielt meine Mutter Hühner. Der größte Feind der Hühner ist das Stinktier. Um die Hühner meiner Mutter zu schützen, mußten meine drei Brüder und ich Stinktiere ausgraben und vernichten.

Es war eine schmutzige, schlechte, unerfreuliche und stinkende Arbeit. Und manchmal, wenn wir sie getan hatten, wollten die Leute in der Kirche nicht neben uns sitzen. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Heinar Kipphardt (1922-1982) schrieb später über die "Kommunistenjagd in Nordamerika" (x081/203): >>In den Jahren 1950 bis 1954 versetzte ein einziger Mann, der Senator Joseph McCarthy aus Wisconsin, die Vereinigten Staaten von Amerika in einen Zustand von Verfolgungswahn. Er benutzte seine Stellung im Senat, um die Behauptung zu verbreiten, die wichtigsten amerikanischen Behörden seien von Kommunisten unterwandert. Dabei ging er wie alle Demagogen von der Erfahrung aus, daß Lügen um so eher Glauben finden, je dicker sie aufgetragen werden.

So erklärte er zum Beispiel, er besitze eine Liste von 205 Kommunisten im amerikanischen Außenministerium. Später mußte er das dementieren, aber bis dahin hatte er genug Aufsehen erregt und Schrecken hervorgerufen.

Er war ein Meister des Falschspiels. Dem Senat gegenüber behauptete er einmal, er wolle jetzt etwas aus der Korrespondenz zwischen zwei führenden Beamten vorlesen. Als man verlangte, daß der Brief mit zum Protokoll gegeben würde, stellte sich heraus, daß es einen solchen Brief gar nicht gab, sondern daß der Senator diesen Brief frei erfunden und den Inhalt aus der Luft gegriffen hatte.

Alles in allem dauerte der Spuk, der als McCarthyismus in die amerikanische Geschichte einging, etwa 4 Jahre. Dann befaßte sich ein Senatsausschuß mit der Frage, ob das Verhalten des Senators McCarthy nicht zu tadeln sei, und dieser Tadelsantrag wurde von einer Mehrheit von 67 Senatoren angenommen; von da an war der Bann gebrochen und McCarthy ein erledigter Mann, der nicht mehr in der Lage war, irgend jemanden in Panik zu hetzen. ...<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.02.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): <u>Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): <u>SBZ von A bis Z. 7.</u> überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.</u> Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge.</u> Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen.</u> Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten

	Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x078	Folttmann, Josef, und Hanns Möller-Witten: <u>Opfergang der Generale.</u> Die Verluste der Generale und Admirale ... im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1952.
x081	Frevert, Hans (Hg.): <u>Verachtet - Gehetzt - Verstoßen.</u> Die Verfolgung des Menschen aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x086	Stigmayer, Alexandra (Hg.): <u>Massenvergewaltigung.</u> Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war.</u> Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie.</u> Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder.</u> Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Die Schwarzmarktzeit.</u> Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.



x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage.</u> Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen.</u> Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta.</u> Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg.</u> Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x180	Hetmann, Frederik, und Alfred Keil: <u>Indianer heute.</u> Bericht über eine Minderheit. Weinheim/Basel 1977.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6.</u> In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1.</u> 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4.</u> Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4.</u> In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler.</u> Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.

## **Internet**

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015.
x919	<a href="http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u">http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u</a> - April 2019